

PROTOKOLL

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. Dezember 2017, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser
Dr. Helmut Zöttl
Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr
Dr. Mario Ritter
KommR Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi
Helga Feller-Höller
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Michaela Greinöcker
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba
Mag. Barbara Kapeller
Evelyn Kattnigg, BA (FH)
Heidemarie Kloiber

David König
Lukas Kronberger
Maria Lindinger, MAS MSc
Natascha Payrleithner
Uwe Pichler
Mag. Kurt Prack
Florian Schauer
Birgit Schörkhuber, BEd
Rudolf Schröder
Ing. Thomas Schurz, MSc
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Arno Thummerer
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Anneliese Zimmermann
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal
Thomas Schwingshackl

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl
Michaela Minixhofer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GRⁱⁿ Helga Feller-Höller
GRⁱⁿ Natascha Payrleithner

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt der Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) SBS-78/17	Wasserverband Region Steyr – Wasserbauvorhaben Tinsting II, Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Steyr als Bürge und Zahler gem. §1357 ABGB für einen Darlehensanteil von € 78.816,--.....7
2) SBS-79/17	Stadtbuss – Änderung der Haustarife per 1.1.2018.....8
3) SBS-76/17	Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2018.....10
4) Fin-214/17	Aufstiegshilfe Tabor, Abschluss einer Vorvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH..... 14
5) GHJ2-78/17	Grundsatzbeschluss – Vorbeugender baulicher Brandschutz in der Promenaden- und Punzerschule.....17
6) Fin-142/16	Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2016/17..... 18
7) Fin-6/17	Flexi-Treff – flexible stundenweise Kinderbetreuung der „Drehscheibe Kind“; Subvention.....20
8) Präs-361/17	Antrag und Abänderungsantrag der Grünen an den Gemeinderat; Resolution an die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag; Abstandnahme bzw. Rücknahme von Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kindergärten.....20
9) BauGru-65/16	Bebauungsplanänderung Nr. 89.1, Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 88, MZS Bauträger GmbH – Ennser Straße; Beschluss.....36
10) BauGru-74/15	Neuplanungsgebiet Nr. 22 – Neuschönau; Neuerlassung der NPG-Verordnung Nr. 17.....36
16) BauGru-60/17	Neuplanungsgebiet Nr. 20 – Gartenbauersiedlung, Einleitung.....38
11) Präs-360/17	Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Sperre Kaigasse.....42
12) GemKan-27/97	Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2018.....57
13) GemKan-26/98	Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr...60
14) Ges-6/12	3. Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH.....61
15) Fin-100/17	Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2018.....62

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 1) SBS-78/17 Wasserverband Region Steyr – Wasserbauvorhaben Tinsting II, Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Steyr als Bürge und Zahler gem. §1357 ABGB für einen Darlehensanteil von € 78.816,--.
- 2) SBS-79/17 Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2018.
- 3) SBS-76/17 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2018.
- 4) Fin-214/17 Aufstiegshilfe Tabor, Abschluss einer Vorvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH.
- 5) GHJ2-78/17 Grundsatzbeschluss – Vorbeugender baulicher Brandschutz in der Promenaden- und Punzerschule.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

- 6) Fin-142/16 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2016/17.
- 7) Fin-6/17 Flexi-Treff – flexible stundenweise Kinderbetreuung der „Drehscheibe Kind“; Subvention.
- 8) Präs-361/17 Antrag und Abänderungsantrag der Grünen an den Gemeinderat; Resolution an die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag; Abstandnahme bzw. Rücknahme von Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kindergärten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 9) BauGru-65/16 Bebauungsplanänderung Nr. 89.1, Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 88, MZS Bauträger GmbH – Ennser Straße; Beschluss.
- 10) BauGru-74/15 Neuplanungsgebiet Nr. 22 – Neuschönau; Neuerlassung der NPG-Verordnung Nr. 17.

ERGÄNZUNGSTAGESORDNUNG:

- 16) BauGru-60/17 Neuplanungsgebiet Nr. 20 – Gartenbauersiedlung, Einleitung.

Vorreihung gemäß § 19 Abs. 4 der GOGR

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

- 11) Präs-360/17 Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Sperre Kaigasse.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- | | |
|------------------|--|
| 12) GemKan-27/97 | Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2018. |
| 13) GemKan-26/98 | Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr. |
| 14) Ges-6/12 | 3. Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH. |
| 15) Fin-100/17 | Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2018. |

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GRⁱⁿ Helga Feller-Höller
GRⁱⁿ Natascha Payrleithner

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung begrüßen. Eröffne somit die Sitzung, darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß einberufen haben, dass wir beschlussfähig sind. Darf auch feststellen, dass die Protokollprüfer festgelegt wurden und zwar mit der Frau Gemeinderätin Helga Feller-Höller und mit der Frau Gemeinderätin Natascha Payrleithner. Entschuldigt ist niemand, wir sind vollzählig. Ich habe mir wieder erlaubt für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein kleines Weihnachtspräsent einzustellen, zu platzieren. Als Symbol, als Dankeschön für die wirklich sehr, sehr gute Zusammenarbeit während des gesamten Jahres. Gleichzeitig darf ich auch die traditionelle Einladung dann am Ende der Sitzung, im Anschluss an diese Sitzung zum traditionellen Reiterweckerlessen in die Schwechater aussprechen. Ich hoffe, dass sie auch alle Zeit haben. Außerdem darf ich auch erwähnen, hat mir der Pater Adam Raczynski bei der diesjährigen Eröffnung des Martinimarktes wieder etwas mitgegeben. Ein wärmendes Getränk für uns, dass wir dann nach Sitzungsende kredenzen werden und die Kollegin Frech hat zudem auch noch einen hochwertigen Rebensaft mitgebracht, habe ich gehört, und Sprudelwasser für all jene, die dieses wärmende Getränk aus Polen vielleicht nicht so schätzen. Gut, dann darf ich noch darauf hinweisen, dass die heutige Sitzung, wie man ja schon unschwer erkennen kann, vom RTV gefilmt wird. Wir haben uns ja dazu bekannt einmal zu versuchen mit Life Stream, wie viele Steyrer Bürgerinnen und Bürger sich das eventuell ansehen, was wir hier diskutieren, vor allem bei der Budgetgemeinderatssitzung. Es ist auf alle Fälle über die Homepage der Stadt Steyr, www.steyr.gv.at, mit einem Link zu betrachten oder kann man sich einloggen. Es ist wie gesagt ein Versuch, wir sind gespannt, wie viele dieses Angebot tatsächlich wahrnehmen. Soviel zur Einleitung.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Allfällige Anfragen hat es nicht gegeben.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Darf wie immer in aller Kürze ein bisschen berichten. Ich weiß nicht, ob alle schon reingesehen haben, aber wir haben eine neue Homepage der Stadt Steyr, die wirklich schön geworden ist. Nicht nur klar strukturiert sondern auch sehr, sehr modern. Auch für alle möglichen Kommunikationsmittel verwendbar, anwendbar mit den Endgeräten, Tablets, alles funktioniert. Es ist eine tolle Geschichte. Wer es noch nicht genau betrachtet hat, sollte das tun. Etwas sehr weihnachtliches und sehr großzügiges möchte ich auch hier noch einmal zur Sprache bringen. Der Herr Sven Decker mit seinem Happy Fit hat heuer seine große Weihnachtsfeier für alle abgesagt und hat dafür für die Steyrer Kindersoforthilfe einen Betrag von 10.000 Euro gespendet. Das ist schon etwas ganz, ganz Besonderes. Das wollte ich hier noch einmal erwähnen. Die Kindersoforthilfe der Stadt Steyr hat den Charme, dass erstens unsere Sozialarbeiter darauf schauen, wer das bekommt, sich die Familien genau aussuchen und hat zusätzlich die Sicherheit, dass es wirklich für die Kinder ist, die dringend etwas brauchen. Es gibt auch kein Bargeld,

sondern wir werden Sachspenden, da werden Kleider gekauft, also das kommt wirklich den Kindern zu Gute. Und mit 10.000 Euro Plus in dieser Kasse kann man schon sehr viel bewegen. Ein Dankeschön auch dazu und dafür. Und dann noch ein positiver Bericht über die laufende Aktion „20.000“ was die Stadt Steyr anbelangt. Wir haben ja von Anfang an gesagt, wir möchten uns da beteiligen und die Chance nutzen, wenn Menschen die länger als ein Jahr arbeitslos und über 50 Jahre alt sind, auch im Magistrat eine Beschäftigung zu geben, wenn es auch nur für die 1,5 Jahre das Gesetz vorsieht. Wir haben den Bedarf sehr gründlich erhoben und haben in allen Qualifikationsstufen Menschen gefunden, die sich hier interessieren, 1,5 Jahre bei uns tätig sein zu können. Und wir haben momentan 40 Bewerberinnen und Bewerber ins Auge gefasst. Wir werden im nächsten Stadtsenat einen Großteil schon aufnehmen können und hier beginnt das Dienstverhältnis dann am 1. Jänner 2018 und läuft bis 30. Juni 2019. Das wollte ich nur zur Information weitergeben. Letzter Punkt - Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, verbessert. Wir kennen ja die Zahlen auch aus den Medien, aber Ende November 2017 waren noch immer 3.295 Personen im Bezirk Steyr und Steyr-Land arbeitslos. Gegenüber dem Vorjahr hat sich aber die Gesamtsumme der Arbeitslosen um 352 Personen oder 9,65 % verringert. Die Arbeitslosenquote im November dieses Jahres betrug 7,5 %. Und ein wichtiger Punkt, seit durchgehend 12 Monaten ist die Arbeitslosenquote im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres im Bezirk Steyr und Steyr-Land gesunken. Ein positives Zeichen. Damit sind wir bei der aktuellen Stunde.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

Ist keine vorgesehen.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS

Keine Vorhanden.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind schon bei den Verhandlungsgegenständen und wir treten, wenn es ihnen, wenn es euch recht ist, in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf den Herrn Vizebürgermeister Wilhelm Hauser um Berichterstattung ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 1) SBS-78/17 Wasserverband Region Steyr – Wasserbauvorhaben Tinsting II, Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Steyr als Bürge und Zahler gem. §1357 ABGB für einen Darlehensanteil von € 78.816,--.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste, werte Presse. Ich habe einige Tagesordnungspunkte heute, wie sie gemäß der Tagesordnung feststellen können. Der erste Tagesordnungspunkt von mir befasst sich mit dem Wasserverband der Region Steyr, dem Bauvorhaben des Brunnens Tinsting II. Und da geht es um die Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Steyr als Bürge und Zahler in der Höhe von 78.816,-- Euro. Insgesamt betragen die Kosten für dieses Bauvorhaben 963.000,-- Euro und wir haben einen exzellenten Darlehensvertrag ausgehandelt mit einem Fixzinssatz von 1,88 %. Und es ist so, dass es einen Aufteilungsschlüssel für diese Baukosten des Brunnens

Tinsting II gibt, der sich an dem richtet so zu sagen, wo das Wasser genau hingeliefert wird. Der größte Teil des Wassers ist für die Gemeinde Sierning, der zweitgrößte Teil für die Gemeinde Garsten und ca. 10 % des Wassers gehen Richtung Stadt Steyr. Und daher geht es darum, dass es eine Aufteilung dieser Kosten gibt. 65,35 % oder 629.000,-- Euro an die Gemeinde Sierning, 26,5 % an die Gemeinde Garsten, das sind 254.845,-- Euro und eben 8,18 % an die Stadt Steyr, das sind 78.816,-- Euro. Und ich ersuche um Beschlussfassung der Bürgerschaft für diese 78.800,-- Euro.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH wird die Übernahme einer Bürge und Zahlerhaftung gem. § 1357 ABGB im Ausmaß von € 78.816,-- für das vom Wasserverband Region Steyr aufzunehmende Darlehen über einen Gesamtbetrag von € 963.000,-- beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, bitte nächster Punkt.

2) SBS-79/17

Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2018.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Punkt befasst sich mit den Änderungen der Haustarife per 1.1.2018. Der Titel mag vielleicht ein bisschen ungünstig sein, denn in den Haustarifen ändern wir gar nichts, wir müssen aber trotzdem dem hohen Gemeinderat berichten, dass so zu sagen aufgrund der Tarife, die im Verkehrsverbund geändert werden, also auch jetzt hier zu den Veränderungen beim Einzelfahrschein, bei den Tageskarten, bei den Wochenkarten, bei den Monatskarten und den Jahreskarten im Bereich des OÖ Verkehrsverbundes kommt. Zum Beispiel für die Jahreskarte 365,--, die bleibt unverändert für die Steyrerinnen und Steyrer, und dergleichen mehr. Also alle Haustarife, die wir haben, bleiben unverändert. Ich ersuche, dem Antrag so die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr vom 17.11.2017 wird der vorgeschlagenen Haustarifgestaltung zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet die Kollegin Frech und dann der Kollege Schauer. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Der Kollege Hauser hat schon angesprochen, die 365'er Karte bleibt unverändert. Wir haben eine Jahreskarte, die sehr attraktiv ist um 365,-- Euro, die sich auch sehr gut verkauft, die ein Erfolgsmodell ist. Das ist das eine, das halte ich sehr positiv. Das andere ist, dass man selbst-

verständlich auch die Möglichkeiten schaffen muss, dass noch mehr Menschen diese Karte nehmen und auch in Zukunft nehmen und da bin ich beim Thema. Heute Morgen um 7.15 Uhr, lieber Kollege Hauser, habe ich dich sehr vermisst, da habe ich mich nach dir geseht. Und zwar deshalb, weil ich in einem absolut überfüllten Bus gestanden bin. Ich bin von Münchenholz weggefahren mit der Linie 1, dicht und sehr voll. Gut, hält man noch aus. Es war schon ein Verstärkungsbus, ein Gelenksbus. Und dann steigt man um am Bahnhof. Und am Bahnhof steigt man dann in einen Bus der Linie 2, der so voll ist, dass nicht einmal der Buschauffeur einsteigen kann, Fahrgäste, die schon im Bus sind, aussteigen müssen, damit der Buschauffeur einsteigen kann und dann nicht sicher ist, ob alle Fahrgäste, die ausgestiegen sind, auch wieder einsteigen können, weil der Bus wirklich bis zum Bersten voll ist. Und ich sage das deshalb hier und heute, weil ich es in allen Arbeitskreisen und bei jeder Gelegenheit, Aufsichtsrat, Arbeitskreis, immer wieder anspreche, ich immer wieder höre jeden möglichen Grund, warum das nicht geht. Ich finde aber, man muss da eine Lösung finden. Und 7.15 Uhr ist eine Zeit, wo Berufstätige mit dem Bus fahren. Und wenn ich möchte, dass sie das tun, dann muss ich die Möglichkeit schaffen, dass sie das bequem tun können. Und wir sprechen mit der 365'er Karte ja genau jene an, die täglich fahren. Wenn ich einmal vielleicht dieses Problem habe, gut. Aber dieses Problem hat man, wenn man um diese Zeit fährt, immer. Jetzt kann man sagen, fährt man einen Bus früher. Ich kann ihnen garantieren, ich habe so ziemlich alles ausprobiert. Da muss man wirklich um 6.00 Uhr morgens wegfahren. Also ich bitte noch einmal eindringlichst, hier eine Lösung zu finden, egal wie diese aussieht. Da werden wir auch hier und heute nicht diskutieren können. Und ich finde, dass das einfach notwendig ist. Und es ist auch kein gutes Signal an die Schülerinnen und Schüler, die dazu beitragen, dass natürlich diese Busse so voll sind. Denn wenn die dieses Erlebnis haben, ich steh immer nur im Bus, das ist nicht bequem für mich, dann werden sie wahrscheinlich auch künftig nicht unsere Kunden sein. Also ich bitte hier wirklich um Lösungen. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nächster am Wort Kollege Schauer.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:
Hat sich erübrigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Hat sich erübrigt. Gut, dann vielleicht der Referent noch ein Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ich werde das sicherlich wieder weitertragen. Ich weiß jetzt nicht, war das in der Früh auch ein Gelenksbus auf der Linie 2?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dann werde ich das sicherlich so weitertragen, dass man dort auf alle Fälle um diese Zeit den Gelenksbus einsetzt, dann wäre da schon einmal eine Abhilfe geschaffen, was die Intensität der Besetzung der Busse betrifft.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich. Wir kommen jetzt zum Antrag. Da geht es um die Änderung der Haustarife. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt.

3) SBS-76/17

Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2018.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Tagesordnungspunkt befasst sich mit der städtischen Wasserversorgung, der Wassergebührenveränderung. Hier geht es auf der einen Seite um die Anschlussgebühr bzw. um die Wasserbenutzungsgebühr. Wir halten uns hier an die Vorgaben, die aus der IKD des Landes Oö. gekommen sind, wo es eine Mindestgebühr für die Anschlussgebühr bzw. für die Wasserbenutzungsgebühr ist. Wir sind genau auf diesem Preissegment, auf den Cent genau und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 31.10.2017 wird der Erhöhung der Mindestanschlussgebühren, der Wasserbezugsgebühr entsprechend der beiliegenden Verordnung zum 1.1.2018 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2018 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Zu Wort gemeldet Kollege Dr. Spöck, bitte Markus.

GEMEINDERAT Dr. MARKUS SPÖCK, MBA:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Ein bisschen habe ich heute wieder dieses Deja-vu. Ich glaube, wir haben voriges Jahr genau über das Selbe gesprochen. Heute zum Unterschied hat der Hauser Willi, der Herr Vizebürgermeister Hauser, nicht gesagt, dass wir uns nicht an Gesetze halten, sondern heute hat er gesagt, das ist eine Vorgabe des Landes, vom IKD. Das ist auch richtig so, weil es keine gesetzliche Vorgabe ist, sondern nur ein Erlass. Und da möchte ich schon dazu sagen, wir haben wieder das Thema. Wir erhöhen wieder Gebühren, vielleicht kann man da gleich zusammenfassen, ja nicht nur das Wasser, sondern es kommt ja auch später noch der Kanal, der Kanalanschluss, die Wassergebühr haben wir jetzt zum Thema. Und in Wirklichkeit sehen wir da jetzt keinen Handlungsbedarf. Man orientiert sich da wieder an die Geschichte, dass man sagt, das Land gibt uns Vorgaben in Mindestgebühren, nicht in gesetzlicher Basis, sondern auf Erlassbasis und dem treten wir nahe oder das setzen wir um. Für mich, und sage es da herinnen noch einmal, ist ein Erlass eine Richtung, eine Vorgabe einer Richtung, wie wir uns orientieren sollen. Es soll eine gewisse Norm herrschen, heißt aber nicht, dass wir das auch einhalten müssen. Und ich denke mir, gerade in diesen Bereichen Wasser, Kanal, sind die Gebühren mittlerweile schon sehr, sehr hoch. Wir sind teilweise sogar schon über den Mindestgebühren, wie wir dann bei den Kanalgebühren hören. Und das muss wirklich nicht sein. Und wir haben letztes Jahr im Dezember darüber diskutiert. Müssen wir uns daran halten, wenn uns das Land das vorgibt oder müssen wir uns nicht danach halten. Und wenn ihr euch daran erinnert, der Magistratsdirektor hat voriges Jahr da herinnen gesprochen, hat auch die Zustimmung gegeben, dass es nicht rechtlich relevant ist. Das heißt, wir müssen nicht erhöhen, aber dass es natürlich ein gewisses Druckmittel des Landes geben kann. Das hast du letztes Mal auch gesagt. Ich kann dir zum Beispiel sagen, dass das Land sich vielleicht irgendwelche Förderungen überlegt, wenn auch immer. Aber wir sind ja nicht die einzigen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nicht gibt, nicht zusätzliche Förderungen.

GEMEINDERAT Dr. MARKUS SPÖCK, MBA:

Förderungen dann nicht geben könnte, zum Beispiel. Ja, genau. Aber auch das wissen wir nicht. Weil wir wissen natürlich genau so, dass auch die anderen Städte sich nicht immer danach halten, wenn man schaut, diese Mindestgebühren einzuhalten. Schauen wir nach Linz, die rechnen immer noch nach Wasserklosett, also nach WC ab von diesen Bereichen. Wo sind da die Mindestgebühren? Das heißt, ich kann es ja nicht machen. Ich kann es ja nicht greifbar machen. Die Geschichte, die wir letztes Jahr gehört haben vom Magistratsdirektor, dass die Vorgaben in Linz von der Linz AG gegeben wird, und somit brauchen sich die nicht an irgendwelche Richtlinien halten. Naja, die Gebühren gibt die Stadt vor. Das ist in Linz so, das ist in Wels so und das ist in Steyr so. An Mindestgebühren können wir uns halten, müssen wir auch nicht. Und ich täte wirklich sagen, wenn man sich das jetzt anschaut, wir erhöhen das Wasser um 1,97 %, fällt nicht auf, mag vielleicht der andere sagen, der andere sagt das ist sehr viel, wenn das monatlich dann abgerechnet wird. Darf es ein bisschen mehr sein bei der Kanalbenützungsgebühr, die wir nachher noch haben, erhöhen wir auf 2 %, auf 3,75 Euro/m³. Der Kanalanschluss ist noch ein bisschen mehr, 2,4 %. Spannend da dran, wir sind über der Mindestgebühr und begründen das immer noch, wir heben das an halt, so wie wir das jedes Jahr machen. Ich frage mich, warum tun wir das? Warum halten wir uns zumindest dort nicht an die Mindestgebühr, wenn das schon so immer wieder gesagt wird. Und, das ist uns der Herr Bürgermeister noch schuldig geblieben vom letzten Jahr. In der Gemeinderatssitzung nach diesem Tagesordnungspunkt im Dezember hat er uns gesagt, dass der Vorwurf damals von mir richtig war und dass er dem nachkommen wird, dass die Kalkulation nicht aufliegt. Da geht es um die Geschichte, dürfen wir die 200 % oder mehr als wie 200 % Gewinn machen. Wir wissen es auch heute nicht, sind es 50 %, sind es 100 %, sind es diese sogenannten 200 %. Es liegt leider nicht auf und darum sehe ich mich auch heute wieder gezwungen zu sagen, wir gehen bei dieser Gebührenerhöhung nicht mit, bei der Wassergebühr. Und auch ganz klar gesagt, die ÖVP und auch das Bürgerforum sagt ganz klar, wir sind auch heuer wieder gegen diese Gebührenerhöhung bei Wasser und bei Kanal.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Punkt? Dann darf ich noch sagen, die Kalkulation liegt tatsächlich nicht auf. Tut mir leid, das ist ein Jahr aus. Wir haben aber in der Zwischenzeit, wenn es jemanden interessiert, ein Gerichtsurteil, weil ein Bürger geklagt hat, weil er gemeint hat zu viel Wasser zu zahlen, da hat uns der Verfassungsgerichtshof recht gegeben. Die Grundlage für dieses Verfassungsgerichtshofurteil ist auch eine Kalkulation der Stadt Steyr gewesen, wo wir ungefähr bei diesen 100 % sind und nicht bei diesen 200 %. Das werden wir auch zukommen lassen, tut mir leid, das habe ich vergessen. Aber die Kalkulation gibt es und wurde auch wie gesagt vom Verfassungsgerichtshof direkt oder indirekt, je nachdem wie man es sehen will, auch bestätigt und so akzeptiert. Und das mit...bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Eine Wortmeldung hätte ich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Du möchtest noch was...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ja, ja.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe keine Wortmeldung gesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Entschuldigung. Danke sehr. Sehr geehrte Damen und Herren. Wir können uns nur der Argumentation anschließen, weil diese rechtliche Grundlage wir auch nicht sehen. Wir haben auch lange gehadert. Wir wissen, dass es nicht ganz einfach ist immer mit diesen Gebühren. Wir stehen da ähnlich, auch immer sehr auf der Bremse, was die Anhebung dieser Tarife. Und wir sehen eigentlich momentan auch keinen Zwang dafür.

Unverständliche Zwischenmeldung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, bitte. Kollege Prack am Wort und dann der Kollege Freisais. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Wir werden der Gebührenangleichung, -anpassung, -erhöhung schon zustimmen. Wasser ist ein wertvolles Gut und ich denke, man soll sparsam damit umgehen. Das schlägt sich in den Gebühren in gewisser Weise nieder. Die Sparsamkeit nämlich, wenn sie dann wirklich kommt. Ich denke auch, dass Wasser prinzipiell nicht zu teuer ist, auch wenn es wieder ein bisschen erhöht wird. Also, aus diesem Grund werden die Grünen dem Antrag zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet Kollege Freisais. Bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe mich da den Vorreden der ÖVP und der FPÖ an. Was ich besonders bekrittelt ist, dass keine Kalkulation dabei ist. So ist es einfach nicht möglich, dass man sich eine seriöse Meinung bildet. Gerade als Gemeinderat hat man da auch eine gewisse Verantwortung und von dem her werde ich auch gegen den Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich darf vielleicht noch ergänzen. Es gibt den Herrn Finanzdirektor. Man hätte auch die Möglichkeit gehabt, die Kalkulation bei ihm einzusehen und nachzufragen. Aber ich habe eh schon gesagt, wir werden das nachliefern und das Verfassungsgerichtshofsurteil das hat an und für sich schon Gewicht. Bitte, Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also, was mich ja immer sehr verwundert ist, dass wir auf der einen Seite bei allem was so zu sagen privater Natur ist, und wenn es um Inflation geht, Anhebung der Preise in der freien Marktwirtschaft und so, da habe ich noch nie irgendwo gehört, dass das nicht sein darf und dass das so ist. Nur wenn es um öffentliche Dinge geht, wo es um Gebühren geht und Tarife geht, dort ist dann immer der große Aufschrei. Wir verhalten uns genauso, wie es an und für sich in der freien Marktwirtschaft ist. Dass wenn es so zu sagen Preiserhöhungen gibt aufgrund welcher Umstände auch immer, dass wir halt die Gebühren angleichen. Jetzt gibt es da, und da möchte ich einfach auch dazu sagen, nicht dass da irgendein falscher Eindruck entsteht. Dass es einen Erlass geben kann, ist überhaupt vorher ein Gesetz notwendig. Und der Erlass sind dann die Richtlinien bzw. Durchführungsbestimmungen, wie man dann dieses Gesetz letztlich auch zum Vollzug bringen kann. Und grundsätzlich muss man schon dazu sagen, dass ich nicht glaube, dass das Land Oberösterreich nicht die richtigen Leute dort sitzen hat, die uns irgendwelche Fantazahlen bekannt geben, sondern die das letztlich auch aufgrund von Kalkulationen bzw. auf Berechnungen machen und dann deshalb diese Dinge vorschreiben. Und heuer ist das erste Mal nicht drinnen gestanden, weil ich habe mir extra noch diesen Erlass angeschaut, das erste Mal nicht drinnen gestanden, dass Abgangsgemeinden sogar 20 Cent mehr verlangen dürfen bzw. fast müssten, um so zu sagen hier nicht eine Rüge des Landes Oberösterreich zu bekommen. Das ist heuer das erste Mal nicht drinnen gestanden.

Und grundsätzlich denke ich mir, also sich hier her zu stellen und zu sagen, naja, dann bekommen wir halt eine Förderung nicht, dann ist es so dass ich mir immer denke, wenn es dann Bauvorhaben, Reparaturvorhaben und sonstiges gibt, die wir zu machen haben oder wenn ich mir anschau, was wir in letzter Zeit an Kanalbauvorhaben gemacht haben und dergleichen mehr und wir würden hier diese Förderungen und Unterstützungen nicht bekommen, die es da und dort gibt aus dem Land Oberösterreich, dann möchte ich dann sehen, was gesagt wird, wenn die nicht kommen. Weil das würde automatisch zu einer weiteren Verteuerung führen, weil irgendwer muss es ja zahlen. Und dass das nicht der Herr Bürgermeister aus seinem „Sackl“ zahlt oder der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl aus seinem „Sackl“ zahlt als Baureferent, sondern dass das letztlich auch alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen, das ist auch Usus. Und daher brauchen wir nicht so tun, als wie wenn das Geld irgendwo ein Mascherl hätte. Grundsätzlich geht es darum, den Stadthaushalt so zusammenzustellen und zustande zu bringen, dass es letztlich alles finanzierbar ist. Und wie gesagt, ich verstehe manche Diskussionen in diesem Bereich nicht, weil in der freien Marktwirtschaft wäre das nicht einmal ein Wimpernzucker.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, ich kann....

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich ersuche um Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich kann das nur mehr bekräftigen. Ich glaube, dass das keine kluge Entscheidung wäre, da nicht zu erhöhen sowie alle anderen 444 Gemeinden in Oberösterreich. Das Risiko, dass wir keine Unterstützung bekommen beim Land Oberösterreich, wo wir sowieso schon ein Delta von 17 Millionen aufweisen, was wir mehr an das Land zahlen als zurückbekommen, das ist ein aufgelegter Elfmeter. Wie gesagt, die Steyrer brauchen nicht einmal Gebühren erhöhen, die schwimmen in Geld, da brauchen wir uns nicht anstrengen. Ich glaube auch, dass das ein Schuss in das Knie ist und außerdem ist schon gesagt worden, Wasser ein hohes Gut, die Gebühr ist nicht überzogen, es ist genau das, was vorgeschrieben ist im Index und für dieses Produkt. Im Endeffekt ist das normal wenn wir das fortschreiben und sagen, nächstes Jahr brauchen wir auch keine Erhöhung. Dann werden wir nach drei Jahren auf einmal um 5 % und um 6 % erhöhen müssen. Ich glaube, dass es vernünftig ist. Das ist vernünftig, was das Land Oberösterreich vorschlägt, jährlich zu erhöhen um den Index. Das ist nachvollziehbar, das macht ganz Oberösterreich so und ich schlage vor, dass wir das auch so tun und ich ersuche, das noch einmal zu bedenken. Wie gesagt, das bekommen wir sicherlich retour im Sinne, dass das viel schlechter wird, finanziell werden wir schlecht aussteigen, als wenn wir hier diese kleine bescheidene Erhöhung machen, die sowieso gerechtfertigt ist. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche um ein Zeichen mit der Hand. Niemanden überzeugt. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Somit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **20**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

ner Kompromiss. Das hat sich auch im Abstimmungsverhalten der Jury ganz klar herausgestellt. Es war ein einstimmiger Beschluss. Und ich glaube es ist eine wirklich gefällige Lösung, die aber trotzdem spektakulär ist. Und vor allem aber den Zweck erfüllt, dass diese beiden Stadtteile zusammenwachsen. Ich glaube, und das muss man wirklich sagen, es ist natürlich nur möglich, weil alle hier zusammengeholfen haben und alle gesagt haben, das ist eine vernünftige Lösung. Und es wird uns auch helfen, dass wir die Frequenz in der Innenstadt damit erhöhen, weil es ist nicht so, dass ein jeder mit einem Bus fahren möchte. Auch die fußläufige Erreichbarkeit des Stadtzentrums gehört forciert und das ist jetzt gemeinsam mit dem Steg, und das ist ja auch eine Erfolgsgeschichte wenn man runterschaut. Sie können kaum einen Blick darauf werfen, wo nicht irgendjemand darüber geht. Und ich glaube in Summe sind das wirklich Maßnahmen die uns helfen, dass wir als Stadt attraktiver werden und dass wir angenommen werden als Einkaufszentrum und darum glaube ich eine sehr, sehr gute Lösung. Ich freue mich darüber.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als Nächster Redner der Herr Dr. Zöttl. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Von unserer Seite hat es immer ein klares Bekenntnis gegeben für die Aufstiegshilfe. Die Historie kann ich nicht so genau beschreiben, weil so lange bin ich noch nicht hier, dass ich die ursprünglichen Varianten mit Aufzug und dementsprechend beurteilen kann. Aber ich möchte schon eines dazu sagen, diese Stadtteilverbindung sehe ich genauso bzw. auch diese Fußläufigkeit ist gegeben und ist sicherlich positiv zu sehen. Was ich aber sagen möchte ist, dass mit diesem Vertrag ich trotzdem der Meinung bin, dass es ein Projekt der Stadt ist und das auch über die Bauabteilung abgehandelt werden muss und lediglich der Errichter die Stadtbetriebe Steyr sind. Und das ist auch der Vertrag, der sagt ja das auch. Und ich möchte wie gesagt sagen, es ist ein Projekt der Stadt Steyr.

Unverständliche Zwischenmeldung von Stadtrat KommR. Gunter Mayrhofer vom Platz aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Stadtrat Kaufmann, bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren. Ich gehe davon aus, ich weiß nicht, was erst nachher noch kommt, dass das ein allgemein zustimmungsfähiges Projekt ist. Ich möchte mich da auch für die Grünen sehr anschließen. Ich denke wir haben jetzt in kurzer Zeit zwei Dinge entweder eröffnet oder hiermit jetzt auf den Weg gebracht, die im Verkehrssystem der Stadt Steyr Alternativen zur Nutzung des Automobils, und zwar sehr attraktive Alternativen dazu, anbieten. Das ist der Steg, der schon erwähnt wurde, der ja nicht nur die neue Garage mit dem Stadtplatz verbindet, sondern der auch im innerstädtischen Fußwegenetz Richtung Ennsleite eine große Verbesserung darstellt und eine sehr attraktive Wegführung auch hat, mit immer wieder tollen Blicken auf unsere Altstadt. Und das Zweite ist eben die Aufstiegshilfe Tabor. Und wie uns die Bilder zeigen, die aus dem Architektenwettbewerb hervorgegangen sind, ist es auch in Steyr offenbar möglich. Ich hoffe die Realität wird dem nicht allzu sehr nachstehen, ist es auch in Steyr möglich, hier wirklich moderne Architektur im besten Sinne anzubieten. Und ich könnte mir durchaus vorstellen, ich kenne einige Aufstiegshilfen europaweit, Lissabon ist ja glaube ich ein besonders gutes Beispiel. Und sie erlauben mir heute, dass ein Beispiel vielleicht auch einmal für Steyr funktioniert. Wir können uns, denke ich, mit diesem modernen Projekt dann durchaus, wenn es dann fertig ist, vergleichen mit Architektur, wie sie an den besten Orten Europas schon stattfindet. Ja, und was für uns sehr wichtig war, und das war in den Diskussionen ja nicht immer klar, ist, dass es nicht nur für Fußgängerverkehr tauglich ist sondern auch für jene, die ein fußgängerähnliches oder unterstützendes Verkehrsmittel dabei haben, dass hier Kinderwagen, dass hier Rollstühle und dass hier auch Fahrräder fähig sind mitge-

nommen zu werden. Das haben wir hier stark eingebracht und das wird hier auch in der Umsetzung so stattfinden. Ich danke hier für die Zusammenarbeit zu diesem Projekt. Das ist glaube ich wirklich gut gelungen und ich werbe auch dafür. Sollte jemand noch nicht entschlossen sein hier einstimmig zuzustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächstes zu Wort gemeldet die Frau Magistra Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Den Worten meiner Vorredner ist zu entnehmen, dass es da eine sehr einhellige Zustimmung gibt. Das freut mich. Es lässt mich nämlich hoffen, dass es in Zukunft nicht mehr 50, 70, 80 Jahre dauert, bis solche Innovationen in Steyr möglich sind. Kollege Zöttl hat gesagt, so genau weiß er das nicht. Also die ersten Pläne, die ich kenne, und ich weiß das sind nicht die Ältesten, die es im Rathaus gegeben hat, die waren aus den 50'er Jahren. Also 1950 herum hat es schon Pläne gegeben. Das heißt, wir reden jetzt hier im Zeitraum von 70 Jahren. Ich kann mich erinnern, es hat jetzt, ich bin jetzt 20 Jahre im Gemeinderat, 20 Jahre noch einmal dazu gedauert. Ich freue mich sehr, dass es jetzt möglich ist. Und es zeigt auch, diese Einhelligkeit, die wir jetzt herinnen haben war ja nicht immer so, da hat es viele Zweifler gegeben und Skeptiker. Ich bin froh, dass das weg ist. Dass das ganze nämlich auch kostengünstig darstellbar ist. Das war immer die große Sorge. Das können wir uns überhaupt nicht leisten. Und jetzt ist ein Modell da. Der Kollege Kaufmann hat schon angesprochen, Lissabon, es hat mich auch sehr stark an Lissabon erinnert, weil diesen Aufzug ich dort auch kenne. Das heißt es ist möglich, wenn man will. Und genauso dieser Steg. Ich kann mich erinnern, das ist noch nicht allzu lange her, da ist man ein bisschen fast für verrückt erklärt worden, ein Steg über die Enns, kann doch nicht sein, haben wir doch extra weggerissen. Jetzt ist er da, er wird angenommen, es geht gerade wer darüber. Und ich habe jetzt wirklich die Hoffnung, dass so eine Aufbruchsstimmung herkommt. Dass wir für viele Dinge, die man in Steyr noch machen kann, auch tatsächlich es nicht mehr 50, 70 Jahre dauert, sondern das schneller in Angriff nehmen kann wenn man sieht, es funktioniert ja. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dann ist der Referent beim Schlusswort. Ich glaube, vielleicht liegt es am Bürgermeister. Aber da bin ich mir nicht sicher.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich meine Einhelligkeit ist wunderbar und schön. Trotzdem kostet das ganze Ding ein Geld und daher brauchen wir diesen Vorentscheid, dass wir so zu sagen das so machen, wie es ist. Der Herr Dr. Zöttl braucht überhaupt keine Angst haben, dass so zu sagen der Herr Hochgatterer plötzlich Bauherr würde. Also das bleibt auf alle Fälle in der Bauabteilung, weil es auch dorthin gehört. Das war auch immer klar. Und letztlich ist es natürlich auch so, dass es natürlich ein Projekt der Stadt ist, aber wenn es wer noch nicht weiß, auch die Stadtbetriebe Steyr GmbH ist 100 % Eigentum der Stadt Steyr. Und daher ist alles gemeinsam so zu sagen hier im Fluss. Ich denke mir, wir sollten einen Beschluss fassen, der uns offensichtlich allen Freude bereitet.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich dafür.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dein nächster Punkt.

5) GHJ2-78/17

Grundsatzbeschluss – Vorbeugender baulicher Brandschutz in der Promenaden- und Punzerschule.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Punkt ist ein Grundsatzbeschluss und ich möchte auch erklären, warum es ein Grundsatzbeschluss ist. Es geht um den vorbeugenden baulichen Brandschutz in der Promenadeschule und Punzerschule. Es geht hier darum, dass so zu sagen bei den Begehungen festgestellt wurde, dass hier gewisse Brandschutzabschnitte zu lange sind, dass hier verschiedenste Brandschutzabschnitt bauliche Maßnahmen notwendig sind, bis hin zu Rauchabzug und verschiedenen anderen Dingen mehr. Und leider Gottes geht das halt bei solchen Häuser die wir haben, die einerseits Denkmal geschützt sind und alt sind, aufgrund der dementsprechenden Bauhöhen, natürlich auch ordentlich ins Geld. Insgesamt macht das für diese beiden Schulen 1,9 Mio. Euro aus. Und wir haben uns also mit dem Bausachverständigen und dem Brandschutzsachverständigen zusammengesetzt und es geht darum, dass wir eine Etappenlösung hier gefunden haben, in drei Etappen. Und deshalb hier jetzt ein Grundsatzbeschluss, wo diese drei Etappen beschlossen werden sollen und vordringlich natürlich im Rahmen des Grundsatzbeschlusses auch die 707.000,-- Euro, die für nächstes Jahr hier im AOH vorgesehen sind. Sie sind ja letztlich auch schon vermerkt worden im Abänderungsantrag des Budgets. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass es hier jetzt um diese zwei Schulen geht, dass es aber noch zusätzlich dazu kommen wird bei den nächsten Begehungen, aufgrund der verschiedensten Änderungen in den gesetzlichen Lagen, dass wir die Wehrgrabenschule, die Plenkbergerschule, die Schule auf der Ennsleite und die Schule am Tabor da noch dazubekommen werden, und dass es hier wahrscheinlich noch einmal in etwa um dieselbe Summe gehen wird. Nur damit wir gleich darauf vorbereitet sind, was hier noch auf uns zukommen wird. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fasst den

Grundsatzbeschluss

die in der brandschutztechnischen Beurteilung vom 27.10.2017 vorgeschlagenen Maßnahmen in der Promenaden- und Punzerschule zur Verbesserung des vorbeugenden baulichen Brandschutzes umzusetzen und zur, in drei Jahresetappen (2018 bis 2020) vorgesehenen Realisierung einen Budgetrahmen in der Höhe von € 1.915.000,- bereitzustellen.

Für das Budgetjahr 2018 bzw. die erste Etappe ist ein Budgetansatz in der Höhe von € 707.000,- vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich möchte nur ergänzen, die Gesetzeslage ist klar. Wenn man jetzt etwas ändert, muss man es jetzt tun. Die Vorschriften wurden verschärft und wir tun das, und wir werden auch viel Geld in die Hand nehmen, auch die nächsten Jahre, um hier diesem Sicherheitsaspekt Rechnung zu tragen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung und darf als nächste Berichterstatterin die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger ersuchen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

6) Fin-142/16

Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2016/17.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Abrechnung des Kindergartenjahres 2016/2017 mit den privaten Kindergärten die uns in Steyr unterstützen. Gegenüber dem Voranschlag hat es erhöhte Kosten bei zwei Kindergärten gegeben, die sich daraus ergeben, dass in dem einen Kindergarten eine Kindergärtnerin vorzeitig in Pension gegangen ist aufgrund der „Hacklerregelung“ und daher die Abfertigungskosten nicht budgetiert werden haben können. Und dass es im Kindergartenbereich noch zusätzliche Investitionen im Bereich Garten und Bodenreparaturen gekommen ist. Und im zweiten Kindergarten waren es Erneuerungen von Spielgeräten die nicht vorhersehbar waren, weil dort der TÜV den Geräten bei der Überprüfung im Frühjahr nicht mehr die Genehmigung erteilt hat und somit sind die Spielgeräte ausgetauscht worden. Und das war auch im Budget vorher nicht absehbar. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. 11.2017 wird der Beschluss des Gemeinderates vom 06.07.2017, mit welchem die Voranschläge der Betreiber privater Kinderbetreuungseinrichtungen für das Betreuungsjahr 2017/18 genehmigt wurden, dahingehend ergänzt, dass beim Caritas Kindergarten Wieserfeldplatz Sanierungskosten in Höhe von Euro 27.600,-- und beim Waldorfindergarten Fabrikinsel Euro 10.000,-- als Investitionskosten anerkannt werden.

Zur Ausfinanzierung für das Kinderbetreuungsgeld 2016/17 und Auszahlung der ersten Akontozahlung im laufenden Betreuungsjahr werden folgende Zahlungen genehmigt:

Bei der VA-Stelle 1/240000/757000 (Kindergärten) wird ein Betrag von Euro 280.467,-- freigegeben. Für die restlichen Beträge im Bereich der Kindergärten, die jedoch auf Investitionen zu buchen sind, wird bei der VA-Stelle 5/240000/777000 ein Betrag von Euro 43.717,-- freigegeben.

Zur Auszahlung eines Betrages von Euro 5.543,-- an den Hort St. Anna wird dieser bei der VA Stelle 1/250000/757000 (Horte) freigegeben.

Zur Bedeckung der für die Krabbelstuben notwendigen Auszahlungen in Höhe von insgesamt Euro 205.236,-- wird zunächst eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/250000/757000 (Horte) in Höhe von Euro 15.719,-- auf die VA-Stelle 1/439000/757200 und sodann bei dieser VA-Stelle die Auszahlung des benötigten Betrages bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 43.717,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Stadtrat Dr. Mario Ritter. Bitteschön.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende. Kinderbetreuungscentren sind ein ganz wichtiger Bestandteil unseres sozialen Systems und es gibt in der Abrechnung, in der Verrechnung der zwei Jahre rückblickend das eine oder andere was positiv ist. Und es gibt auch Abrechnungen, wie zum Beispiel vom Kindergarten St. Anna, die bei weitem nicht das Budget erreicht haben, was prognostiziert wurde. Aber ich muss auch ehrlich gestehen, wenn ich mir das Ganze so durchlese, dann bleiben einige Fragezeichen hängen. Zum Beispiel auch, wie man sich Gartenmöbel um 28.000,- Euro anschaffen muss. Wie gesagt, das ist eine von einigen Fragen, die zu klären gewesen wären seit der Stadtsenatssitzung. Wir haben das gefordert. Leider ist nichts gekommen. Aber wie gesagt, wir können nicht vorbehaltlos dem zustimmen. Vielen Dank.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht noch jemand zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort? Das ist nicht der Fall. Somit Referentin, bitte Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Ich habe versucht, das jetzt zu erklären. Die Genehmigung der Kinderspielgeräte wird nicht von uns alleine, sondern die werden dem Land Oberösterreich vorgelegt und wenn das Land Oberösterreich das Okay dazu gibt und es gibt eine Liste an Spielgeräten, dann müssen wir diese Investitionskosten abdecken. Und wenn eine Kindergärtnerin vorzeitig in Pension geht, dann können wir das leider auch nicht ändern. Also das sind Abfertigungsansprüche, die nicht drinnen stehen. Und wenn eine TÜV-Überprüfung nicht genehmigt wird, dann können wir das leider im Vorfeld auch nicht abdecken. Aber wir können im Detail euch die einzelnen Aufzeichnungen noch zukommen lassen, das ist überhaupt kein Thema. Aber ich habe versucht das jetzt aufzuklären, dass das nicht in unserem Ermessen liegt, welche Spielgeräte angeschafft werden, sondern es gibt eine Vorlage des Landes Oberösterreichs, eine Genehmigung des Landes, und nach dem richten wir uns.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist leider eine der Auswirkungen des Kindergartengratisjahres, was 2009 eingeführt wurde, einstimmig im Landtag beschlossen, Kindergarten gratis. Somit auch alle Privatkindergärten gratis. Die Kosten tragen die Kommunen. Uns wurde damals gesagt, das wird keine Mehrkosten verursachen. Faktum ist, die Mehrkosten für die Stadt Steyr, nur die Mehrkosten betragen 1,5 Mio. Euro. Rechnungen, die früher Privatkindergärten für Spielgeräte gehabt haben waren ihre Rechnungen. Jetzt sind es unsere. Das wurde verordnet, liegt fest und wir haben überhaupt keine Möglichkeit uns dagegen zu wehren. Das ist alles festgeschrieben. Aber das ist halt so, manche Dinge muss man zur Kenntnis nehmen. Wir haben eine Kontrollabteilung, die sich alles ganz genau anschaut aber gegen diese Verordnungen und Gesetze oder auch Erlässe, kann man sich gar nicht zur Wehr setzen. Wir kommen zur Abstimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte dein nächster Punkt.

7) Fin-6/17

Flexi-Treff – flexible stundenweise Kinderbetreuung der „Drehscheibe Kind“; Subvention.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Der zweite Punkt ist ein ähnlicher Punkt. Es geht um das Flexi Treff von der Drehscheibe Kind. Ein Bereich der für viele berufstätige Eltern ganz ein notwendiger Bereich ist, die flexible Kinderbetreuung. Hier hat es bisher Unterstützung vom Arbeitsmarktservice gegeben. Das Arbeitsmarktservice zieht sich aus diesem Bereich etappenweise zurück. Es entsteht eine Finanzierungslücke und wir haben uns gemeinsam dazu entschlossen, die Wichtigkeit haben wir erkannt und unterstützen jetzt für das Jahr 2017 das Flexi Treff mit 37.500,-- Euro. In Folge wird der Beitrag sich aller Voraussicht nach erhöhen, weil das AMS eben stufenweise jedes Jahr um ein Stückchen weniger an Subvention bezahlt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 28. November 2017 wird dem Verein Drehscheibe Kind, Promenade 12, 4400 Steyr, für die flexible Kinderbetreuung „Flexi-Treff“ eine Subvention für das Jahr 2017, zusätzlich zu den bereits ausbezahlten Euro 5.000,--, in der Höhe von

**Euro 37.500,--
(Euro siebenunddreißigtausendfünfhundert)**

gewährt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der Voranschlagsstelle 1/439000/757000 vorgesehen und werden freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet, die Frau Gemeinderätin Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Hat sich erledigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hat sich erledigt? Somit liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte der dritte und letzte Punkt.

8) Präs-361/17

Antrag und Abänderungsantrag der Grünen an den Gemeinderat; Resolution an die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag; Abstandnahme bzw. Rücknahme von Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kindergärten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Der dritte und letzte Antrag ist ein Antrag an den Gemeinderat mit einem Abänderungsantrag der vorliegt, wo es um eine Resolution an die Oberösterreichische Landesregierung und den Oberösterreichischen Landtag geht. Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert die Oberösterreichische Landesregierung und den Landtag auf, im Interesse der betroffenen Familien, der Berufstätigen und im Besonderen der alleinerziehenden Mütter und Väter, die Festlegung von Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kindergärten zurück zu nehmen, und die Gemeinden weiterhin ausreichend bei der Organisation eines familienfreundlichen, beitragsfreien Betreuungsangebotes für Kleinkinder zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Die Begründung...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Entschuldigung, ja...

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Die Begründung: Die qualitätsvolle Betreuung im Kindergarten wird zunehmend als wichtige Grundlage einer umfassenden Bildung erkannt. Besonders für die Sprachkompetenz sowie für den Erwerb sozialer Kompetenzen ist frühes Lernen in der Gruppe von großer Bedeutung.

Der Gemeinderat möge folgende Resolution an die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag auf, im Interesse der betroffenen Familien, der berufstätigen und im Besonderen der allein erziehenden Mütter und Väter, ~~von der~~ die Festlegung von Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kindergärten ~~Abstand~~ zurück zu nehmen, und die Gemeinden weiterhin ausreichend bei der Organisation eines familienfreundlichen, beitragsfreien Betreuungsangebotes für Kleinkinder zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Antrag steht zur Diskussion. Wer wünscht das Wort? Die Frau Gemeinderätin Lindinger, bitteschön.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Geschätzte Damen und Herren. Ich denke die Frage erhebt sich, wen trifft es, wenn man am Nachmittag jetzt Gebühren einführt? Und es trifft einerseits die alleinerziehenden Väter und Mütter, die dann wirklich ein Problem kriegen. Und das sind im Normalfall nicht die, die wirklich im Geld schwimmen, dass das also kein Problem ist. Und das andere ist, es trifft dann die, die eher aus bildungsferneren Schichten kommen, die melden dann ihre Kinder vielleicht am Nachmittag wieder ab, weil das halt billiger ist. Und genau das sind die Kinder, die wir eigentlich fördern sollten und die eigentlich gewinnen sollten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Die Frau Kollegin Kattnigg ist am Wort. Bitte, Frau Landtagsabgeordnete.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Ich denke, dieses Elternbeitragsmo-

dell, bei dem ich im Landtag natürlich auch zugestimmt habe, ist ein sehr positives Modell. Es kann natürlich vielseitig darüber diskutiert werden, weil wir mit diesem Beitragsmodell erstens einmal der Schuldenbremse über das Gesamtbudget des Landes Oberösterreich Einhaltung bieten wollen und das nächste, und das ist auch klar herausgekommen in der Pressemeldung von der Landesrätin Haberlander, wir wollen diese Gelder oder diese Einnahmen für die Kindergärten, und da geht es auch wirklich nur um die Nachmittagskindergartenbetreuung. Wir wollen die Qualität der Kindergärten mit diesen Geldern auch wieder steigern und erweitern. Und ich denke mir einmal, diese Verordnung ist derzeit im Entstehen. Es gibt Grundzüge dazu, die wird Mitte Jänner dann noch durch die Landesregierung gehen. Es gab auch gestern in unserem Frauen- und Gleichbehandlungsausschuss einige Stimmen, da werde ich später auch noch dazu reden, wenn wir zum Budget kommen, dagegen, dass das alles zu kurzfristig ist. Da kann man darüber diskutieren, aber dennoch glaube ich, ist das absolut vertretbar, dass diese Gebühren... und von der Roten Fraktion wurde ja im Landtag gesagt, das ist eine Kindergartensteuer, da verwehre ich mich absolut dagegen. Das ist keine zusätzliche Steuer. Und ich denke generell, wenn man berücksichtigt, dass wir alle sparen müssen, dann kann man auch dazu sagen, dass eine Nachmittagsbetreuung und damit eine Vergebührung absolut vertretbar ist für mich. Aber wie gesagt, das ist ein erster Auszug, weil ich möchte mich im Budget dann noch zusätzlich dazu äußern. Und weiters möchte ich noch sagen, dass Oberösterreich, also dass Wien eigentlich das einzige Bundesland ist, die keine Kindergartengebühr verlangen und im Jahr 2018 noch eine zusätzliche Belastung für das Budget von 376 Mio. Euro verursachen. Alles Weitere folgt dann später.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächstes zu Wort gemeldet, der Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sinnvoll ist diese Resolution? Erst letzte Woche ist das beschlossen worden im Landtag. Alle Fraktionen haben die Möglichkeit gehabt hier ihre Wortmeldungen abzugeben und es ist beschlossen worden. Was bringt diese Diskussion jetzt? Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass wir hier herinnen diskutiert haben, wie die Gebühr abgeschafft wurde. Das war vor einer Wahl. Es hat Stimmen gegeben, die gesagt haben, das ist ein „Wahlzuckerl“. Auf jeden Fall ist es umgesetzt worden. Und es hat auch hier herinnen einige gegeben, die gesagt haben, das ist kurzfristig gedacht. Das ist nicht wirklich das Beste. Jetzt ist man zur Erkenntnis gekommen, dass es sehr wohl Sinn macht, wenn man hier eine Änderung wieder trifft. Vor allem aber, und ich glaube das ist das Positive, es ist sozial gestaffelt. Es wird also sehr wohl Rücksicht darauf genommen, wer zahlt wie viel, mit welchem Einkommen, mit welcher Bedürftigkeit und davon ist es abhängig. Und dass man grundsätzlich sagt, eine Leistung die ich in Anspruch nehme ist auch etwas wert und kostet etwas, das finde ich durchaus in Ordnung. Wir werden also diesem Antrag der Grünen nicht die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster Redner ist der Kollege Freisais gemeldet. Bitte, Herr Gemeinderat.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Oberösterreich hat eine der schwersten Haushaltskrisen seit Jahrzehnten. Die Politik in Oberösterreich hat jetzt jahrelang Schulden angehäuft und vorgegaukelt, es ist alles im Reinen, wir sind im Spitzenfeld, alles ist „Leiwand“ und jetzt auf einmal ist man darauf gekommen, es gibt, gut versteckt teilweise, doch einen riesen Berg Schulden. Was tut man? Man spart homöopathisch am eigenen Apparat und man hängt den Schuldenrucksack den Kindern und den Familien um. Gleichzeitig gönnen sich die Parteien, die das beschließen, eine der höchsten Parteienförderungen der Welt in Oberösterreich. Würden wir die Parteienförderung in Oberösterreich halbieren, wären wir immer noch am Niveau von Deutschland. Was da gar nicht einkalkuliert ist, ist, dass die ganzen Vorfeldorganisationen, die ebenfalls Förderungen bekommen und dann noch so Sonderförderungen, wie auch bei uns da im Gemeinderat für Fraktionen, Gemeinderäte usw. ausgeschüttet werden.

Würde man da einmal hineinstecken, in diesen Wasserkopf, könnte man zweistellige Millionenbeträge freimachen und gerade in dem Bereich der die Kinder und Familien trifft, deutlich mehr entlasten. Aus meiner Sicht spart man bei der Bildungseinrichtung Kindergarten ganz am falschen Ende. Man fördert damit soziale Selektion, man fördert damit Parallelgesellschaften und uns muss klar sein, was wir uns jetzt beim Kindergarten sparen, das zahlen wir später einmal bei der Mindestsicherung, bei sozialer Unterstützung mit Zins und Zinseszins hinein. Von dem her, der Antrag hat meine Unterstützung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet der Kollege Stadtrat Kaufmann, bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren. Wichtig ist, dass es zu so einem Thema eine Diskussion gibt. Auch dort, wo auf der administrativen Ebene Betroffenheit passiert. Natürlich, im Land hat man es beschlossen, aber die Stadt muss es vollziehen. Die Stadt bleibt möglicherweise auch gerade durch die soziale Staffelung auf Kosten sitzen, die bisher das Land übernommen hat. Darum ist es durchaus gerechtfertigt, dass sich eine Stadt dazu auch äußert, was sie von diesem Beschluss hält. Zur Kollegin Kattnigg. Oder von ihr möchte ich einen Satz aufnehmen und etwas hinterfragen, nämlich dass es um Nachmittagsbetreuung geht. Jetzt was ist der Unterschied zwischen Vormittags- und Nachmittagsbetreuung im Kindergarten? Da kann ja nur ein Menschen- und Familienbild dahinterstecken, wo Frauen, ich nehme an es wird nicht an Männer gedacht, halbtags arbeiten und das Kind mittags vom Kindergarten abholen können. Ja, wundern tut es uns nicht wirklich, wenn die Schwarz-Blaue Mehrheit im Land so eine Retrofamilienpolitik fördert. Wundern tut es uns nicht. Aber wir müssen an jeder Stelle, wo das möglich ist, deutlich sagen, wir wollen das nicht. Das ist nicht unser Familienbild. Und Kinder sollen die Möglichkeit haben und Eltern sollen die Möglichkeit haben, ihre Kinder ganztätig in eine gute Kindergartenbetreuung schicken zu können. Bildung ist in dem Sinn, Kollege Freisais hat es schon ein bisschen angesprochen, eine Infrastrukturleistung des Staates an die Bevölkerung. Das ist genauso wichtig wie der Straßenbau für die gesellschaftliche Entwicklung oder vielleicht noch viel wichtiger. Und dort überlegen wir ja auch nicht, sollten die Reichen nicht höhere Steuern zahlen für die Straßenbenützung oder sollten wir Mauten einführen für die größeren Autos oder so irgendwie. Nein, da ist die Entscheidung...

Unverständliche Zwischenmeldung von StR. Gunter Mayrhofer vom Platz aus.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Aber wenn ihrer mehr Benzin braucht, ergibt sich das, aber das ist ja nicht zwingend. Auch als wohlhabenderer Mensch kann man ja auf Sparsamkeit beim Treibstoffverbrauch durchaus schauen. Und auch die soziale Staffelung ist natürlich auch ein Problem. Angeblich nur also ein Problem im Sinne der Administrierbarkeit. Angeblich hat ja die neue Landesregierung eine Verwaltungsreform im Sinne von Vereinfachungen auch im Blick. Und hier wird den Gemeinden hinaufgedrückt, dass sie kontrollieren müssen, was verdienen denn die Eltern von Kindergartenkindern und dann selektieren, wer zahlt wieviel. Wenn das keine Verwaltungsverschärfung und zusätzliche nicht notwendige, nämlich zusätzliche nicht notwendige Arbeiten im Verwaltungsbereich sind, die bei der Gemeinde hängen bleiben. Das wird ja vom Land nehme ich an auch nicht finanziert. Wo soll man dann sonst Verwaltungsvereinfachung suchen, wenn nicht hier, aber leider im negativen Sinn. Also in dem Sinn, Kindergärten sind wichtig, Kindergärten sind vormittags und nachmittags wichtig und es ist sehr sinnvoll aus verschiedenen Gründen, dass das ein Gratisangebot des Staates bleibt. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Wortmeldung. Gemeldet hat sich der Herr Gemeinderat Hingerl. Bitte, Herr Ing. Hingerl.

GEMEINDERAT ING. MICHAEL HINGERL:

Sehr geehrter hoher Gemeinderat, liebe Damen und Herren. Als vierfacher Familienvater möchte ich mich in der Hinsicht schon kurz zu Wort melden und möchte natürlich sagen, dass es ein großes Problem ist, wenn wieder zusätzliche Belastungen kommen. Eine Nachmittagsbetreuung für eine Familie, wo die Eltern wohl oder übel arbeiten gehen den ganzen Tag, ist natürlich ein erheblicher Vorteil. Es dient zum sozialen Umfeld und zur sozialen Bildung der Kinder. Leider ist dieser Gesellschaft und vor allem dieser politischen Gesellschaft in Oberösterreich sind die Kinder nichts wert. Daher wird wieder einmal dort gespart, wo die Leute arbeiten müssen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin sehr traurig, wenn es hier wieder zu einer Belastung von Familien kommt, wieder zu einer Belastung kommt für arbeitende Menschen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Nächste Wortmeldung Kollegin Schörkhuber. Bitte, Birgit.

GEMEINDERÄTIN BIRGIT SCHÖRKHUBER, BEd:

Wertes Präsidium, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es zeigt eigentlich ganz klar diese Kindergartengebühr, wie die Schwarz-Blaue Landesregierung hier Akzente setzt, welchen Sparkurs sie verfolgt. Die Frage ist doch, welche Symbolik steckt hinter dieser Nachmittagsgebühr, die uns aufgebürdet wird. Ich glaube, dass das einfach eine ganz, ganz scheinheilige Familienpolitik ist, die da betrieben wird und ich halte es auch für eine rückständige Frauenpolitik. Ich muss ganz, ganz ehrlich sagen, als Frau im 21. Jahrhundert betonen zu müssen, dass es einfach notwendig ist für berufstätige Familien, sowohl für den Mann als auch für die Frau, ein gewisses Angebot zur Verfügung zu stellen, das ist einfach notwendig. Wir wissen ganz genau, dass Frauen so zu sagen auch immer wieder mit struktureller Benachteiligung konfrontiert sind. Die Frage ist, welche Akzente setzt man. Schaut man die Familien zu fördern oder bürdet man ihnen eben neue Gebühren auf. In einer Welt wo wir wissen, dass die Notwendigkeit besteht zu arbeiten, dann noch eine Nachmittagsgebühr zu verlangen, halte ich wirklich für rückständig. Was das nämlich für ganz viele Frauen konkret bedeutet, wissen wir nämlich auch. Dieser berühmte Brief von der Frau Seufferlein hat es gezeigt am Land nämlich, wo es die Frauen wirklich beinhart trifft, wir sind ja da in Steyr eigentlich noch gesegnet, das kann man schon so sagen, ist so zu sagen die Bedrohung im Raum, dass diese Kindergärten am Nachmittag zusperren werden. Weil halt einfach nicht dieses Angebot zu Stande kommt, weil viele Frauen dann halt ausweichen auf die Großmütter, die am Nachmittag zur Verfügung stehen vielleicht, die zu Hause sind und schauen auf die Kids. Es wird ein Problem ausgelagert und in Wahrheit ist es so, dass es dann für die Frauen vielfach zu mehr Belastungen kommt. Ich finde, das ist eine Politik, die man im 21. Jahrhundert schlichtweg nicht machen kann, nicht betreiben kann und sich dann hinzustellen und zu sagen, das ist eine positive Entwicklung, Frau Kollegin, das stelle ich jetzt einmal sehr in Frage und halte das für zweifelhaft. Es heißt dann auch immer wieder, das ist doch früher so gegangen, das muss doch heute auch gehen. Ich halte das für eine Problematik oder einen Weg, da mag ich nicht zurückgehen. Ich besuche immer wieder viele Altersjubilarrinnen, in dem Fall in Münichholz, im Musikerviertel, habe vor kurzem mit einer Frau geredet, die 84 ist. Ihr Mann hat Geburtstag gehabt und sie hat mir erklärt, wie das damals ausgesehen hat, wie sie drei Jobs zu bewältigen gehabt hat und nebenbei so zu sagen den Haushalt noch geschmissen hat, und fünf Kinder aufgezogen hat. Also ich glaube, wir sind in Zeiten, wo wir froh sein können, dass es eine gewisse Infrastruktur gibt. Die sollten wir ausbauen, aber nicht weiter einschränken. Die Frage ist, wo setzt man die Akzente, wenn man einen Sparkurs betreibt. Das kann man jetzt hinterfragen. Gut oder schlecht finden. Wenn man schon sagt, man muss jetzt hier sparen, dann sollte man doch nicht bei den Familien und bei den Frauen sparen, schon gar nicht bei den Kindern.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächste Wortmeldung Frau Kattnigg, zum zweiten Mal. Bitte.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Ich möchte noch einmal auf die Wortmeldungen der einzelnen Fraktionen replizieren. Das wäre Beispiel jetzt auf sie Herr Freisais. Wenn sie zugehört haben bei der Landtagssitzung dann hätten sie auch gehört, dass im Zuge der gesamten Budgeteinsparungen auch die Parteienförderungen deutlich gekürzt worden sind.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Homöopathisch habe ich gesagt.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Nein, homöopathisch ist das nicht, das ist ja deutlich gekürzt worden. Und das nächste, Kindergärten, möchte ich noch einiges sagen. Die Kindergärten, wir haben ja schon gehört, die Staffelung ist aus meiner Sicht sozial...dementsprechend sozial, gibt es eine Staffelung nach Einkommen und warum, und sozial gerechtfertigt, und warum soll da nicht auch das Gehalt angegriffen oder angeschaut werden. Es gibt ja da Einkommensgrenzen. Das ist in der Pressemeldung von der Frau Landesrätin Haberlander schon dargestellt worden. Also wo liegt das das Problem? Bei vielen anderen Sachen wird man...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das ist unnötiger Verwaltungsaufwand.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Nein das ist nicht unnötiger...jetzt muss ich ihnen eines einmal sagen Herr Kaufmann, irgendwann müssen sowohl, wir haben das ausreichend im Landtag diskutiert, irgendwann, wenn die Schuldenbremse angesetzt wird, müssen sowohl die Sozialdemokraten als auch die Grünen endlich einmal lernen, dass nicht alles im Leben gratis sein kann. Es ist so.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Wir haben mehr als ausreichend...ja, es ist so. Wir haben ausreichende Schulden und es kann nicht alles gratis sein. Und, das möchte ich auch ganz klar und deutlich sagen, diese Gelder für die Kindergärten, diese zusätzlichen Einnahmen, wenn sie die Pressemeldung gelesen haben von der Haberlander, wird wieder für den qualitativen Ausbau von Kindergärten verwendet.

Unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Es wird ja immer gejammert, dass zu wenige Kindergärten vorhanden sind. Die Geldmittel werden verwendet. Und das muss sich zuerst einmal herausstellen, das möchte ich auch ganz klar einmal sagen...

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Das muss sich zuerst, darf ich einmal ausreden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sie ist zum zweiten Mal am Wort, aber sie ist am Wort.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG BA (FH):

Darf ich einmal ausreden. Es muss sich zuerst einmal herausstellen, dass wirklich der Kindergartenbedarf da rückgängig ist oder dass es weniger Mütter gibt, die Kindergärten besuchen. Ich habe gestern im Frauenausschuss gesagt, ich möchte einmal wissen, wie viele Frauen zum Beispiel in Steyr die Kindergärten am Nachmittag besuchen. Das möchte ich echt einmal wissen. Ich glaube auch, dass das einige sind, aber ich möchte trotzdem eine

Erhebung haben. Und es, noch einmal der Punkt...wir haben auch gestern mit einigen Personen, mit Müttern, älteren, jüngeren Müttern gesprochen und auch in der Vergangenheit, und die haben mir alle bestätigt, ja müssen wir halt, das hat es in der Vergangenheit auch schon gegeben eine Kindergartengebühr und wenn man jetzt wieder einmal was zahlen muss. Also, die haben nicht das große Problem gesehen. Und im Zuge der Sparmaßnahmen, es hilft halt alles nichts, wird halt auch einmal dort ein Kindergartenbeitrag eingeführt. Und ich glaube die Kindergärten werden, dass der verwaltungstechnische Aufwand vielleicht ein Thema sein wird, darüber kann man lange diskutieren. Aber es hat auch früher eine Kindergartengebühr, einen Kindergartenbeitrag gegeben und wenn es ihn jetzt wieder gibt, dann wird das glaube ich letztendlich langfristig auch kein großes Thema sein. Und vor allem, wenn dann das Kindergartenangebot dann wieder zunimmt, in dem wir die Gelder wieder verwenden werden. Und das ist einmal vor allem wichtig, das muss man auch sehen. Nicht immer nur, das ist ein zusätzlicher Beitrag. Das ist wichtig.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächster Redner Vizebürgermeister Dr. Zöttl. Bitte, Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Interessant, wie man da jetzt eigentlich die Thematik angeht. Jetzt wird man hingestellt, als wenn man gegen die Kindergärten ist, gegen die Kinder. Selbstverständlich ist jeder für die Kindergartenbetreuung und auch das Angebot. Es geht nur um die Kosten und wie die Kosten zu bewältigen sind. Und interessant ist ja auch ein bisschen die Historie, wenn man zurückblickt. Das war in der Periode 2003 bis 2009, wo die ÖVP und die SPÖ in der Landesregierung gesessen sind. Damals hat es nämlich dann nach jahrelanger Verhandlung bei uns da in Steyr ein wirklich ausgewogenes Tarifmodell für die Kindergärten gegeben, das sozial gestaffelt war. War alles wirklich gut ausgemacht. Und siehe da, dieses sogenannte „Wahlzuckerl“ ist genau kurz vor der Wahl dann 2009 gekommen und da haben sie sich gegenseitig überschlagen. Die einen haben gesagt Gratiskindergarten für alle und dann die SPÖ hat dann das Gratisessen noch für alle im Kindergarten vorbereitet gehabt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die FPÖ hat auch mitgestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Mag sein. Aber kurz darauf ist man draufgekommen, dass dieses Gratisessen doch nicht finanzierbar ist und dieses Gratisessen wurde wieder abgeschafft, aber aus logischen Gründen, weil es nicht finanzierbar war. Und jetzt ist man halt beim Gratiskindergarten hängen geblieben und jetzt ist auch die Erkenntnis da, dass es so nicht funktioniert. Und jetzt sind wir wieder da, wo wir eigentlich 2009 am Anfang waren, bei einer sozialen Staffelung. Und die gibt es für die Kindergärten auch, was ich jetzt gehört habe, bei der Nachmittagsbetreuung. Also, jetzt sind wir eigentlich wieder dort gelandet, wo wir kurz vor der Wahl 2009 waren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als nächstes...

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Redner Gemeinderat Kaliba. Bitte, Thomas.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Geschätzte Kolleginnen des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist schon ein bisschen lustig, weil ich glaube, vor einer dreiviertel Stunde haben wir diskutiert über eine Erhöhung der

Wasserversorgungsgebühr von einem Prozent. Einer Gebühr, die nicht nur die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zahlen müssen, sondern auch die Großverbraucher, die Industrie, die Wirtschaftsbetriebe, Autowaschanlagen, alle in dieser Stadt zahlen das. Das ist in einem Topf der Wasserversorgung, wo es im Gegenzug wieder Freizeitangebot Stadtbad, Eislaufplatz und dergleichen gibt. Das allen Steyrern wieder zu Gute kommt. Da stimmen die ÖVP und auch die Freiheitlichen dagegen. Die zwei Parteien, die im Landtag sitzen und zuständig sind, dass dieser Erlass von Linz nach Steyr geschrieben wird, dass wir das machen sollen. Da sind sie dagegen. Jetzt, wo es aber um eine 100%ige Erhöhung geht, nur für die Familien, für die schwächeren in der Gesellschaft, da sagen sie auf einmal, das können wir nicht machen, das gehört eingehoben. Also, das ist schon ein bisschen scheinheilig und ich hoffe, die Leute erkennen das. Die Parteien legen jetzt nach den Wahlen nach und nach, von Null auf Hundert Prozent, weil vorher hat es nichts gekostet, weil es gratis war. Aber die Leute werden das erkennen. Die zwei Parteien legen jetzt nach und nach ihre Masken ab und zeigen ihr wahres Gesicht. Nicht mehr Partei des kleinen Mannes oder kleinen Frau, sondern da werden nur...das Kapital wird geschützt, die Unternehmen werden geschützt. Für die Leute ist nichts mehr da.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nächste Rednerin die Kollegin Frech. Bitte, Michaela.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Du (Gemeinderat König) stehst erst auf, wenn du deinen Namen hörst.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Also, ich habe mir das jetzt so angehört und weiß gerade nicht so, wo ich mich befinde. Befinde ich mich im Oberösterreichischen Landtag, befinde ich mich im Steyrer Gemeinderat, befinde ich mich in einer Ideologiediskussion, wo es auf der einen Seite um Blau-Schwarz geht, auf der anderen Seite um Rot-Grün geht. Gott sei Dank gehöre ich keiner Partei an.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
ÖVP.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, gehöre ich nicht an, Kollege Zöttl. Ich bin nicht Mitglied der ÖVP und ich finde das sehr interessant, dass sie so viele Jahre brauchen um nicht mitzubekommen, dass ich unabhängig bin und für das Bürgerforum, darum heißt es auch Wahlbündnis ÖVP Bürgerforum und ich bin halt die einzige Vertreterin des Bürgerforums aufgrund der letzten Wahl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Sie drehen es sich, wie sie es brauchen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, so ist es immer Kollege Zöttl. Und deshalb kann ich das eigentlich sehr neutral hier mir anschauen. Und was ich bei dieser ganzen Diskussion vermisse, und warum ich mich jetzt gemeldet habe ist, weil wir gerade etwas tun, noch dazu wo das Fernsehen da ist, dass wir möglicherweise Eltern verunsichern. Die ganze Zeit wird nämlich jetzt nur darüber gesprochen, da wird gespart. Moment einmal, sparen heißt, ich nehme Leistungen weg. In diesem Fall geht es nicht darum, dass etwas eingespart wird, sondern dass man Einnahmen lukriert. Das ist etwas anderes. Und der Staat kann im Prinzip, ob es uns gefällt oder nicht, immer nur zwei Dinge machen, egal ob es wir als Gemeinde sind, Land oder Bund. Wir können entweder Einnahmen erhöhen oder einsparen. Was anderes geht nicht. Wir haben kein Vermögen, wie Saudi Arabien, dass man sagt, auf das greift man zurück. Das heißt, alles

was wir den Bürgern geben, müssen wir ihnen auf der anderen Seite irgendwo nehmen beziehungsweise hereinbekommen. Und wenn ich jetzt etwas mache, wie diesen Gratiskindergarten, den ich im Übrigen, auch damals hier eingeführt worden ist, nicht goutiert habe, weil wir als Gemeinde immer gewusst haben, dass das auf Dauer nicht gehen wird, weil ich kann es nicht finanzieren. Und dann passiert dann hier und da einmal eines, wenn ich etwas nicht finanzieren kann, dass ich die Leistung zurückschraube, dass ich Kindergärten nicht ausbaue, sondern die Öffnungszeiten vielleicht noch zurückschraube. Und da ist es mir doch schon lieber, dass ich Gebühren einhebe für eine Leistung, damit ich genau diese Einsparungen nicht machen muss, die sich sonst ergeben würden. Und von welchen Beträgen reden wir denn? Davon hat noch keiner gesprochen. Es gibt vom Land, das Land hat uns das vorgeschrieben, da gibt es ein Landesgesetz, dazu wird es eine Durchführungsverordnung dann geben, die im Detail noch nicht bekannt ist. Aber eines ist schon Faktum, und deswegen bin ich bei dieser Resolution, natürlich können wir hergehen und eine Resolution an das Land machen, nur wir wissen die Wirkung von Resolutionen, die ist uns bekannt. Was wir tun können ist, dass wir dieses Landesgesetz, das es jetzt gibt, egal ob es dem Einzelnen gefällt oder nicht, so umlegen, dass es für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt möglichst passend ist. Dass es sozial gerecht ist und dass auch die Flexibilität der Arbeitswelt darin einfließt. Das ist das, was wir tun können und das ist auch das, was wir tun sollten, gemeinsam. Und nicht Ideologiekämpfe hier auszutragen, die finden dann letztlich statt auf dem Rücken der Eltern und der Kinder. Und von welchen Beträgen reden wir denn? Es gibt einen Mindestbetrag für fünf Tage Betreuung am Nachmittag von 42 Euro im Monat. 42 Euro im Monat, da reden wir dann pro Tag von 2 Euro am Nachmittag. Eine Nachmittagsbetreuung von 2 Euro. Und, und das ist jetzt wieder das, was wir selber entscheiden können und da würde ich mich dann freuen, dass es die Unterstützung von allen gibt. Wir können als Gemeinde anscheinend entscheiden, in besonders sozial gerechtfertigten Fällen, dass wir von diesen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau, wir können wieder zahlen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

...dass wir von diesem Mindestbetrag Abstand nehmen. Das ist das, was wir sehr wohl tun können, wenn wir das wollen. Und der Höchstbeitrag für diese fünf Tage liegt bei 110 Euro. Da sind wir dann bei ungefähr 5 Euro am Tag. Das ist aber eine Betreuung, die ich fünf Tage in Anspruch nehme. Wenn es jemanden gibt, der sein Kind nur zwei Tage im Kindergarten hat, dann zahlt er im Monat Minimum 21 Euro und Maximum eben dann 55 Euro. Also, da jetzt so zu tun, als könnte man sich das überhaupt nicht leisten, nämlich auch die nicht, die gut verdienen, also ich finde, dass wenn ich heute verdiene aufgrund meiner Berufstätigkeit, und genug verdiene, dass das ausreicht, dass ich sehr wohl in der Lage bin, eine Betreuung zu bezahlen. Dort, wo es um soziale Härtefälle geht, bin ich die Erste die sagt, keinen Tarif einzuheben. Aber es muss machbar sein, dass ich für etwas zahle wo eine Leistung da ist. Und wenn es um die Verwaltungsgebühr, um die Verwaltung geht, dann muss ich schon eines sagen, mit dieser Argumentation, da gibt es dann ja einen Verwaltungsaufwand, ja, stimmt und ich bin dafür, dass man den so gering wie möglich hält. Aber wenn man nach dem geht, dürfte man ja wahrscheinlich gar keine Gebühren mehr einheben mit dem Argument, wenn man es bis zum Ende denkt. Da haben wir Verwaltungsaufwand, heben wir keinerlei Gebühren mehr ein. Also ich glaube wir sollten schon wieder dazu zurückkehren, dass wir so, wie wir es gehabt haben, zum Thema Investitionen, sprich den Steg oder auch die Aufstiegshilfe, dass wir auch hier gemeinsam eine bestmöglich Lösung finden für ein Landesgesetz, das da ist. Egal, ob es dem einen gefällt oder nicht. Mir gefällt auch vieles nicht, gebe ich ganz offen zu. Aber es geht darum, dass man da Lösungen sucht und zwar das, was wir machen können. Wir sind keine Landgemeinde, wir sind die Stadt Steyr. Und wir müssen schauen, dass wir dieses Landesgesetz so umlegen und so adaptieren im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, dass die Flexibilität für die Kinder und für die Eltern da ist. Und das finde ich einen ganz zentralen Punkt. Und den hat noch keiner angesprochen. Das Geld ist das eine, das andere ist diese Gerechtigkeit. Und ich verstehe es nicht in Zeiten

von flexibler Arbeitszeit, dass ich mich entscheiden muss im Kindergarten, so wie früher, man hat nämlich einfach das genommen anscheinend oder will es auch vielleicht für Steyr so nehmen, ich hoffe nicht, wie man es früher gehabt hat. Ich kann mich nur entscheiden entweder gebe ich mein Kind fünf Tage am Nachmittag in den Kindergarten, oder drei Tage oder zwei. Ich kann nicht sagen einen Tag. Und das gehört unbedingt gemacht. Dass ich sage, ich habe einen Wochentag, einen Nachmittag, da muss ich mein Kind, da habe ich keine Betreuung für das Kind. Und die Flexibilität vier Tage zum Beispiel. Das ist, wo wir unser Gehirnschmalz hineinlegen sollten um eine Lösung zu finden, die für alle passt und nicht nur die Ideologiekämpfe hier auszutragen, die letztlich niemandem was bringen, außer einer Frustration der Eltern und Kinder.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also, man kann über Gebühren oder Nichtgebühren geteilter Meinung sein, das hört man ja hier. Aber dass das Land Oberösterreich jetzt sagt, also wenn wer meint, der kann das nicht zahlen, die Gemeinde kann es sowieso übernehmen, das ist ja tatsächlich kommuniziert worden, das ist in Richtung pharisäerhaft, das ist unglaublich. Wir zahlen jetzt schon alles Mögliche für das Land. Jetzt machen die ein Landesgesetz und sagen, naja, wenn ihr Härtefälle habt, dann könnt ihr es gleich von eurem Budget ausgleichen. Komme dann in meiner Budgetrede dazu. Wir zahlen jetzt schon so viel, 17 Mio. im Jahr mehr, als wir bekommen. Das ist wirklich ein starkes Stück und wir haben halt das Pech oder das Glück, dass wir eine voll ausgebaute Kindereinrichtung, Kinderversorgungseinrichtung haben und zahlen jetzt mit den Gebühren, mit dem Verwaltungsaufwand, den wir auch wieder selber tragen dürfen, die Errichtungskosten irgendwo in Afisl oder sowas mit. In Wahrheit sind wir als Statutarstadt, die gut wirtschaftet, die im Endeffekt Sozialleistungen aufgebaut haben, jetzt die Zeche dafür, weil das Land es nicht bezahlen kann. Der Umkehrschluss ist falsch. Schon richtig, Gebühren wie jeder meint. Aber dass wir ununterbrochen mitzahlen müssen, weil die sagen, wir können uns das nicht mehr leisten, die Schwerpunktsetzung ist es. Und das bestimmt das Land. Und die Schwerpunktsetzung ist beschlossen, wir sagen in der Stadt, für das sind wir nicht. Sage nur eine Zahl, Verwaltungskostenaufwand, haben wir oft gerechnet, haben wir gesagt, wir brauchen nur den Gehaltszettel kontrollieren, wir müssen schreiben, wir müssen wenn nicht bezahlt wird dem nachgehen und, und, und, im Jahr ungefähr 30.000 Euro. Wir wurden nicht gefragt. Das ist dem Landtag völlig egal. Und über die Abwicklung, natürlich ist es egal, weil ihr habt gesagt am 1. Februar soll es losgehen.

Unverständliche Wortmeldung von Frau Gemeinderätin Kattnigg vom Platz aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es gibt noch nicht einmal einen Erlass, wie das gehen soll. Das müssen nämlich unsere Beamten administrieren, weil die Bürgerinnen und Bürger sind nämlich bei uns vor der Tür und nicht vor ihnen im Landtag. Keine Ahnung wie das gehen soll. Jetzt haben wir kurz vor Weihnachten, aber ist egal. Wir werden es schaffen, weil wir gute Leute haben. Aber das nur nebenbei. Entschuldigung, bin zu lange geworden. Als nächster Redner der Kollege König. Bitteschön.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe die Diskussion jetzt ein bisschen mitverfolgt und ich glaube das Grundproblem ist, dass Rot und Grün nach wie vor glauben, sie hätten die Deutungshoheit. Diese Deutungshoheit ist in Oberösterreich abgewählt worden. Das muss man ganz deutlich sagen. Und ich denke mir, man sollte die Regierung in Oberösterreich arbeiten lassen und auch vielleicht die zukünftige Regierung und einmal schauen, was geleistet wird und was herauskommt und nicht immer solche schrecklichen Bilder zeichnen von sozialem Abbau und was weiß ich alles. Das wird so nicht kommen, weil das sind auch alles Väter, Mütter, das sind alles Menschen auch genau, die in der Landesregierung sitzen. Die werden nicht Sachen beschließen, wo die Welt untergeht. Das wollte ich dazu sagen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Den Weltuntergang glauben wir auch nicht. Das ist richtig.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Da bin ich mir nicht sicher.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Redner Dr. Schodermayr. Bitte, Herr Stadtrat.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderat, Stadtsenat, hohe Beamtschaft, geschätztes Präsidium. Jetzt habe ich es echt ausgehalten, ganz lange, wo ich mir gedacht habe, ich melde mich jetzt nicht zu Wort. Ich habe zweimal die Frau Kattnigg mir angehört und habe mir gedacht, jetzt sage ich nichts darauf, weil es ist ja legitim, Dinge ja auch nur von der ökonomischen Seite zu betrachten. Sie betonen ja auch immer, dass sie aus der Wirtschaft kommen, in dem Sinn dann auch rechnen können. Das fehlt mir manchmal ein bisschen. Ich habe vielleicht einen zu verkehrten Blick in die andere Richtung. Das lasse ich einfach einmal stehen. Aber dass sie das als Frau so sehen, wundert mich ein bisschen. Jetzt, bei der Michaela, hat es mich gerissen, jetzt habe ich dann mir gedacht, jetzt muss ich was sagen. So etwas neutral zu betrachten, ich schaffe das nicht, also ich kann das nicht neutral betrachten. Nachdem ich zuerst erlebt habe, dass es fast orgastische Äußerungen gegeben hat in Richtung Übergang, in Richtung Aufgang zum Tabor, den selben Enthusiasmus und dieselbe Emotion würde mir gefallen im Sozialbereich. Weil da geht es nämlich nicht primär um die Zahlen, die die Frau Kattnigg dargelegt hat, sondern es geht am Ende immer um Menschen und zwar um Menschen, die ein Stück halt darauf vertrauen, dass die Politik was tut, was ihnen die Existenz ein Stück halt sichert. Und ich halte das, das hat die Birgit denke ich mir sehr schön und sehr ausführlich dargelegt, es geht in Wahrheit um eine Symbolpolitik, die da betrieben wird und es ist definitiv ein sozialpolitischer Salto rückwärts. Das behaupte ich einfach. Auch ein familienpolitischer Salto rückwärts und auch ein frauenpolitischer Salto rückwärts. Ich denke, wenn es notwendig ist in unserer Gesellschaft, dass sehr häufig zwei Leute, die Eltern, verdienen gehen müssen, damit man sich Wohnung und das bisschen Luxus, das man halt sich leisten will, leisten kann, dann soll das nicht so sein, dass die Frauen nur arbeiten gehen müssen dafür, dass sie dann die Kinderbetreuung zu zahlen haben am Nachmittag. Noch dazu ist es ein arbeitsmarktpolitischer Salto rückwärts, weil es das Bestreben, und ich glaube da sind sich alle einig, ist, dass die Frauen vermehrt Vollzeitarbeiten wieder durchführen können, damit sie eben ein Stück weit unabhängiger werden und damit sie sich so zu sagen die Familie, wenn sie Alleinverdiener sind, auch leisten können. Und wenn ich dann höre, Michaela, dass du sagst, was sind denn schon 41, 45 ich weiß jetzt nicht genau wieviel Euro, dann weiß ich nicht, ob da nicht die Bodenhaftung verloren gegangen ist. Ich habe in der Mindestsicherung meine alleinerziehenden Mütter, die, sage ich keine Firma dazu, irgendwo im Handel, 600, 500, 700 Euro bekommen und müssen sich anstellen bei der Mindestsicherung, damit sie die Aufzahlung wenigstens auf 900 Euro bekommen, damit sie sich das Leben halbwegs leisten können. Und bei denen sagt man dann, was sind denn 40 Euro? Ich meine, dass bei unserer Einkommensklasse, zähle ich dich auch dazu, das vielleicht nicht so viel Rolle spielt, gebe ich zu. Für diese Leute ist das definitiv eine riesen Belastung. In dem Sinn sehe ich das wirklich als Symbolpolitik, so wie es der Thomas gesagt hat, als Entlarvung dessen, was auf uns zukommen wird. Und ich möchte dieses Thema niemals emotionsfrei diskutieren, niemals rein auf der ökonomischen Basis diskutiert wissen, sehr wohl ideologisch diskutieren, „no na“, darum sind wir ja unterschiedlicher Weltanschauung. Und ich möchte es auch immer mit dem Zentrum Mensch diskutiert wissen, weil um die geht es und da sind 40 Euro einmal viel. Und die 13 Millionen, die man da einspart am Land oder einnimmt am Land, auch das ist schon gut herausgekommen Frau Kattnigg, wenn sie sagen das wird wieder investiert, dann frage ich, wo ist der Schuldenbremseneffekt? Null, Nüsse, da kommt Null heraus, Plus-Minus-Null. Also, insgesamt Symbolpolitik und absolut abzu-

lehnen und ich mag mich persönlich bei den Grünen bedanken, dass sie diese Resolution eingebracht haben. Danke vielmals.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet der Mag. Prack. Bitte, Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Vieles hat jetzt der Michael Schodermayr gesagt, was ich kundtun wollte. Michaela, noch einmal, ideologiefrei wird man das nicht diskutieren können und natürlich zeigen sich hier Ideologien und das darf auch so sein. Dann entlarvt man nämlich auch Ideologien und zeigt, wer für welche Dinge steht. Auch was der Thomas gesagt hat, war auf dem Sektor sehr treffend. Kollegin Kattnigg, ein wesentliches Argument bei ihnen war, dass es das schon einmal gegen hat. Da gibt es viele Sachen, die es schon einmal gegeben hat, die wir nicht wollen. Ich weiß nicht, wie sie das sehen. Aber als Argument, das hat es schon einmal gegeben, ist wirklich kein gutes und es war meines Erachtens ihr Hauptargument.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die nächste Rednerin die Mag. Frech. Bitte, Michaela, zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Es ist jetzt, glaube ich, fast 20 Jahre her, dass ich in einer Einführungsvorlesung für Politik an der Linzer Uni einen sehr wichtigen Satz gehört habe. Und das war der, von vor 20 Jahren, dass das Zeitalter der Ideologien im Sinne von auf der einen Seite Freund auf der anderen Seite Feind, und wer nicht mein Weltbild mitprägt ist mein Feind und wer mein Weltbild mitträgt ist mein Freund, das sollten wir, denke ich mir, spätestens heute überwunden haben. Ideologien, noch dazu auf Gemeindeebene, haben wirklich nichts verloren. Werthaltungen, das ist ein Thema. Für Werte einzustehen, für Vorstellungen einzustehen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wo ist der Unterschied?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber nicht, doch da ist ein Unterschied...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wo ist der Unterschied?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Und diesen Unterschied, geschätzter Bürgermeister...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Thematisch, thematisch. Nein.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, den merkt man gerade hier in der Diskussion.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, gar nicht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Da werden Feindbilder entworfen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, wieso denn?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Da kann ein Redner heraußen nicht einmal ausreden, weil da muss man ja sofort, wenn man von der anderen Seite kommt, über den einen herfallen und über den anderen. Das ist genau das. Eine sachliche Diskussion, und da meine ich nicht Michael, dazu kennst du mich gut genug, ich bin sehr wohl emotional in sehr vielem, aber ich hoffe, dass man es trotz Emotionalität schaffen kann, sachlich zu diskutieren. Weil wenn wir nicht mehr sachlich diskutieren, werden wir auch keine geeigneten Lösungen finden, für die Probleme, die wir in dieser Stadt haben. Und zu sagen, mit Zahlen habe ich es halt nicht so, da kommt die Kollegin Kattnigg oder dann zu sagen, naja, sie sehen es ja nur von der wirtschaftlichen Seite. Ist es nicht unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker da herinnen, sich mit Themen zu beschäftigen, intensiv auseinander zu setzen? Und da gehören Zahlen auch dazu und dann anhand dieser Fakten zu diskutieren. Und eines ist schon ganz klar, wenn wir hergehen und sagen, alles für alle gratis, weil das so sozial ist, dann handeln wir auf Sicht gesehen nicht sozial. Weil dann treffen wir irgendwann einmal genau jene Bevölkerungsgruppe, für die man sich einsetzen könnte. Und Michael, ich hoffe da gibst du mir schon Recht, dass wir uns auf Seiten der sozial Schwachen stellen. Oder?

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Bin ich davon ausgegangen. Und das möchte ich aber auch in Zukunft tun können. Und nicht darüber diskutieren, dass jemand, der gut verdient, 5 Euro pro Tag für seine Nachmittagsbetreuung zahlt. Der kann, denke ich mir, möglicherweise sogar mehr zahlen, wenn er ein sehr hohes Einkommen hat. Und damit ich mir das dann einmal leisten kann, dass genau deine Mindestsicherungsbezieherin nichts zahlt, bin ich sehr wohl dafür, dass ich Gebühren von denen einhebe, die es sich leisten können und auch leisten wollen. Die sagen, mir ist es das wert und ich leiste auch einen Solidarbeitrag für die Gesellschaft. Und ich habe viele Eltern erlebt, wie das gekommen ist mit dem Gratiskindergarten, die gesagt haben, ich möchte das für mich gar nicht, weil ich kann mir das leisten. Mir ist wichtig, dass sich jeder eine gute Betreuung leisten kann, dass das ausgebaut wird. Und das geht nur dann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich auch Einnahmen habe. Und wenn wir es schaffen in Steyr, das ist ja noch nicht heraußen, dann können wir ja noch nicht wirklich diskutieren. Es gibt noch keine Durchführungsverordnung, gar nichts.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Dass wir es schaffen, dass wir aufgrund der Einnahmen, die wir jetzt haben, die wir noch gar nicht wissen, schließen wir jetzt noch gar nicht beim Kindergarten, ganz genau...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir bekommen die Einnahmen nicht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das weiß ich schon. Aber alles, was wir jetzt an Einnahmen haben und an das Land abliefern müssen, wird in irgend einer Art und Weise wieder ein Argument sein für einen Rückfluss. Davon gehe ich schon aus. Gerade wenn es um die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen geht und zu sagen, alles muss für alle gratis sein, lieber Michael, das ist dann irgendwann einmal wirklich der Punkt, wo wir viele Dinge einstellen werden müssen. Und zwar auch für jene, für die wir etwas möchten. Das sind genau diese Mindestsicherungsbezieherinnen, von denen du sprichst. Und wenn uns das, geschätzte Damen und Herren, so

wichtig ist, wie der Kollege Schodermayr gerade gesagt hat. Wenn uns das so wichtig ist, dann werden wir einen Weg finden, dass wir die gesetzliche Möglichkeit, die das Land offen gelassen hat, von diesem Mindestbeitrag abzusehen, dass wir die auch nutzen. Und uns einen kreativen Weg überlegen, wie wir das finanzieren können. Weil das ist die Sache, um die es geht. Nicht zu sagen, da war jetzt das böse Land oder sonst wer Böser. Das ist mir eigentlich ganz egal, wer böse ist. Um das geht es überhaupt nicht, es geht nicht um Freund, Feind. Es geht darum, Lösungen zu finden. Und Lösungen finde ich aber nur, geschätzter Kollege Schodermayr, wenn ich mich an den Tisch setze, wenn ich mich mit Fakten beschäftige und wo ich bereit bin, eine Lösung zu finden und nicht ständig in irgendwelchen Freund-Feind Dingen denke, weil ich denke, das ist wirklich etwas, was längst nicht mehr zeitgemäß ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe bisher gedacht, dass wir sachlich diskutiert haben, nur halt anderer Meinung sind. Du bist sehr emotional geworden, passt schon. Und zu sagen, dass jeder alles gratis haben soll, das habe ich bisher in der Diskussion von niemandem gehört. Aber als nächstes zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Hauser. Bitte, Willi.

VIZEBÜRGERMEISER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Ich habe zuerst einmal so einen kleinen Zwischenruf gehört, wie es geheißen hat, man soll hier nicht sparen, dass dann ein Zwischenruf gekommen ist – wo denn sonst? Und ich möchte schon daran erinnern, also in Wirklichkeit leben wir ja in einem, in der öffentlichen Hand in einem sogenannten Gefüge, das besteht aus Bund, aus Land und aus den Gemeinden, den Kommunen. Und in Wirklichkeit ist es ja so, dass so zu sagen bei den Kommunen, das ist so zu sagen wie man im Sprichwort immer sagt, den Letzten beißen die Hunde. Weil dort bleibt es über. Und wenn die Frau Kollegin Frech zuerst gerade gesagt hat, die Gebühren, die so zu sagen hier eingehoben werden, die müssen wir an das Land abliefern, dann hat sie wahrscheinlich die Ausführungen noch nicht richtig gelesen. Weil die bleiben nämlich bei der Kommune und wir bekommen nur vom Land nichts mehr dafür. Und daher ist es also so, dass die Einnahmen, die wir dort lukrieren, zwar von uns verwaltet werden, bei uns bleiben, aber dann so zu sagen vom Land das Geld, welches sonst hergekommen ist, da zurückgehalten wird. Das heißt, das Land spart es sich auf alle Fälle. Das ist das Faktum. Aber wenn ich jetzt auf die Frage noch einmal zurückkomme, wo bekämen wir es denn sonst her? Dann muss ich schon dazu sagen, ich frage mich, warum genau diese Zwei, die jetzt so zu sagen dafür sind, oder Gruppierungen, möchte ich jetzt einmal sagen, Parteien oder wie immer sie das nennen mögen, dafür sind, dass so zu sagen gespart wird und dass Leistung, die erbracht wird, bezahlt werden soll und dergleichen, warum die sich so sehr gegen Vermögenssteuer und dergleichen alle wehren, wo wirklich ein Geld hereinkommen würde, wo wirklich ein Geld in den Bund hineinkäme, die Ertragsanteile dann an das Land bzw. in der Kommune nur gingen. Warum das so ist, warum zum Beispiel in den letzten Jahren seit 2008 die Gewinne maximiert worden sind, die Gewinne gestiegen sind um 30 % und bei den Arbeitnehmern sind wir gerade auf 1 % der Zuwächse. Also ich denke mir, irgendwo muss das Geld sein. Und das wissen wir, dass es letztlich dort ist, ich will ja niemandem so zu sagen etwas wegnehmen in dem Sinne, aber dass die alle miteinander nichts zahlen, dass 10 % der Österreicherinnen und der Österreicher so viel haben, wie die restlichen 90 %, das muss man letztlich auch einmal sagen. Und grundsätzlich denke ich mir, wenn es also so sein soll, dass es Gerechtigkeit geben soll im Staate Österreich, dann gäbe es schon andere Hebel auch anzusetzen und nicht gerade bei der Kinderbetreuung, wo es letztlich auch, wenn man das so tut und wenn es dazu käme, dass Mütter ihre Kinder dort nicht mehr hingeben, weil sie sich nicht mehr diese Nachmittagsbetreuung leisten können, auch um Arbeitsplätze geht. Und das muss man auch dazu sagen, wenn das jetzt, so wie es geplant ist, ab 1. Februar kommen soll, wir aber als Kommune Verträge mit unseren Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern haben, die also auch für die Nachmittagsbetreuung eingestellt wurden letztlich auch, die nicht mehr erfüllen können, dann werden wir trotzdem entweder vertragsbrüchig werden müssen oder wir müssen es einfach weiterzahlen. Auch wenn

keine Nachmittagsbetreuung dann dort mehr erfolgen sollte, weil die Mütter die Kinder herausnehmen würden. Also es gibt da schon eine breite Palette, die man letztlich diskutieren kann, wenn man es möchte.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet Dr. Schodermayr zum zweiten Mal. Bitte, Michael.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Unbedingt. Ich habe das glaube ich noch nie gemacht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer es nicht weiß, es gibt nur zwei Wortmeldungen bei einem Tagesordnungspunkt. Man kann sich drei Mal melden, aber es ist dann eher dann einmal zu viel.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

In dem Sinn verspreche ich jetzt, dass es meine Letzte ist zu diesem Punkt.

Unverständliche Zwischenmeldungen

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Also, von wegen alles muss gratis sein, das ist überhaupt noch nie im Raum gestanden, ist auch nicht meine Behauptung, ist auch nicht mein Zugang. Nur wenn wir uns, und da sind sich eigentlich immer alle einig gewesen, habe ich gedacht, dass man den primären Bildungssektor sehr wohl für alle gleichberechtigt zugänglich macht und in dem Sinn zur Verfügung stellt, dann gehört für mich der Kinderbetreuungsbereich mindestens zum primären Bildungssektor. Sehr, sehr wichtig. Und er wird auch immer wieder betont, dass das eigentlich die bedeutendste Zeit in der Prägung der kindlichen Entwicklung ist. Also will ich das gratis haben. Aber ich will nicht alles gratis haben. Und wenn du, Michaela, sagst, wie man das finanzieren soll alles, dann hat das jetzt mir leider Gottes der Willi weggenommen ein bisschen, es gibt viele, viele Menschen in Österreich, aber halt prozentuell nicht so viele, die ganz, ganz viel Geld verdienen, die ganz, ganz viel Gewinne machen mit nicht produktiver Arbeit bzw. mit Finanztransaktionen und, und, und. Es gibt ganz viele, die ab einer Million aufwärts erben und, und, und. Und nichts davon abgeben und nicht in Wahrheit zur gesellschaftlichen und sozialen Sicherheit beitragen. Ich denke mir, wenn man das auch nur ansatzweise ein Stück halt anknabbert, haben wir das alles finanziert und wir brauchen nicht alleinerziehende Mütter, die zur Teilzeitarbeit gezwungen werden, auch noch abkassieren. Also ich denke mir, das sollten wir bedenken. Ansonsten möchte ich jetzt so gerne die Resolution unterschreiben.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet der Stadtrat Gunter Mayrhofer. Bitte, Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuseher. Weil ich glaube, das muss man auch dazusagen. Weil sonst hätte diese Diskussion mit Sicherheit nicht so lange gedauert. Weil man muss eines mit aller Deutlichkeit auch sagen, das Ganze, was wir jetzt diskutiert haben, war rein eine ideologische Diskussion. Sie trägt zu einer Entscheidung aber nicht einmal im Ansatz bei. Wir können das hier nicht entscheiden. Was wir aber entscheiden hätten können, war die Gebühr, Wasserbenutzungsgebühr und so weiter. Wir haben heute noch drei solche Anträge darauf, wo wir entscheiden können, wollen wir den Bürger belasten ja oder nein. Die Entscheidung, um die es heute geht, die können nicht wir treffen. Genauso

wenig wie Entscheidungen, die der Bundesregierung vorbehalten sind, wenn es zum Beispiel um Vermögenssteuern und Sonstiges geht. Aber vielleicht diskutieren wir da auch noch zwei Stunden darüber, weil es so schön ist und weil wir dann im Fernsehen sind.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Unverständliche Wortmeldung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Das Problem ist ja, dass man manche Dinge zur Kenntnis nehmen muss. Das wissen wir schon, dass das Gesetz das vorschreibt. Aber dass man hier in der Stadt anderer Meinung sein kann als jene, die die Gesetze im Land machen und die uns dann treffen, dazu dient diese Diskussion, finde ich. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, diese Resolution an das Land Oberösterreich zu schicken, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag, die Resolution, wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde im Sinne des Abänderungsantrages wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **21**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **15**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir kommen nun zum nächsten Berichterstatter, zum Vizebürgermeister Dr. Zöttl. Darf dazu sagen, dass es ja einen Antrag neu auf die Tagesordnung gegeben hat, den wir bitte zur Kenntnis nehmen. Vielleicht gleich bei der Berichterstattung vom Vizebürgermeister Dr. Zöttl in Behandlung nehmen. Das ist das Neuplanungsgebiet Gartenbauersiedlung. Und wenn das hier die Zustimmung findet, dann brauchen wir nicht auf den Schluss warten, wenn wir das Budget haben, sondern wir haben das thematisch gut gereiht.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

9) BauGru-65/16

Bebauungsplanänderung Nr. 89.1, Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 88, MZS Bauträger GmbH – Ennser Straße; Beschluss.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

In meinem ersten Antrag geht es um den Bebauungsplan 89.1, das ist die Aufhebung des Bebauungsplanes 88 in der Ennser Straße. Da geht es darum, dass dort oben die ehemalige Tankstelle wegkommen soll. Dafür wird sich das Fachmarktzentrum um eine Einheit erweitern. Der Flächenwidmungsplan wurde bereits am 21. September beschlossen. Jetzt geht es nur mehr um den Bebauungsplan. Es sind einige positive Sachen, die so zu sagen dort auch damit einhergehen. Und zum einen ist es, dass der Verkehr, die Zufahrt von der Ennser Straße, wird wesentlich besser geregelt. Und es soll jetzt bei diesem Bebauungsplan entsprechend der Aufsichtsbehörde, der Genehmigung für den Flächenwidmungsplan entsprechend, geändert werden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird die Bebauungsplanänderung Nr. 89.1 und die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 88 – MZS Bauträger GmbH – Ennser Straße - entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 18.11.2016 (mit Korrektur vom 22.08.2017) und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 17.11.2017 beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Muss noch ein bisschen eine Zeit gut machen. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg,
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc
GRⁱⁿ Natascha Payrleithner
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte dein nächster Punkt.

10) BauGru-74/15

Neuplanungsgebiet Nr. 22 – Neuschönau; Neuerlassung der NPG-Verordnung Nr. 17.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

In meinem nächsten Tagesordnungspunkt geht es um die Verlängerung des Neuplanungsgebietes 22 - Neuschönau, das wir vor zwei Jahren beschlossen haben und das jetzt eigentlich auslaufen würde. Somit müssen wir es um ein weiteres Jahr verlängern. Möchte aber gleich dazu sagen, dass ich am Vormittag den Bebauungsplan, der dem Neuplanungsgebiet folgen wird, heute unterschrieben habe und der wird im nächsten Gemeinderat kommen. Somit ist das nur die Überbrückung bis zu diesem Zeitraum nächste Gemeinderatssitzung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge beiliegende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 22 – Neuschönau - beschließen.

Die Verordnung ist gemäß § 65 Statut für die Stadt Steyr 1992 durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. Sie tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft und mit Ablauf des 24.11.2018 außer Kraft.

Bau Gru-74/2015

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Gemäß § 45 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird das im angeschlossenen Plan (datiert mit 27.11.2017) bezeichnete Gebiet Neuschönau als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung, datiert mit 27.11.2017, bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das beabsichtigte Neuplanungsgebiet reicht von der Viaduktgasse im Norden bis zur Stadtgrenze im Süden. Die westliche Begrenzung ist die Enns. Die östliche Begrenzung erfolgt im Wesentlichen durch die Eisenbundesstraße.

Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Ziel des Neuplanungsgebietes sowie des künftigen neuen Bebauungsplanes soll die Erhaltung der Struktur im Bereich der Einfamilienhäuser sein, wobei eine zeitgemäße Verdichtung aufgrund des gesteigerten Wohnbedürfnisses der Bevölkerung zu ermöglichen wäre. Die straßenabgewandten bzw. innenliegenden Grünflächen sollen weitestgehend von jeder Hauptbebauung freigehalten werden. Maßgebliche Punkte für eine Bebauung sind, dass die künftigen straßenseitigen Baufluchtlinien den Baufluchtlinien des straßenseitigen Baubestandes gleichzusetzen sind. Die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse über den Erdboden darf zwei Vollgeschosse, die Geschossflächenzahl soll 0,4 nicht übersteigen. Bei Bestandsobjekten, die bereits jetzt die maximal zulässige Geschossflächenzahl erreichen bzw. übersteigen, soll eine zusätzliche Erweiterung nicht mehr ermöglicht werden. Der Bestand gilt in diesem Fall als Obergrenze.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Diese Verordnung entspricht inhaltlich dem Neuplanungsgebiet Nr. 17 – Neuschönau, beschlossen vom Gemeinderat am 12.11.2015, gültig vom 24.11.2015 bis 24.11.2017.

Die Verordnung ist gemäß § 65 Statut für die Stadt Steyr 1992 durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. Sie tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft und mit Ablauf des 24.11.2018 außer Kraft.

Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch dazu gibt es keine Wortmeldung. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg,
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc
GRⁱⁿ Natascha Payrleithner
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte dein nächster Punkt.

16) BauGru-60/17 Neuplanungsgebiet Nr. 20 – Gartenbauersiedlung, Einleitung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Der Nachtragstagesordnungspunkt, das Neuplanungsgebiet Nr. 20 – Gartenbauersiedlung. Ich muss sagen, warum es als Nachtrag gekommen ist. Es war im letzten, vorletzten Bauausschuss Thema. Da ist über das Neuplanungsgebiet Gartenbauersiedlung gesprochen worden. Habe damals schon aufmerksam gemacht, dass es von Seiten der Anrainer eine andere Auffassung gibt bzw. auch Baupläne gibt, die dem absolut widersprochen hätten. Wir haben dann das im Ausschuss behandelt und mittlerweile ist auch bei mir noch ein zweiter Fall, eigentlich noch ein dritter, zu mir gekommen. Ich habe deswegen das im letzten Bauausschuss, das ist der 7. Dezember gewesen, das noch einmal unter Allfälliges auf die Tagesordnung gegeben, um, wie ich meine, noch einmal nachzuschärfen. Um auch dem Ausschuss zu erklären, worum es geht beziehungsweise dass es hier sicher Komplikationen geben wird in Zukunft, was das dort betrifft. Und wir haben uns beim ersten Mal im Bauausschuss schon gegen dieses, wir von der Freiheitlichen, gegen dieses Neuplanungsgebiet ausgesprochen. Ja, jetzt steht es zur Diskussion.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 20 – Gartenbauersiedlung - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung, datiert mit 24.10.2017, bezeichnete Gebiet Gartenbauersiedlung wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 45 Abs. 1 der Oö. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idF LGBl. 90/2013 verordnet:

I.

Gemäß der vorzitierten Gesetzesbestimmung wird für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung, datiert mit 24.10.2017, bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das beabsichtigte Neuplanungsgebiet reicht von der Winklinger Straße im Norden bis zu den land- und forstwirtschaftlichen Flächen im Süden. Die westliche Begrenzung sind ebenfalls die land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Die östliche Begrenzung erfolgt im Wesentlichen durch Waldflächen und ein beschränktes gemischtes Baugebiet bzw. Betriebsgebiet.

Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Ziel des Neuplanungsgebietes sowie des künftigen neuen Bebauungsplanes soll die Erhaltung der Struktur im Bereich der Einfamilienhäuser sein, wobei eine zeitgemäße und maßvolle Verdichtung aufgrund gesteigerter Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu ermöglichen wäre. Die den Straßen abgewandten bzw. innenliegenden Grünflächen sind von jeder Hauptbebauung freizuhalten. Grundsätzliche Planungsabsichten:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 3 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Pro Bauplatz sind max. 2 Wohneinheiten zulässig.
3. Künftige straßenseitige Baufluchtlinien sind den Baufluchtlinien des straßenseitigen Baubestandes gleichzusetzen. Die hinteren Baufluchtlinien (im Bereich der den Straßen abgewandten Grünflächen) werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen.
4. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse über dem Erdboden darf zwei Vollgeschosse nicht übersteigen.
5. Die Geschossflächenzahl (GFZ) im Planungsgebiet darf 0,4 nicht übersteigen. Sollte bei Bestandsobjekten vereinzelt die jeweils maximal zulässige GFZ bereits überschritten sein, ist keine bauliche Erweiterung möglich und gilt der Bestand als Obergrenze.

Gemäß § 45 der Oö. Bauordnung kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als erster zu Wort gemeldet der Mag. Prack. Bitte, Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Wir waren etwas erstaunt, dass eine Sache, die im Bauausschuss beschlossen wurde ein zweites Mal auf die Tagesordnung kommt. Ich denke, ein Beschluss gehört schnell in den Gemeinderat. Ich war aber dann froh, wie es doch noch in den Gemeinderat kam für heute. Der Sinn und Zweck eines Neuplanungsgebietes ist genau der, dass dann wirklich über diese Sache ausführlich und in Ruhe gesprochen werden kann. Machen wir es nicht, dann kann es eine Baugenehmigung geben für etwas, was wir vielleicht nicht in der Form haben wollen. Jetzt gibt es für alle Anrainer, natürlich auch Anrainerinnen, „Political Correctness“, gibt es die Möglichkeit, hier dazu Stellung zu nehmen. Und das ist der Sinn und Zweck eines Neuplanungsgebietes. Und ich sehe keinen Grund, warum man gegen ein solches sein kann.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, vielleicht kann wer das Fenster aufmachen. Als nächster zu Wort gemeldet der Gemeinderat Kaliba. Bitte.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht natürlich ein bisschen weiter zurück die Geschichte und ich täte das schon gerne ein bisschen erklären. Es ist ja dort unten geplant, dass die Stadt eine große Wiesenfläche parzelliert und einer Bebauung zuführt. Die Fläche grenzt direkt an die sogenannte „Landarbeitersiedlung“ an und daher ist im Bauausschuss im März, vom Bauausschuss schon beschlossen worden, und das sogar einstimmig, also auch mit den Stimmen des Herrn Dr. Zöttl, einen Bebauungsplan zu erlassen, der ganz klar, ähnlich wie der in der Fischhub, den wir ja auch vor kurzem beschlossen haben, Baufluchtlinien beinhaltet hat. Im Bauausschuss dann im Oktober wurde eben mitgeteilt, dass es jetzt ein konkretes Bauprojekt in einer im Bebauungsplan als nicht bebaubaren Fläche vorsieht, also eingereicht worden ist und somit hat Handlungsbedarf bestanden. Dieses Neuplanungsgebiet soll aber nicht verhindern, dass dort vielleicht gar nichts passiert. Weil es sind glaube ich sechs Grundstücke in dieser Flucht, die sehr gleichartig sind und eines davon will jetzt quasi hinten in den Garten, die sehr großzügig sind, das stimmt, ein Wohngebäude, ein zweistöckiges Wohngebäude, errichten. Wir haben gesagt, wir glauben, das ist nicht gescheit, weil es ist der Wald sehr nahe, Schattenproblematik. Und ich denke es hat keiner gerne, wenn direkt im Ruhebereich, im Grünbereich da hinten ein Haus errichtet wird. Weil es jetzt dort noch gar nichts gibt. Sollte sich im weiteren Verfahren zu dem Bebauungsplan herausstellen, dass alle sechs Anwohner dasselbe wollen und einverstanden wären, dass dort Gebäude errichtet werden, ja dann kann man ja diesem Ansinnen nachgeben. Aber wir wollen nicht jetzt, dass eine Familie dort vorprescht, ein Gebäude errichtet und alle anderen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Und daher glaube ich, ist es wichtig gewesen, eben im Oktober diesen Beschluss zu fassen. Dass er liegen geblieben ist dann in deinem Büro und einfach nicht bearbeitet worden ist, da geht es jetzt dann gar nicht mehr so um die Sache, sondern da geht es grundsätzlich um das Demokratieverständnis, wenn die Mehrheit etwas beschließt, das einfach auf die lange Bank zu schieben und damit zu riskieren, dass vielleicht Tatsachen eintreten, die nicht gewollt sind, das finde ich nicht ganz in Ordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, ich darf dem Dr. Spöck das Wort weitergeben.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen. Ja, ich muss mich da jetzt anschließen. Zuerst haben wir von Ideologien geredet, Rot-Grün gegen Blau-Schwarz, das muss nicht immer so sein. Und das zeigt auch das Bild, dass auch Steyr nicht so ist. Ich kann mich da vollinhaltlich den Grünen, dem Kurt Prack, der das zuerst schon gesagt hat aber auch dem Thomas Kaliba, beipflichten. Ein Beschluss im Bauausschuss ist in den Stadtsenat und in den Gemeinderat einzubringen. Da bringt es auch nichts, wenn man irgendwelche Dokumente nicht weiterleitet. Und, wenn es was zum diskutieren gibt, bitte dann gibt es extra

Möglichkeiten, wir sind heute im Gemeinderat, wenn es Wünsche gibt, können wir Abänderungsanträge jetzt einbringen oder sonst ist das heute zu beschließen oder nicht zu beschließen. Dass man das liegen lässt und auch im letzten Bauausschuss man eigentlich gar nicht gewusst hat, wo liegt es eigentlich gerade, das finde ich nicht akzeptabel und darum bin ich froh, dass der Antrag vom Bürgermeister eingebracht ist, weil sonst hätte ich einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächstes...gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Dann Herr Referent, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Zu meinen Vorredner. Möglicherweise habe ich hier einen Fehler begangen, kann leicht sein. Ich könnte auch sagen, das war bürgernahe, weil wenn jemand zu mir kommt und mich schon aufmerksam macht, dass es hier einen Fehler gibt oder aus ihrer Sicht einen Fehler gibt, ist es mein Verständnis, dass ich den Ausschuss noch einmal damit befasse. Und dass sich das zeitlich so ergeben hat, tut mir leid, das war so. Ich habe am Montag gleich in der Früh beim Herrn Magistratsdirektor diesen Antrag als Nachtrag eingebracht. Leider ist das formell nur mehr möglich über den Bürgermeister. Ist so gewesen. Also für mich war kein „Verhacker“ drinnen. Es geht darum, dass ich einfach das weitergeben wollte, dass dort Steyrer sind, die gerne ein Haus bauen würden, die auch ursprünglich eine Zusicherung hatten und jetzt nicht mehr bauen können. Das möchte ich auch dazu sagen. Aber es ist wie es ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag, nämlich ein Neuplanungsgebiet in der Gartenbauersiedlung zu erlassen ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Eine oder zwei Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung. FPÖ dagegen, Rest dafür. Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **24**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **10**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zum nächsten Berichterstatter und das ist der Stadtrat Mag. Kaufmann. Bitte, Reinhard.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

11) Präs-360/17 Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Sperre Kaigasse.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren. Es gibt hier seit Beginn des Probebetriebes der neuen Verkehrsregelung am Stadtplatz eine heftige Diskussion. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger die sich hier beteiligen, uns Rückmeldungen geben, auch medial wird das sehr stark wahrgenommen und begleitet. Ich möchte mich hier bei den Medien ausdrücklich bedanken für die breite Berichterstattung zu diesem Thema. Und ich denke wir sollten uns auch hier sozusagen in einer Zwischenschau wieder mit dem Thema „wie geht es weiter mit dem Stadtplatz“ beschäftigen. Wir haben einen Probebetrieb. Es gibt aber sozusagen kein Konzept, was heißt Probebetrieb? Was passiert da alles? Was ich nicht möchte und verschiedentlich angemerkt wird worum es hier gehen könnte, aber nicht soll meiner Meinung nach, dass hier etwas auf den Stadtplatz gesetzt wird und der Probebetrieb dazu da ist, dass sich alle daran gewöhnen und dann wird es schon irgendwie so bleiben können. Ich denke ein echter Probebetrieb bedeutet, Alternativen auszuprobieren und daher bringen wir jetzt den Antrag ein, den zuständigen Stellen des Magistrates den Auftrag zu geben, im Rahmen des Probebetriebes auch den sogenannten „autofreien Stadtplatz“ auszuprobieren, der auch von vielen Stimmen gefordert und eingebracht wird. Und wir haben im Antrag die Spezifizierungen genau drinnen, da kann man auch noch allenfalls darüber reden, in der Umsetzung, ob noch das eine oder andere fehlt. Natürlich wird es Zulieferverkehr geben müssen. Es soll weiters Taxiverkehr am Stadtplatz geben können, auch in diesem Probebetrieb „autofreier Stadtplatz“. Der Stadtbus wird weiter hereinfahren. Behinderte Personen sollen hereinfahren können und natürlich die Marktferanten. Ja, meiner Meinung nach sind wir es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig das auszuprobieren, um zu sehen wie das funktionieren würde. Es ist etwas missverständlich in der Benennung des Tagesordnungspunktes, wo Sperre Kaigasse steht, das ist nur eine Begleiterscheinung. Es ist nur dann sinnvoll Fußgängerzone auf dem Stadtplatz zu probieren, wenn die Kaigasse für den Verkehr gesperrt wird, weil die brauchen wir ja nur für den Durchzugsverkehr vom Neutor zum Ennskai. Und es wurde ja auch schon mehrfach vorgeschlagen, nicht nur von mir, sondern auch von Experten bis hin zur Polizei, dass wir den Ennskai sehr gut über die Zieglergasse die Zu- und Abfahrt gestalten können. Das machen wir immer wieder bei Veranstaltungen am Stadtplatz und das wäre natürlich auch während dieser Probephase zu tun. Ich bitte um Diskussion und wenn möglich Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats bzw. die fachlich zuständigen Abteilungen des Magistrats werden beauftragt, im Rahmen des laufenden Probebetriebes der Organisation des Verkehrs auf dem Stadtplatz auch eine weitgehende Verkehrsberuhigung zu erproben. Demnach soll probeweise während eines Zeitraums von mindestens sechs Wochen im Frühjahr 2018 die Kaigasse für den KFZ-Verkehr gesperrt und auf dem

Stadtplatz eine Fußgängerzone eingerichtet werden. Für folgende Verkehrsbedarfe sind - gegebenenfalls räumlich oder zeitlich beschränkte - Ausnahmeregelungen vorzusehen: Zulieferverkehr, Zufahrt der Bewohner/innen, Taxis, Stadtbus, behinderte Personen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als erster zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet ist der Kollege Freisais, bitte sehr.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich unterstütze den Antrag auf einen Probelauf für einen autofreien Stadtplatz. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dass man sich ansieht, wie kann das funktionieren? Wird das angenommen von den Bürgerinnen und Bürgern oder ist das möglicherweise doch eine Idee, die so nicht funktionieren kann. Ja, wie gesagt, wenn man da jetzt einige Wochen hernimmt und das einmal probeweise austestet und dann wie gesagt ein Feedback einholt, glaube ich kann das die Stadt weiterbringen in einigen Erkenntnissen. Auch zum Beispiel, wie funktioniert das eben mit der Zieglergasse. Ist da ein Durchflussverkehr gewährleistet oder ist das einfach eine zu riskante Geschichte. Wie wirkt sich das auf die Wirtschaft aus? Kommen wirklich mehr Besucher und Fußgänger oder ändert sich wenig? Zwei Anliegen möchte ich allerdings hervorstreichen, das ist im Antrag auch berücksichtigt, aber das erste Anliegen ist, dass eben wirklich speziell auf beeinträchtigte Personen Rücksicht genommen wird. Dass man schaut, dass da eben ein Zugang zum Stadtplatz gewährleistet ist. Dass es Behindertenparkplätze gibt die entsprechend platziert sind und dass da natürlich die, die eben sonst keinen Zugang hätten, die Möglichkeit haben. Weiters vor so einem Probelauf muss natürlich auch ein Konzept gegeben sein. Was bietet man den Menschen da jetzt wirklich an am Stadtplatz? Also einfach nur die Poller wegräumen und schauen, wie wird es, ist aus meiner Sicht zu wenig. Da braucht es eben dann auch Ideen, wie gestaltet man die Fläche, wie setzt man das Ganze sinnvoll um, dass die Bürger halt auch einen Mehrwert erkennen können und man sich nicht nur denkt, okay, jetzt ist da alles frei, aber unter dem Strich hat sich eigentlich nichts geändert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, nächster Redner, Vizebürgermeister Wilhelm Hauser. Bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzter Gemeinderat, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Also, ich habe früher einmal so ein Synonym gehabt, das hat geheißen, ich habe Bauchschmerzen bei dieser Geschichte. Grundsätzlich ist es so, dass wir einen Grundsatzbeschluss gefällt haben, dass wir den Stadtplatz neu umsetzen wollen und als erste Phase ein Jahr Probezeit dazu vereinbart haben. Es hat aber ein paar ganz klare Festlegungen gegeben. Unter anderem, dass die Kaigasse offen bleibt, weil das auf der einen Seite der Wunsch der Kaufleute und vieler Bewohnerinnen und Bewohner am Stadtplatz ist und auf der anderen Seite, dass man also gesagt hat, es gibt also durchaus durch die Zieglergasse und das sagt auch selbst die Polizei, einen Unfallhäufungspunkt, wenn man sozusagen von der Vorlandbrücke hinunter fährt und dann rechts Richtung Ennskai fährt, dass es also dort extrem eng ist und dass dort doch sehr, sehr problematisch ist, sozusagen einen Begegnungsverkehr zu haben. Und das Zweite ist, ich bin auch dankbar dafür, dass die Medien darüber Bericht erstatten, wir haben auch selber überall die Möglichkeiten geschaffen, dass man per E-Mail sich melden kann, dass man vorsprechen kann. Der Herr DI Froschauer war bis Anfang dieser Woche im Rathaus und hat also alle Anregungen entgegengenommen. Probetrieb heißt aber nicht, dass wir alle zwei Tage sozusagen irgendwo hinsausen, umfärben, die ganzen Geschichten verändern und dergleichen mehr. Daher denke ich mir, die nächste sozusagen Facette der Veränderung am Stadtplatz wird spätestens kommen mit 1. März, wo es darum geht, dass sozusagen die Schanigärten wieder eingerichtet werden und wo man sieht, wie sich die Dinge verändern. Das Zweite ist, dass wir also den Wunsch der Kaufmannschaft, der Gastronomie, aber auch der Zulieferer haben, dass also zu wenig Ladezonen vorhanden sind und dass man auf das Rücksicht nehmen muss und verschiedene Dinge mehr. Es wird sich also Vie-

les ergeben, das sozusagen letztlich sowieso zu Veränderungen am Stadtplatz weiter führt. Und das Dritte, was ich jetzt gerade sehr dankbar bin, dass also der Pit Freisais hier erwähnt hat ist, dass wir auf der einen Seite Freiflächen geschaffen haben, aber wenn jetzt nicht gerade der Adventmarkt dort stehen würde, dann würde ich mir ansehen, was mit dem freien Platz passieren würde. Daher denke ich mir, also alles nur sozusagen zu tun damit man jetzt auf der einen Seite womöglich einen autofreien Stadtplatz hat und auf der anderen Seite aber nicht genau weiß, was man sozusagen alles dort umsetzen möchte, bis hin zu dem, dass ja Möblierungen und all diese Dinge etwas kosten und dass man letztlich auch zuerst schauen muss, wie man das Ganze wirklich umsetzen möchte. Und es ja da Diskussionen gibt und wir ausdrücklich gesagt haben, keine baulichen Veränderungen auch in dieser Zeit und das bedeutet auch, dass es nicht recht klug ist, wenn wir sündhaft teure Möblierungen womöglich anschaffen die wir dort hinstellen, ist das Nächste. Und auf eines möchte ich schon auch aufmerksam machen, weil das ist mir heute gerade so wieder in das Auge gesprungen, wie ich sozusagen die Meldung des Dr. Pfeil gelesen habe in den OÖ Nachrichten, der uns ja jetzt als ehemaliger 20jähriger Verkehrsreferent sagt, wie es eigentlich klug wäre, möchte ich zurück erinnern an die Fußgängerzone Steyrdorf, was dort passiert ist und was letztlich mit den Geschäften dort passiert ist. Und wenn ich auf der einen Seite sage, ich möchte am Stadtplatz eine attraktive Innenstadt haben, die sozusagen auch bevölkert wird und wo es also Frequenzen gibt, dann denke ich mir immer es ist nicht klug, wenn man den Steyrer Stadtplatz mit der Kärntnerstraße in Wien vergleicht. Daher denke ich mir, sollte man mit einem großen Augenmaß hier vorangehen und letztlich auch dieses eine Jahr Probezeit dazu benützen sozusagen verschiedenste Regelungen auszuprobieren, aber nicht eine auszuprobieren wo wir eigentlich nicht überzeugt sind davon, dass sie wirklich klug ist, nämlich eine Fußgängerzone zu schaffen und daher werden wir nicht für diesen Antrag sein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, Herr Vizebürgermeister Wilhelm Hauser. Als nächstes zu Wort gemeldet, Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben alle mitsammen etwas beschlossen, nämlich die Veränderung in der Innenstadt. Wenn ich jetzt den Worten von Herrn Vizebürgermeister Hauser folge, dann geht das wieder retour. Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, weil eines ist in der Zwischenzeit schon passiert, dass sich die öffentliche Meinung wirklich gedreht hat. War eine Reduzierung des Verkehrs vor unseren Maßnahmen überhaupt nicht denkbar bei der absoluten Mehrheit der Bevölkerung, ist jetzt die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, es gehört der Verkehr reduziert. Das ist ein klares Bekenntnis, da können sie hingehen wo sie wollen, da können sie Umfragen starten, das ist ein klares Meinungsbild. Ich bin allerdings nicht der Überzeugung wie der Kollege Kaufmann, dass man eine generelle Fußgängerzone machen sollte. Ich glaube das ist der falsche Weg. Im Unterschied zu manchen anderen Städten und natürlich auch zu einem Einkaufszentrum haben wir keine Rückseite bei den Häusern, wo man laden kann, wo man halten kann. Das heißt es muss bei uns auch in Zukunft möglich sein, kurzfristige Ladetätigkeiten, auch der Kunden, am Stadtplatz zu machen. Ich glaube allerdings schon, dass wir uns wirklich überlegen sollten, ist es notwendig, dass wir nach wie vor 60 Minuten Parken am Stadtplatz haben. Ich glaube, dass sollten wir wirklich diskutieren. Ob es nicht genügen würde, wenn wir eine kürzere Zeitzone dafür zur Verfügung stellen, weil das hat sich jetzt schon gezeigt, dass A) die Garage angenommen wird, dass dieser Fußweg herüber angenommen wird, das heißt wir haben die Möglichkeit jetzt Entscheidungen zu treffen. Und ich möchte noch einmal betonen, ich bin der vollen Überzeugung, dass es vernünftig wäre diesen Durchzugsverkehr auf den Ennskai über die Zieglergasse zu leiten und nicht mehr über den Stadtplatz. Das ist ein vollkommen unnötiger Verkehr. Wer am Stadtplatz etwas zu erledigen hat, der soll hereinfahren können, aber wer nur einen Parkplatz sucht, der soll am Ennskai oder in die Parkgarage fahren. Und das sind Lenkungsmaßnahmen wo ich glaube, dazu sind wir aufgerufen. Es gibt ein altes Sprichwort: Habe nicht Angst vor der Veränderung, habe eher vor dem Stillstand Angst. Und genau darum geht es jetzt. Ich glaube, dass

diese Aussage, die der Kollege Hauser getroffen hat, dass die Wirtschaft so dahinter steht, dass man über die Kaigasse abfahren kann, dass sich das erstens mittlerweile gedreht hat und zweitens dass das auch vorher schon wenige waren. Und wenn man sich jetzt noch überlegt, dass wir eine Baustelle beim Museum haben werden, die ungefähr 1,5 Jahre dauern wird. Und diese Baustelle vor dem Museum wird ungefähr 1,5 Jahre dauern und dass es dafür notwendig sein wird, dass man eines der beiden Stadttore sperrt, mit einer Ampelregelung. Ich glaube, dass wir gut beraten wären hier wirklich vernünftig zu überlegen, ob wir nicht in diesem Rahmen einen Probetrieb starten. Ich glaube also, dass dieser Vorstoß vom Kollegen Kaufmann etwas übereilt ist, weil eine sechswöchige Probephase jetzt zu machen, wo für uns nicht einmal ganz klar ist, wie wird diese Baustelle aussehen? Welche Auswirkungen hat das? Ich glaube, es wäre vernünftig uns wirklich zusammen zu setzen. Nicht irgendeine kleine Lenkungsgruppe, wie das so schön heißt da hier zu installieren, sondern hier in diesem Kreise durchaus auch mit einem Sonderausschuss wirklich vernünftig und losgelöst von Emotionen zu überlegen, was ist klug für den Stadtplatz? Was brauchen wir und was brauchen wir nicht? Weil eines möchte ich schon betonen, es würde niemand sich vorstellen können, dass in einer Plus City in der Mitte durch die Autos durchfahren, nur weil sie zum Parkplatz hinwollen. Und hier ist wirklich Angst davor, vor jemanden der Angst vor Veränderung hat, das ist der falsche Weg. Überlegen wir wirklich wie können wir das umsetzen. Dass es Veränderungen braucht ist ganz klar. Das haben wir aufgrund der Reaktionen gemerkt, aber das ist auch uns so gegangen, dass wir gesagt haben, okay diese Lösung wie es jetzt ist, die gehört verbessert. Aber jetzt so mehr oder weniger zu sagen, jetzt gehen wir wieder zurück, jetzt lassen wir womöglich die Schanigärten wieder dort wo sie jetzt waren oder sonst etwas. Ich glaube, das wäre der falsche Weg. Wir sollten wirklich Mut haben weitreichende Entscheidungen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Verstehe ich das jetzt richtig, dass die Schanigärten weg sollen?

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also, wo sollen sie dann hin?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zur Wort gemeldet hat sich der Herr Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben eigentlich niemals einen Hehl daraus gemacht, dass die Kaigasse gesperrt werden soll, das war für uns eine Schnapsidee. Wir waren eigentlich diejenigen, die gesagt haben, diese soll offen bleiben, wir wollen kein Zweigleissystem, eines praktisch beim Stadtplatz hereinfahren, rausfahren am Stadtplatz und das andere Zieglergasse runter und Zieglergasse raus, wo wir genau gewusst haben, das kann nur in die Hose gehen. Also, da waren wir immer dagegen. Spreche aber jetzt auch unseren, damals den Grundsatzbeschluss für den Stadtplatz an für die Umgestaltung, da waren wir auch der Meinung, dass jede einzelne Maßnahme, das war auch der Grund warum wir überhaupt mitgestimmt haben, abgestimmt werden muss in einem Gremium und auch eine Mehrheit finden muss und auch die Finanzierung dazu. Ja, ich stehe nach wie vor zu dieser Meinung und meine persönliche Meinung war die und da wird mir jetzt der Herr Stadtrat Mayrhofer natürlich nicht beipflichten, mir hat der Stadtplatz vorher auch sehr gut gefallen. Ich weiß nicht was da jetzt herauskommt, aber ich könnte mir auch vorstellen, dass man wieder in die ursprüngliche Variante zurückgeht. Das ist meine persönliche Meinung. Vielleicht ein bisschen anders die Parksituation einordnen, aber grundsätzlich hat es mir vorher auch gefallen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zur Wort gemeldet, der Herr Stadtrat Dr. Ritter. Bitte, Herr Dr. Ritter.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Verehrte Damen und Herren, sehr geschätztes Präsidium, verehrte Zuschauer. Der Stadtplatz unterliegt einer Veränderung und da gibt es solche und solche Meinungen und alle Meinungen beruhen auf irgendeiner Theorie, dass man den Stadtplatz soweit ändern kann und dass man in die zuführenden Gefäße, ich als Arzt werde das immer wieder mit medizinischen Vergleichen zeigen und anführen, dass man eben die Gefäße abschnüren kann und schauen wir einmal, wie lange er dann lebt. Ich finde es ist eine Frechheit, wenn man ein Versuchsprojekt Stadtplatz startet, ich glaube dass das viel mehr wirklich berechnet werden muss und vorsichtig und reversibel gestaltet werden muss. Und wenn man jetzt hört, dass man die Kaigasse auch noch versucht zu sperren, dann muss ich fast sagen, ist das ein Wahnsinn. Ich schaffe mit der Sperre der Kaigasse zwei Einbahnsysteme, wo ich über die Zieglergasse hinunter fahren und wieder hinausfahren muss und dasselbe am Stadtplatz auch. Das ist doch idiotisch. Entschuldigung wenn ich das sage.

Unverständliche Zwischenmeldung

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Entschuldigung, Sie können nachher sprechen, aber jetzt...

Unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Das ist für mich ein Feldversuch, der nicht positiv enden kann. Und das Ganze unter der Prämisse, wir wollen einen autofreien Stadtplatz haben. Also das finde ich fast ein Unterjubeln einer gewissen Planung, die glaube ich von den Steyrer Bürgern nicht goutiert wird.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Redner, Herr Mag. Prack. Bitte, Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ja, ich muss da ein paar Dinge, auch aus der Historie, ist vielleicht ein bisschen übertrieben, weil so lange geht das Ganze ja noch nicht, klarstellen, die Sperre der Kaigasse wäre so eine Sache gewesen, die war schon die kleinere Variante, die wir Grünen uns vorgestellt haben. Wir waren von Anfang an der Meinung, dass wenn wir eine Hanggarage haben, wenn wir in wenigen Schritten von einem gemütlichen, trockenen Parkplatz in die Stadt hineingehen können, dann ist es höchst an der Zeit den Stadtplatz autofrei zu bekommen. Autofrei, sie wissen was ich meine, es ist alles schon gesagt worden. Das heißt natürlich, dass es kleinen Verkehr nach wie vor dort geben können muss. Das ist die eine Sache, also diese Autofreiheit, die war uns immer ein Anliegen. Dann hat es geheißen, das geht nicht, die Geschäftsleute sind anderer Meinung. Haben wir gesagt, dann machen wir wenigstens eine Entlastung, was den Verkehr anbelangt. Warum muss man denn im Kreis fahren auf der Parkplatzsuche, da sperren wir die Kaigasse und fahren wir so wie es bei Veranstaltungen ja auch oft ist, am Ennskai zu und am Ennskai ab und am Stadtplatz zu und am Stadtplatz ab. Auch das ist nicht gegangen. Jetzt haben wir eine Lösung mit der offenbar niemand zufrieden ist und darum sagen wir, Probebetrieb, dann probieren wir es doch wenigstens einmal aus, nichts festschreiben, nichts, keine Baumaßnahmen, keine Möbel hinsetzen, gar nichts in diese Richtung. Machen wir den Stadtplatz einmal autofrei, eine Zeit lang und schauen wir was die Leute dazu sagen. Es kann doch nicht so sein, dass die Geschäftsleute letzten Endes bestimmen, was die Bürger in Steyr mit ihrem Stadtplatz anfangen können. Mitreden lassen wir sie schon, natürlich sind sie wichtig, wir brauchen sie, keine Frage, aber die Leute, die Steyrer Bevölkerung besteht nicht nur aus Geschäftsleuten. Wenn es darum geht, was tut man denn mit diesem Stadtplatz und wenn es heißt einen autofreien Stadtplatz, den können wir ja dann gar nicht bespielen. Schauen sie sich alte Bilder an wo auf dem Stadtplatz keine Autos waren, weil es noch keine gab, da laufen die Leute kreuz und quer auf der Straße herum, das ist eine Fläche die einfach belebt ist, da muss ich gar nichts aufstellen, da brauche ich nichts, die Leute werden dort mitten auf dem, was jetzt Straße oder Parkplatz ist,

stehen und sich unterhalten. Und es sind viele Leute, die auf diesen alten Bildern zu sehen sind. Und denken sie an die vielen Veranstaltungen, die wir haben wo der Stadtplatz autofrei ist, wie sehr uns das allen die wir hier sitzen, gefällt. Natürlich sind dort viele Leute, weiß schon, weil ja Veranstaltungen sind, so wird es vielleicht nicht immer sein, aber sich so bewegen zu können, das wünsche ich mir sehr. Probetrieb heißt also schon aus meiner Sicht mehr als nur eine Variante auszuprobieren. Wir wollen gar nicht wahnsinnig viel, wir würden sehr viel mehr in Wahrheit wollen für einen autofreien Stadtplatz, aber ihn nicht einmal auszuprobieren, das verstehen wir unter diesen Bedingungen nicht und ich glaube nicht nur wir verstehen das nicht. Jetzt wollen wir nur ihre Stimme dafür, dass wir sechs Wochen ausprobieren, ob ein Stadtplatz ohne Auto auch machbar ist. Ohne Umbaumaßnahmen, ohne große Investitionen, sechs Wochen ausprobieren, das ist wirklich keine große Hürde hätte ich gemeint, ich hoffe ich täusche mich nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Nächste Rednerin, Frau Mag. Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Sogar im Antrag der Grünen geht es ja nicht um einen autofreien Stadtplatz, weil ein autofreier Stadtplatz würde für mich bedeuten, dass wirklich kein Auto hier hereinfährt. Ja, aber selbstverständlich sehen sogar die Grünen vor, dass es Ausnahmeregelungen gibt für den Zulieferverkehr, dass die Bewohner nach wie vor herein fahren dürfen mit dem Auto, die Taxis hereinfahren dürfen, der Stadtbus und auch behinderte Personen die einen Behindertenausweis haben. Das heißt autofrei stimmt in dem Zusammenhang nicht. Deshalb denke ich mir sollten wir von verkehrsberuhigt reden, da finden wir uns alle und das ist auch denke ich mir das, was das Treffende ist, wo es hingehen sollte. Und zum Thema verkehrsberuhigt ist sicherlich ein wesentlicher Punkt, da wird auch hier angesprochen, es soll nicht mehr geparkt werden. Wir haben jetzt die Situation, dass man eine Stunde parken kann auf dem Parkplatz, mit der Toleranzzeit sind wir dann bei 60+10 Minuten, 70 Minuten kann ich stehen bleiben. Das verführt sehr viele dazu, einmal zu schauen, bekomme ich am Stadtplatz einen Parkplatz? Stelle mich dann dort einmal hin. Die, die sich nicht so an Recht und Gesetz halten werfen dann auch noch nach, dann habe ich genau das erreicht was nicht passt, weil Parkfläche habe ich dort drüben in der Garage und Parkfläche habe ich am Ennskai. Das was auf dem Stadtplatz passieren soll ist, dass jemand die Möglichkeit hat eine kurze, Betonung auf kurze Erledigung bei der Post zu machen, zur Apotheke zu gehen, etwas was schnell in 10 Minuten, maximal in einer Viertelstunde erledigt ist, aber nicht zum Parken. Und wenn man das machen würde und diese Parkstunde von einer Stunde zurückschraubt auf eine Möglichkeit, das muss man sich einmal juristisch anschauen was geht, ich würde so sagen Maximum 15 Minuten, dann würden alle jene in der Garage parken für längere Erledigungen bzw. am Ennskai und keiner mehr oben stehen, der sagt, nein, jetzt habe ich längere Erledigungen. Zugleich habe ich aber sichergestellt und es gibt ja nicht nur die behinderten Personen, es gibt Personen die haben keinen Ausweis, haben deshalb auch nicht die Möglichkeit sich auf einen Behindertenparkplatz zu stellen, sind aber körperlich nicht mehr so wirklich fit und für die ist es eine Zumutung sich in eine Garage zu stellen nur weil ich ein Paket bei der Post abholen möchte oder mir einen Kontoauszug hole von der Bank oder in die Apotheke gehe. Und für diesen Personenkreis, um den müssen wir uns auch kümmern. Und genauso um jene Personen, die Frauen sind heute schon oft angesprochen worden, die Eltern wenn man mit Kindern unterwegs ist, Kinderwagen etc., dann ist das auch alles ein bisschen mühsam. Und das wäre denke ich mir eine der wichtigen Punkte zu dieser Verkehrsberuhigung, der Suchverkehr der nach wie vor stattfindet am Stadtplatz, den einzuschränken indem man weggeht von dieser einen Stunde. Das macht jetzt keinen Sinn mehr, das hat früher einmal einen Sinn gemacht. Ich sage 15 Minuten ungefähr darf man stehen bleiben, damit habe ich einen viel höheren Umschlag beim Parken, das heißt ich brauche auch weniger Parkfläche, weil nicht mehr in einer Stunde ein Fahrzeug dort steht, sondern vier Fahrzeuge, fünf, je nachdem wie lange dann jemand stehen bleibt, aber nicht länger als ungefähr Diskussionsbasis einmal 15 Minuten, keine Toleranzzeit mehr und gar nichts. Das

wäre dieser ein Punkt. Der Antrag der Grünen zeigt aus meiner Sicht auch, dass es einen Diskussionsbedarf gibt. Wir haben hier herinnen einen Grundsatzbeschluss gefällt für eine Attraktivierung des Stadtplatzes, für eine Umgestaltung des Stadtplatzes. Es hat immer geheißen, ja jede Maßnahme soll dann auch genau beschlossen werden. Ich habe derzeit so den Eindruck, da geht alles ein bisschen so, nicht ganz wirr, aber nicht so ganz strukturiert ein bißchen durcheinander. Es gibt, das ist kein Vorwurf, das ist nur eine Feststellung, kein wirkliches Projektmanagement, das aufgesetzt ist, wo ich genau sehe da gibt es eine Projektstruktur und dann gibt es Arbeitspakete, da ist da und derjenige zuständig, sondern es passiert so wie es passiert. Manches kommt dann in den Ausschuss, manches verändert sich plötzlich einmal. Irgendetwas entscheidet ein Beamter, irgendetwas entscheidet ein Politiker. Ich denke mir es ist an der Zeit und das zeigt für mich dieser Antrag, dass man nicht jetzt dann hergeht in jeder Gemeinderatsitzung, einmal einen Antrag für den Probebetrieb und einmal einen Antrag für den nächsten Probebetrieb, sondern dass wir einen temporären Ausschuss, so nenne ich es einmal, haben, einen projektorientierten Ausschuss, wo es wirklich zeitlich beschränkt darum geht, die Stadtplatzsituation, wo alle Referenten drinnen sind die dafür zuständig sind, da geht es um Verkehr, da geht es um Tourismus, da geht es letztlich auch um Wirtschaft, Finanzen, Recht, dass auch die Beamtschaft, die damit zu tun hat, das ist eine Querschnittsmaterie mit der viele beschäftigt sind, dass die vertreten sind und dass man wirklich sich ganz sachlich in diesem temporären Ausschuss mit dem Thema Stadtplatz beschäftigt, das hätte sehr viel an Transparenz, würde das mit sich bringen und natürlich auch die Information der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das Einzige was ich so ein bisschen herausgefunden habe ist, es gibt eine Steuerungsgruppe. Ich habe da einmal so nachgefragt, wer ist in so einer Steuerungsgruppe? Weil da wird anscheinend immer wieder gerade einmal etwas entschieden. Vielleicht kann man das hier herinnen beantworten, wer jetzt da wirklich in dieser Steuerungsgruppe ist. Mein Vorschlag, ich kann es jetzt nicht als Antrag formulieren, weil dazu hätte ich das schriftlich einbringen müssen, es geht mir auch nicht darum jetzt da irgendwas zu „verpolitizieren“, ganz im Gegenteil, sondern ich stelle hiermit den Antrag darüber nachzudenken, dass man diesen temporären Ausschuss macht, alle Referenten ins Boot holt, alle Fraktionen einbindet, auch jene die vielleicht eben nicht den Fraktionsstatus haben und dass man vor allem die Beamten da einbindet. Und damit erspart man sich auch jetzt diese Sachen, dass jetzt immer über irgendetwas diskutieren, keiner weiß mehr bald den aktuellen Stand, was soll jetzt wieder zurück genommen werden, was nicht. Das was ich für wichtig halte ist, dass das, wozu wir uns einstimmig entschieden haben, einen attraktiveren Stadtplatz zu haben, einen verkehrsberuhigten Stadtplatz, dass das dann wirklich umgesetzt wird. Und das geht aus meiner Sicht nur wenn man das gemeinsam tut und wenn man auch wirklich, damit es keine Pleiten, Pech und Pannen gibt, in einer strukturierten Art und Weise, mit einem Projektmanagement und mit einem projektorientierten, temporären Ausschuss und ich würde dich, geschätzter Herr Bürgermeister bitten, nicht da drüber nachzudenken, sondern das auch zu indizieren. Danke schön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Es gibt noch einige Wortmeldungen. Ich kann dazu sagen, wir brauchen nicht darüber nachzudenken, wir haben schon darüber nachgedacht. Es arbeitet eine Fachbeamtengruppe an einem Vorschlag der dann der Politik vorgestellt werden wird im nächsten Jahr und auf Basis dieses Vorschlages, wie wir „Stadtplatz neu“ tatsächlich dann ab Frühjahr, ab 1. März wenn die Schanigärten da sind, umsetzen wollen und auch verbessern, weil Verbesserungsbedarf herrscht, das haben wir alle zur Kenntnis genommen. Da wird sich die Politik dann selbstverständlich einklinken, ich möchte nur die Arbeit der Fachbeamten einmal und der Fachleute beenden, auch Kosten da hinterlegen, was dann alles leistbar ist und dann kommt die Politik ins Spiel. Zielsetzung ist, zumindest ist das mein Zugang, dass wir im März-Gmeinderat dann beschlussfähige Unterlagen schon am Tisch haben, davor ist Diskussion. Aber wie gesagt, die Arbeitsgruppe gibt es schon und die Politik wird selbstverständlich eingebunden. Ob das ein Sonderausschuss ist oder wie immer man den nennt ist egal, aber ich möchte wirklich bitten, dass man zuerst einmal die Fachleute konkrete Vorschläge machen lässt, auch Geld dahinter zu legen, die Finanzierung abzuklopfen und dann

werden wir sehen ob das jetzt unseren Vorstellungen entspricht, ob das mehrheitsfähig ist, ja oder nein, weil sonst beginnt die Diskussion zu „zerfledern“, und jeder hat ein gewisse Vorstellung. Wir wissen ja aufgrund der Rückmeldungen, was alles nicht passt, wo es wirklich krankt, dass es einfach nicht schöner geworden ist, sondern wirklich, ja, dass Luft nach oben ist, zumindest in der Gestaltung und in der Platzierung der Autos. Aber die nächste Deadline für uns und für alle Steyrer ist der 1. März, da werden die Schanigärten wieder aufgestellt. Und die Schanigärten sind ein springender Punkt. Dann gibt es nicht mehr die Autos, wenn die Schanigärten kommen sind ja sowieso alle Autos die jetzt stehen weg. Wir müssen uns jetzt darum kümmern, wie kann die Zeit nach, also mit den Schanigärten dann aussehen optisch, auch im Sinne von, bilden die wieder so ein Barriere jetzt die Autos oder nicht. Ich bin eher der Meinung sie sollen nicht mehr so eine Barriere bilden, aber wie gesagt, die Vorschläge wird es geben und darüber entscheidet dann sicherlich und selbstverständlich die Politik und da werden alle auch eingebunden werden. Aber da wird es auch schon Zahlen dazu geben und konkrete Vorschläge. So, soviel zum Nachdenken. Es sind noch zwei Redner gemeldet. Der Herr Dr. Zöttl und dann der Herr Mag. Prack.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich möchte auf meine Vorrednerin ganz kurz eingehen. Grundsätzlich halte ich sehr viel von Kontinuität in der Meinung und im Denken. Michaela, du redest jetzt von 15 Minuten parken. Ich kann mich noch erinnern, wie wir am Stadtplatz 30 Minuten gehabt haben bist hier gestanden und hast gesagt

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz aus

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...30 Minuten ist viel zu wenig, da kommst du nicht einmal heraus aus dem Auto und du kommst mit dem Einkauf nicht zusammen und jetzt reden wir von einer Viertelstunde. Also, das ist wirklich interessant wie sich das ändert. Was ich auch dazu sagen möchte, wenn wir dann schon von Verkehrsberuhigung reden, also eine Viertelstunde Umschlag ist für mich mehr Verkehr, als wenn ich eine Stunde habe, weil dann stimmt irgendeine Rechnung nicht, also das muss man der Ehrlichkeit halber schon sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Entschuldigung, ich habe vorhin einen Fehler gemacht, der Herr Kollege Kaliba war schon vorher auf meiner Liste. Tut mir leid, sonst glaubt er, wir sind nicht mehr befreundet.

Gelächter

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Ja, werte Kolleginnen und Kollegen. Er streicht mich die ganze Zeit herunter, mein Chef. Wir haben ja lange gebraucht bis wir zu dieser Einigung gekommen sind, wie könnte denn dieser „Stadtplatz neu“ ausschauen, zumindest einmal auf Planebene. Die Eckpfeiler waren halt, den Verkehr eher in die Mitte zu verfrachten und Platz für das Flanieren, Platz für kleinere Veranstaltungen, Platz für den Markt zu schaffen, das ist da dahinter gestanden und das ist jetzt passiert, und das testen wir jetzt gerade aus. Und ja es stimmt, es hat am Plan anders ausgesehen als in der Natur. Als ich das erste Mal auf den Stadtplatz herein gefahren bin habe ich mir gedacht mich trifft der Schlag, weil es wirklich hässlich war, die Autos in dem Bereich wo das Segafredo ist, eine Katastrophe. Aber genau für das ist dieser Test da, dass man einfach Erfahrungen macht, aber alles im Rahmen dieses Konzeptes das wir hier herinnen beschlossen haben, das sollten wir uns jetzt anschauen. Wie gesagt, das weiß man jetzt, dass das nicht schön ist. Es werden die Schanigärten kommen, dann werden dort die Autos verschwinden. Man kann sich ja dann überlegen, was macht man dann zukünftig mit diesen Parkplätzen in einer Zeit, wenn die Schanigärten nicht hier sind. Aber ich glaube, wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt und jetzt will man diesen Test schon wieder aufweichen und schon wieder etwas Neues ausprobieren, weil man eine Idee hat, wir wissen aber so viel noch nicht. Die Garage ist vor einem Monat aufgesperrt worden, ich glaube viele Steyrer

waren vielleicht noch nicht drinnen und stellen sich immer noch in die Stadt, weil es einfach Gewohnheit ist. Schauen wir uns wirklich einmal an wie sich die Verkehrsströme entwickeln. Vielleicht führt es dazu, dass der Stadtplatz fast ausstirbt von den Autos her, dass der Ennskai ausstirbt von den Autos, dass sich alles in der Parkgarage dann abspielt, aber das wissen wir leider noch nicht. Ich denke mir, das sollten wir uns ansehen. Jetzt zu sagen, machen wir einen autofreien Stadtplatz. Bin ich mir ziemlich sicher, in diesen 6 Wochen Testphase passiert mir wieder genau dasselbe, wie es mir passiert ist, als ich in der jetzigen Testphase hinein gefahren bin, dass der Stadtplatz genauso hässlich ist, weil nichts mehr ist. Weil es wird nicht dazu führen, dass die Leute da jetzt auf einmal über den Stadtplatz da in der Mitte flanieren, das tun sie jetzt schon nicht mit den frei gewordenen Flächen, weil es einfach mühsam ist über das Stöckelpflaster zu laufen und die Geschäfte sind halt nun einmal am Rand, vielleicht geht einmal einer schräg darüber, aber der wird wahrscheinlich auch eher den direkteren Weg gehen. Das heißt, wir würden eine „Stöckelpflaster-Wüste“ da inmitten dieser schönen Häuser schaffen. Wenn man so etwas wirklich irgendwann einmal überlegt, dann gehören Begleitmaßnahmen dazu und Überlegungen auch schon wie will man diese Fläche nutzen. Das hat man ja bei der jetzigen Testphase auch gemacht und versucht mit diesen Würfeln anzudeuten wo Möglichkeiten wären zum Hinsetzen usw., das ist ja auch alles noch nicht in der Endausbauphase. Diese Idee mit dem Sperren der Kaigasse, bitte seid mir nicht böse, ich bin da immer schon dieser Meinung und da schließe ich mich völlig dem Helmut an, das ist ja doch ein Schwachsinn. Jetzt sperren wir die Kaigasse und fahren über die Zieglergasse herunter. Jeder Steyrer weiß, dass wenn Stadtfest ist und wenn diese Verkehrsregelung ist, ist es eine Katastrophe da herunter zu fahren. Da ist aber Sommer, jetzt ist Winter, jetzt kommt irgendwann der Schnee, auch der Schnee wird wieder einen Platz der Fahrbahn einnehmen und es wird noch enger werden und es wird noch schwieriger werden für die Autofahrer und dann wird sich der Erste einmal den Spiegel herunterfahren und dann wird dort einmal ein Kratzer sein und dort einmal ein Kratzer. Das müssen wir doch den Leuten nicht zumuten, das wissen wir doch mit Hausverstand, dass das nicht funktionieren wird. Unter dem Rathaus vorbeifahren, wo wir wissen, wir dürfen die Straße nicht breiter machen, auch das wird nicht funktionieren. Wir wollen doch eine Lösung die das ganze Jahr praktikabel ist und gerade im Winter wird es nicht funktionieren können, über die Zieglergasse den Ennskai zu befahren. Ja wie gesagt, ich glaube wir sollten dabei bleiben, dieses Testjahr abwarten, natürlich uns in die Diskussion laufend einbringen und am bestehenden Projekt versuchen, das so gut als möglich zu machen. Ich finde es sehr toll, dass auch die Leute die Möglichkeit haben beim Herrn Froschauer ihre Ideen einzubringen, dass wirklich am Ende des Tages etwas herauskommt, wo wir zufrieden sind, wo aber auch die Bevölkerung, und um die geht es auch in erster Linie, sagt, so und jetzt ist es eine Verbesserung am Stadtplatz geworden. Und vielleicht steht irgendwann einmal am Ende des Tages der autofreie Stadtplatz, aber jetzt das auszuprobieren, da sind wir noch um einiges zu früh.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als Letzter oder zumindest jetzt zum Schluss zu Wort gemeldet, dann als Vorletzter, der Herr Mag. Prack. Ach so, ja das dauert noch lange. Naja gut, die Kollegin Frech, zum zweiten Mal dann, zwei Mal geht.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Thomas, ich fange bei dir an, weil das noch besser im Gedächtnis ist. Wenn du sagst, die Zufahrt über die Zieglergasse kann nicht funktionieren, dann heißt das, dass wir entweder auch am Ennskai keine Autos haben oder dass es nie einen autofreien Stadtplatz geben kann.

Unverständliche Diskussion vom Platz

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Nein nie, nie oder?

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA (vom Platz):

...vielleicht auch noch dazu, das habe ich vergessen, ich vergesse schon so viele Sachen, zu der Viertelstunde Parkzeit, das wird nicht möglich sein, weil die Straßenverkehrsordnung ganz klar regelt, was ist eine Kurzparkzone und da darf die halbe Stunde Parkzeit nicht unterschritten werden und die drei Stunden dürfen nicht überschritten werden, das heißt das können wir ziemlich „einrexen“.

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

30 Minuten wären möglich. Danke für den kurzen Einwurf.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Also, ich höre aus den Wortmeldungen oder eben von deiner, Thomas, dass ein autofreier Stadtplatz rein technisch nicht möglich ist, weil dann kann man auf den Ennskai ja nicht mehr kommen.

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Keine Diskussionen untereinander sondern nur Wortmeldungen.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Okay. Die Situation mit einer Hanggarage dort drüben hat ergeben, dass das alles leicht möglich ist. Ja, ich verstehe es nicht, warum wir es nicht ausprobieren können. Michaela, die Sache mit einem Ausschuss, einem Extra, prinzipiell bin ich natürlich für Diskussionen und natürlich müssen wir uns zusammensetzen, bloß fürchte ich, wenn wir in der derzeitigen politischen Situation, wie die Mehrheiten sind uns zusammensetzen und wenn die Politiker hier entscheiden werden, was mit dem Stadtplatz passiert, dass wir den autofreien Stadtplatz nie ausprobieren werden. Weil das wird sich in diesem Ausschuss, der ja so besetzt sein wird wie der Gemeinderat, keine Mehrheit finden, die uns da, ja die so denkt wie wir. Im Gemeinderat, wir sollten uns vielleicht einmal anhören was die Bürgerinnen und Bürger denken. Ich glaube nicht, dass die politische Mehrheit, meine persönliche Meinung, die ist, die der Meinung der Bevölkerung entspricht, der mehrheitlichen. Probieren wir es aus und fragen wir sie dann oder meinetwegen fragen wir sie auch vorher, wir könnten in die Richtung ja direkte Demokratie üben vielleicht. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Der Herr Kollege Mayrhofer ist am Wort, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Damen und Herren. Kollege Zöttl hat gesagt, in einer Viertelstunde kommt man nicht aus dem Auto. Er hat Recht. So eng, wie derzeit die Parklücken sind, kommt man nicht aus dem Auto, nicht einmal in einer Viertelstunde, weil sie einfach zu schmal sind. Das heißt, auch das ist ein Punkt, den man sicher diskutieren muss. Ich glaube, dass der Prozess, der zu der jetzigen Regelung geführt hat, „Stadtplatz neu“, „Design-Thinking-Modell“, ich weiß nicht, ob es unbedingt ein Erfolgsmodell war. Es ist halt ein Kompromiss vom Kompromiss herausgekommen. Und genauso präsentiert es sich halt jetzt. Darum habe ich zuerst gesagt, vielleicht hätten wir ein bisschen Mut, ein bisschen weiterzudenken und auch Entscheidungen zu treffen, die nicht nur von einem der 39.000 Verkehrsexperten in Steyr kommen. Und ich muss dem Kollegen Willi Hauser ein bisschen widersprechen, der gesagt hat, es gibt Bedenken über die Zieglergasse. Genau das haben wir prüfen lassen. Dafür hat die Stadt Geld ausgegeben, hat ein Gutachten machen lassen, ob das geht, ob das funktioniert, wie die Verkehrsströme sind und so weiter. Und jetzt schieben wir das alles weg, weil wir hören viel lieber wieder auf irgendwelche selbsternannten Verkehrsexperten.

Und so werden wir nicht zum Ziel kommen, mit Sicherheit nicht. Und ich möchte nur einmal wirklich auf die öffentliche Meinung zurückkommen. Ganz klar ist herausgekommen, dass es zu viel Verkehr am Stadtplatz gibt. Ja aber dann muss ich reagieren. Und dann muss ich wirklich überlegen, wie schaffe ich es, weniger Verkehr zu machen. Und Herr Kaliba, sie haben natürlich vollkommen Recht. Es wird nicht sein, dass man einen Schalter umlegt, wenn man eine Verkehrsberuhigung macht. Ich bin nach wie vor der Meinung, in einer Fußgängerzone wird es nicht möglich sein, weil da einfach die Beziehungen fehlen bei uns in der Stadt, aufgrund der Topographie, und das ist auch mitentscheidend. Aber nur, man muss wirklich überlegen, wie wirkt sich etwas aus und das nicht nur unmittelbar, sondern wie wirkt sich das in den nächsten zwei, drei, vier, fünf Jahren aus. In Krems zum Beispiel hat es gedauert. Die haben, weil bei denen ist es möglich, eine Fußgängerzone. Aber auch bei denen hat es natürlich eine Zeit gedauert, bis sich dieser Belegungseffekt wirklich umgesetzt hat. Ich glaube es wäre ein Irrglaube, wenn wir jetzt etwas verändern und glauben, und am Schlag „erschieben“ sie uns am Stadtplatz und er ist ganz voll und so weiter. Wo ich vollkommen bei ihnen bin ist, dass man sich Nutzungen überlegen muss. Es genügt nicht, einen Freiraum zu schaffen, sondern ich muss mir überlegen, was fange ich mit dem Freiraum an. Wir haben ja geglaubt, dass wir einen Freiraum schaffen für die Passanten, dass die mehr Platz haben. Das ist nicht möglich. Weil es ist nicht einmal möglich, dass der Markt zurückrutscht bis zum Rigol, so wie es eigentlich ursprünglich immer vorgesehen war. Nein, die sind nach wie vor mitten am Gehsteig, dass man nicht einmal mehr vorbei kann. Und der Freiraum wird genutzt, dass man Autos dort abstellt, PKW's die nicht benötigt werden zum Verkaufen aus dem Auto heraus, sondern aus Bequemlichkeitsgründen. Weil da gibt es geschlossene Verkaufsanhänger, den kann er zusperren, kann sein Auto wegstellen. Das wird nicht in Anspruch genommen, weil es ist so herrlich, jetzt haben wir einen Platz, jetzt können wir unsere Autos noch schöner dort parken. Und wenn man das als Verständnis für verkaufsfördernde Maßnahmen hat, ich glaube, dann liegt man mit Sicherheit falsch. Und darum ein klares Ja, Nutzungen gehören überlegt, aber ich wünsche mir wirklich ein bisschen mehr Mut.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächste und zum zweiten Mal zu Wort Frau Kollegin Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich wünsche mir nicht nur den Mut, sondern ich wünsche mir auch wirklich diese Kooperation, von der ich gesprochen habe Herr Bürgermeister. Und das ist es nicht wenn ich sage, die Beamten arbeiten einen Vorschlag aus und wenn der dann fertig ist, setzt sich die Politik zusammen, sondern das soll ein Gemeinsames sein, das man da entwickelt. Ein Gemeinsames von allen politischen Fraktionen, von allen Beamten die damit zu tun haben, damit auch der Informationsstand gewährleistet ist. Und jeder hat ja auch so seine persönlichen Erfahrungen. Und ich denke mir es spricht nichts dagegen, so einen „Denkerleinausschuss“ zu machen. Ich bin völlig bei dir, Kollege Prack. Wenn das dann wieder so besetzt ist nach „Macht“, dann wird das nicht allzu viel Sinn machen. Nennen wir es Arbeitskreis, wie auch immer, mir gefällt das Wort Arbeitskreis auch nicht. Aber einfach eine Möglichkeit, wo politische Diskussion stattfindet. In einem Rahmen, wo die Fachbeamtschaft dabei ist, wo die Kommunikation funktioniert und wo auch wirklich das stattfindet, was ich nach wie vor einfordere, weil meines Wissens es nicht vorhanden ist, man mag mich belehren, ein wirklich sinnvoll aufgesetztes Projektmanagement. Wo es ein Projekthandbuch gibt, wo ganz genau steht wie die Szenarien sind. Und das halte ich für ganz wichtig. Jedes Großprojekt wird so abgewickelt und auch wir in der Stadt denke ich mir schaffen das. Wir haben die Kapazitäten, wir haben die Ressourcen und wir haben auch Leute, die das „Know How“ dafür haben. Und ich ersuche dich nach wie vor das zu machen, damit wir wirklich auf einer sachlichen Ebene alle Vor- und Nachteile, gewisse Dinge, ausmerzen können, darüber diskutieren können und nicht eben, dann kommt ein Vorschlag und die Gefahr ist dann, lieber Kollege, lieber Herr Bürgermeister, ja auch Kollege, wenn dann ein Vorschlag wieder da ist, der ausgearbeitet ist und dann ganz schnell die politische Diskussion, dann passiert wie-

der das, was der Kollege Mayrhofer schon angesprochen hat, der Kompromiss vom Kompromiss vom Kompromiss, wo am Schluss dann rauskommt, eigentlich gefällt es niemandem. Das ist ein laufender Prozess und da sollte sich die Politik einklinken, auch weil sie letztlich die Verantwortung dafür trägt, was hier am Stadtplatz passiert oder nicht passiert. Und zum Kollegen Kaliba. Ich weiß schon, das mit den 15 Minuten. Das geht sich nicht mit der Regelung der Kurzparkzone aus. Aber ich habe schon gesagt, das ist ein Arbeitstitel, 15 Minuten.

Unverständliche Zwischenmeldung

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Wenn ich es nicht schaffe, dass ich das aufgrund der geltenden Straßenverkehrsordnung umsetze, dann habe ich halt die Möglichkeit 10 Minuten zu halten. Ist das auch schon eine Sache, die funktionieren würde. Einfach um nicht eines zu erreichen, dass Personen, die nur kleine Erledigungen haben, den Stadtplatz nicht mehr besuchen können. Und lieber Kollege Zöttl, ja du passt gut auf und, das habe ich damals gesagt, nur damals ist damals, heute sind die Rahmenbedingungen gänzlich andere, damals hatten wir keine Garage und man muss logischerweise, lieber Kollege, wenn sich die Zeiten ändern, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, dann muss man logischerweise auch seine Auffassung ändern und das was man an Aktivität tut, damit die Dinge wieder stimmig werden. Und jetzt sind sie nicht stimmig. Das sieht jeder von uns, der auf den Stadtplatz schaut. Und unser Ziel sollte am Schluss sein, dass da was herauskommt, was für alle passt. Und ein wesentlicher Punkt, und auch hier sollte die Politik genau in so einem Arbeitskreis darüber nachdenken, wie schaut denn so eine Fußgängerzone dann tatsächlich aus. Weil da bin ich bei meinen Vorrednern. Das macht nur dann einen Sinn, wenn das attraktiv ist, wenn das so gestaltet ist zu sagen, da fährt kein Auto, jetzt haben wir eine Fußgängerzone, das ist es nicht. Da gehört ein Flair hin, da gehören bauliche Maßnahmen, da gehören Atmosphären geschaffen, aber das sollten wir alle gemeinsam erarbeiten und nicht mit einem fixen Vorschlag dann wieder kommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf vielleicht, bevor der Kollege Hingerl noch dran ist, etwas klar stellen. Wir haben in diesem Gemeinderat ein Konzept im Grundsatz beschlossen. Nach der letzten Wortmeldung habe ich das Gefühl, dass die Frau Michaela Frech die Diskussion von vorne beginnen möchte. Wie könnte denn so etwas aussehen? Und machen wir einen Arbeitskreis und dann überlegen wir uns was. Das Konzept „Stadtplatz neu“ gibt es. Das hat der Architekt Hertl entworfen, mit einer Arbeitsgruppe diskutiert und mit vielen, vielen Betroffenen am Stadtplatz diskutiert. Dafür haben wir uns bekannt. Da gibt es einen Beschluss. Und auf Basis dieses Konzeptes, wo wir sogar Finanzmittel im Grundsatz auch beschlossen haben, und ich erinnere nur „5-Plätze-Konzept“ falls sich wer nicht mehr daran erinnern kann. Anhand dieses Konzeptes arbeiten jetzt die Fachbeamten an der Umsetzung. Und dann wird es einen Vorschlag geben. Das ist ja gar nichts Schlechtes, da brauche ich ja kein Projektmanagement. Und das heißt ja nicht, dass es einen Vorschlag gibt, den ich auch für gut halte, dass die Politik dann schnell, schnell, schnell entscheiden muss. Wieso denn? Aber ohne Vorschlag, ohne was dieses Konzept, was ein Architekt gemacht hat und abgesprochen hat oder zumindest vorgestellt hat den viele, vielen Menschen die da arbeiten und Geld verdienen. Dass man schaut, klopft man das ab, was ist denn realistisch machbar, was geht denn vielleicht technisch gar nicht. Dass sie dann nicht, und erst dann die Politik einbindet. Das erscheint mir schon sehr logisch und schlüssig. Weil sonst fängt man wirklich bei Adam und Eva an und beginnen von vorne, und sind lauter Experten. Alles was du sagst, ist wahrscheinlich dann besonders wichtig und das andere ist weniger wichtig. Da geht es auch nicht, dass da Machtverhältnisse sind. Wir haben einen Apparat, der sich das anschaut und der macht der Politik einen Vorschlag, so wie in vielen, vielen anderen Bereichen auch. Das geht gar nicht um Tempo. Wir haben ein Konzept beschlossen, weil wir uns bekannt haben und das arbeiten wir jetzt ab. Und wenn Anfang des Jahres im Jänner oder Anfang Februar ein Vorschlag da liegt der Fachbeamten, abgesprochen mit dem, der das Konzept entwickelt hat, dann können wir uns einklinken und einbringen in jeder Art. Und wie der Ausschuss dann heißt

oder Arbeitskreis, ist völlig egal. Ich warne nur davor jetzt so zu tun, wie wenn wir bei Null anfangen und wir setzen uns jetzt alle zusammen und jeder im Gemeinderat hat Ideen wie es aussehen könnte. Die Grundpfeiler wissen wir eh und das Rad brauchen wir in der Stadt Steyr auch nicht neu erfinden. Fußgängerzone ja oder nein, das Rad haben wir schon gehabt mit dem Waffenrad, also, waren wir überall vorne dabei. Mut, den kann man eh nicht kaufen. Wer sagt, dass wir nicht mehr Mut beweisen können. Es kommt, noch einmal ich wiederhole mich, der 1. März, wo die Schanigärten kommen. Da müssen wir eine ansehnliche Lösung schon präsentieren, mit fast gar keinen Parkplätzen. Das war im Vorjahr auch schon nicht. Nur im Sommer fällt es niemandem auf und da beschwert sich auch niemand. Ein Stichwort, dann höre ich auf. Es gibt gar nicht so wenige Ärzte die sagen unmöglich, wenn keine Parkplätze mehr am Stadtplatz sind. Das ist für die Ärzte und für die Betroffenen unmöglich. Nur ein Beispiel von vielen wo man sagt, es gibt schon auch eine Gruppe die sagt, wir brauchen Parkplätze. Es ist nicht so, dass jetzt die, die die öffentliche Meinung attestiert, alle sind für den autofreien Stadtplatz. Ist eh klar, der der nichts zu tun hat und kein Geld verdienen muss und keine Klienten hat, der sagt natürlich, wozu brauche ich Autos? Ist ja logisch. Aber daraus zu schließen, dass das auch das einzig Richtige ist und das Gescheiteste für den Stadtplatz, wäre auch falsch. Es wird den Vorschlag geben, ich hoffe da hat niemand was dagegen. Die arbeiten schon intensiv zusammen, sind schon dreimal zusammengesessen. Und dann wird sich die Politik einklinken und kann dann eine beschlussreife Geschichte auf den Tisch bringen, die hoffentlich dann mehrheitsfähig ist, das ist mein Zugang. Der Kollege Hingerl ist am Wort.

Unverständliche Zwischenmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Möchte noch jemand das Wort? Wir haben jetzt ungefähr 1,5 Stunden über den Stadtplatz diskutiert. Da können wir noch ein halbes Jahr diskutieren.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, du bist mir noch eine Antwort schuldig geblieben. Wer ist jetzt in dieser Steuerungsgruppe?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Leiter ist der Magistratsdirektor, der hat den Auftrag von mir, diese Arbeitsgruppe zu leiten und die Teilnehmer kann der Herr Magistratsdirektor hoffentlich dann auswendig dir mitteilen. Bitte Kollege Schauer.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER (vom Platz aus):

Nur die Frage zur weiteren Sitzung. Es gibt eine am 18. Jänner und eine Ende März. Haben wir dann den Fachvorschlag, wenn am 1. März die Schanigärten stehen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich weiß es nicht, wenn es den Fachvorschlag geben wird können. Ich bin dort nicht in der Arbeitsgruppe. Da ist ganz bewusst einmal die Politik draußen, nachher werden wir uns einklinken. Es ist eine Zielsetzung, dass wir im März vielleicht was beschließen können. Und rechtzeitig vorher muss sowieso die Politik sagen, passt uns das oder nicht, weil ich gebe keinen Vorschlag in den Gemeinderat wo alle sagen, das ist ein Blödsinn. Es wird die Details geben, selbstverständlich. Aber wie gesagt, ich will nicht wieder bei null anfangen müssen.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

60 Minuten Parkdauer für einen Arzt, bringen dem Arzt gar nichts.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe auch nicht gesagt, dass die Ärzte das fordern. Ich habe nur gesagt, dass es auch eine Gruppe gibt.

Unverständliche Wortmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wie gesagt, es gibt viele, viele Punkte. Es ist so wie beim Fußball, weiß jeder wie es geht. Aber wir haben ein Konzept und einen Grundsatz beschlossen, daran wollte ich eigentlich nur erinnern. So wir kommen zur Abstimmung. Noch eine Wortmeldung? Schlusswort, Entschuldigung. Reinhard als Referent, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ich versuche einiges zusammen zu fassen und es hat auch natürlich meine Färbung dazu. Zum Grundsatzbeschluss glaube ich, muss man schon ein bisschen relativieren. Einerseits hat sich gezeigt, ich will nicht beteiligte Architekten jetzt irgendwie kritisieren. Aber, wenn zwischen dem, was auf den Plänen aufgezeichnet ist und dem, was die Bevölkerung bis hin zu, es wurde ja hier berichtet, dann bemerkt, wenn die Autos da stehen mitten am Stadtplatz, wenn das so eine Diskrepanz ist, dann ist das Vertrauen in die Planungsleistung etwas erschüttert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf ich ganz kurz, der Hertl hat die Autos nicht hineingezeichnet, das war die Politik. Nur dass der Architekt dann außen vor ist. Weil für den Architekten (*unverständlich*)

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Wenn das so ist, dann höre ich es gerne. Weil ich eigentlich von Architekten eine hohe Meinung habe.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein partizipativer Prozess gewesen, wo dann Hunderte dabei waren.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Hundert glaube ich nicht, aber okay. Der Grundsatzbeschluss hat sich aber auf eine Zeichnung bezogen, ob es jetzt von Hertl ist oder von wem immer, einerseits und andererseits waren manche Punkte schon damals völlig widersprüchlich. Einen Platz oder Markt oder wie immer es dann genannt wurde in den verschiedenen Phasen, zwischen Pfarrgasse und Marienkirche zu machen und zugleich dort den ganzen Verkehr Richtung Ennskai zu führen, das ist sinnlos. Es kann nicht ein Platz und eine Durchzugsstraße am selben Ort sein. Also da musste schon klar sein bei dem Grundsatzbeschluss, das wird so nicht gehen. Da werden wir noch darüber reden müssen. Und es wurde ja auch vereinbart auf ausdrücklichen Wunsch, dem ich zugestimmt habe und viele vom Vizebürgermeister Zöttl, dass jede einzelne Maßnahme in diesem Grundsatzbeschluss in den zuständigen Ausschüssen zu behandeln und Beschluss zu fassen ist darüber. Jede einzelne Maßnahme. Das heißt nicht, dass wir irgendwann im März einen Gesamtvorschlag bekommen, wie es jetzt aussehen soll und dann kann man Ja oder Nein dazu sagen. Also da ist noch manches offen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wenn es dazwischen Ausschüsse gibt.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Wie auch immer. Ich möchte das jetzt nicht unnötig ausdehnen. Unser Antrag, daraufhin auch dem sogenannten, das haben Verschiedene auch richtig interpretiert, sogenannten autofreien Stadtplatz, Verkehrsberuhigung ist sicher das richtigere Wort, auszuprobieren im Rahmen der Probephase, die ja ein Jahr dauert. Das heißt ja nicht, alle paar Tage jetzt was neues zu probieren, sondern im Rahmen dieser Phase kann durchaus mit den Entscheidungsstrukturen, welche immer das jetzt sind, ob das ein zusätzlicher Sonderausschuss ist oder eine Steuerungsgruppe oder was immer, diese Entscheidungsstrukturen, und wir werden das dann politisch zu diskutieren und abzusegnen haben, können das durchaus auch mitbearbeiten, diesen Gedanken, diesen Vorschlag, auch diese Variante auszuprobieren im

Rahmen dieser doch über längere Zeit gehenden Probephase. In dem Sinn ziehen wir unseren Antrag nicht zurück, sondern halten ihn aufrecht und ich ersuche dann um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben lange diskutiert zu diesem Punkt. Da sieht man, wie emotional dieses Thema Stadtplatz besetzt ist. Aber wenn man so einen schönen Stadtplatz hat und momentan sind wir, ist das der einzige Punkt, wo wir nicht glücklich sind, haben wir Verbesserungsbedarf. Und ich glaube, wir werden das auch schaffen, gemeinsam nämlich. Und der März-Gemeinderat war auch nur eine Vorstellung von mir, falls das zu schnell ist, ist es halt nicht der März-Gemeinderat. Dann werden wir Beschlüsse im April-Gemeinderat fassen. Wir werden genügend Zeit uns nehmen um zu diskutieren und dann die Beschlüsse, so wie wir es ausgemacht haben, einzeln zu fassen, alles was wir investieren. Derzeit haben wir nur ein paar Linien aufgemalt, kaum Geld in die Hand genommen, genau aus diesem Grund. Und wie der Gunter Mayrhofer gesagt hat, es spielt schon eine Rolle jetzt dieses neue Wissen oder die neue Erkenntnis, dass wir da vorne beim Museum wahrscheinlich tatsächlich ein Tor schließen müssen, weil da ein Kran für die Umbaumaßnahmen aufgestellt werden muss. Also da werden wir auch vieles neu denken müssen und sowieso probieren müssen, was wir vorher vielleicht in dieser Kurzfristigkeit vielleicht nicht getan hätten. Also wir kommen jetzt aber zur Abstimmung über den Vorschlag der grünen Fraktion, die Sperre der Kaigasse und einen autofreien Stadtplatz und dies halt auszuprobieren auf 6 Wochen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **5**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **30**

SPÖ 15 – Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

Stimmenthaltungen: **1**

SPÖ 1 – (GRⁱⁿ Silvia Thurner)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen nun zu meinem Tagesordnungspunkt und ich darf dazu den Vorsitz an den Vizebürgermeister Hauser übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir für deinen ersten Antrag das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

12) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. Jänner 2018.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Kanal-Anschlussgebührenordnung, eine Gebührenerhöhung um 2,4 %, basierend auf der Mindestanschlussgebühr und auf einem Erlass des Landes Oberösterreich. Die Diskussion haben wir vorher schon gehabt. Es geht im Kanalneubaugebiet um eine Erhöhung von 2,60 Euro auf 23,10 Euro, von 14,30 Euro auf 14,60 Euro und von 855 Euro Pauschale auf 876 Eur. Und die Mindestanschlussgebühr erhöht sich von 3.390 Euro auf 3.465 Euro. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 20.11.2017 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Jänner 2018 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Verordnung

des Gemeinderats der Stadt Steyr vom über die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung für die Stadt Steyr.

Aufgrund des Interessentenbeiträge-Gesetzes 1958, LGBl. 28/1958 in der Fassung LGBl. 57/1973, und des Finanzausgleichsgesetzes 2017, BGBl. I 116/2016, idgF wird verordnet:

Die Kanal-Anschlussgebührenordnung für die Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 3. Juli 1997, zuletzt geändert durch den Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. Dezember 2016, wird wie folgt geändert:

Artikel I

1. In § 3 Abs. 3 wird der Einheitssatz für Kanalneubaugebiet von EURO 22,60 auf EURO 23,10 pro m² und der Einheitssatz für Kanalaltbaugebiet von EURO 14,30 auf EURO 14,60 pro m² erhöht.
2. In § 3 Abs. 4, Abs. 5 und Abs. 8 werden die Pauschalsätze von EURO 855,00 auf EURO 876,00 erhöht.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2018 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte, Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ich muss mich einfach zu Wort melden, weil nach dem Schlusswort des Referenten hat man ja keine Möglichkeit mehr, sich noch zu Wort zu melden. Und der Willi Hauser hat zuerst gesagt, die Stadt reagiert wie in der freien Marktwirtschaft. Und das kann ich einfach nicht sitzen lassen. Die Stadt hat hier eine marktbeherrschende Stellung. Es besteht sogar Anschlusszwang beim Kanal zum Beispiel. Das heißt, wir haben ein Monopol. Und mit einem Monopol kann man nicht so verfahren wie in der freien Marktwirtschaft. Im Gegenteil, da sind ganz andere Kriterien notwendig. Und da müsste man jetzt ja fast überlegen, ein unlauterer Wettbewerb. Also bitteschön vorsichtig mit solchen Aussagen, wie freie Marktwirtschaft. Das trifft auf uns als Stadt mit Sicherheit in keinster Weise zu.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also da möchte ich schon eines zur Richtigstellung sagen. Ich habe nie gesagt die freie Marktwirtschaft würde so zu sagen einen VBI nicht anheben, das müsstet ihr mir zeigen. Und wir machen auch nur das. Weil in Wirklichkeit ist es so, dass wir uns in einer Situation befinden, wo wir schon des öfteren Dinge ausgesetzt haben, weil wir gesagt haben, wir machen es nicht. Und dann sind wir um 10, 12 bis 15 % höher gegangen und dann hat jeder gesagt, ob wir „angerennt“ sind, um nicht so zu sagen noch ein schlimmeres Wort zu verwenden. Weil letztlich war es dann immer so, und ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass dann die Frau Kollegin Frech da immer da gestanden ist und gesagt hat, also wir müssen schon wirtschaftlich auch denken.

Unverständliche Zwischenmeldung von Frau Gemeindevorsteherin MMag. Michaela Frech.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Willi Hauser, ich habe extra mitgeschrieben und du wirst es im Protokoll nachlesen können. Du hast gesagt, die Stadt reagiert wie in der freien Marktwirtschaft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja genau.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Und das passt nicht. Aber hinten und vorne nicht. Und auf eines möchte ich schon...

Unverständliche Zwischenmeldung

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

...noch einmal darauf hinweisen. Wir reden von Gebühren, nicht von zusätzlichen Steuern. In der Steuereinhebung haben wir Spielräume, bei der Gebührenfestsetzung müssen wir uns orientieren, ist es notwendig, welche Kalkulation ist dahinter und das soll der Bürger durchaus auch wissen. Wir machen hier einen gewaltigen Gewinn damit. Das heißt, wir finanzieren, um Herrn Bürgermeister vorweg zu nehmen, es hat ja nichts ein Mascherl und wir brauchen es für das Gesamtbudget. Aber es ist nicht richtig. Eine Gebühr soll nur in der Höhe eingehoben werden, damit man den laufenden Aufwand und den zukünftigen Aufwand, zum Beispiel für Wasserleitungen, für Kanäle uns so weiter, abdecken kann. Aber es dient eine Gebühr nicht zur Sanierung des Budgets. Und das muss ich einfach einmal sagen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also wer meint, dass man mit 2,4 % Indexerhöhung das Budget im Gesamtvolumen von 146 Mio. Euro sanieren kann, ist auch halbwegs eine mutige Aussage. Ich glaube, dass wir wirklich auch bei der Gebührenerhöhung, kommt ja der Erlass vom Land und es kommt ja nicht nur Schlimmes vom Land, sehr seriös und sehr moderat ist und es wird ja auch eine Leis-

tung dahinter gelegt. Und weil du sagst, Investitionen Kanal, ich erinnere nur daran, dass wir erst unter dem Baureferenten Zöttl und vorher Spöck 5 Mio. Euro investiert haben in ein riesen Kanalprojekt und wir führen das fort, um 640.000,-- verlängern wir jetzt den Kanal zum Taborland hin, und, und, und. Das Geld muss auch woher kommen. So ist es ja nicht, dass man das...

Unverständliche Wortmeldung von Gemeinderat Kommr. Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...dass wir das, genau, einstecken und sagen, da sanieren wir das Budget. Bei Gott nicht. Eine moderate, vom Land vorgeschlagene, veranlasste Erhöhung, die in ganz Oberösterreich vorgeschlagen wird und ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, also der Antrag wurde gehört. Wer also für die Kanalanschlussgebührenordnung ist mit der Änderung Jänner 2018 bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Und wer übt Stimmenthaltung? Die gesamte FPÖ. Okay, damit mit Mehrheit beschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

GR Mag. Kurt Prack
StR. Dr. Mario Ritter
GR Florian Schauer
GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: 32

Zustimmung: 18

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)
GRÜNE 3 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: 5

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: 9

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Punkt, noch eine Gebührenordnung, dasselbe Schema. Die Oberösterreichische Landesregierung hat mitgeteilt, dass die Mindestbenutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigungsanlagen für das Jahr 2018 von 3,75 Euro/m³, nur dass man sich hier auch ein bisschen den Kubikmeter vorstellt, wieviel Wasser das wirklich ist, dass die 3,75 jetzt erhöht werden soll, auf 3,75 Euro erhöht werden soll und der ausgehende Betrag war 3,68 Euro. Also von 3,65 Euro für den Kubikmeter auf 3,75 Euro, das sind 2 %. Und die absoluten Summen sind wichtig, auch dass man sich das ein bisschen vergegenwärtigt. Ich ersuche um Beschlussfassung. 3,68 Euro auf 3,75 Euro – 7/10 Cent.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 13. November 2017, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2018 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

**KANALBENÜTZUNGSGEBÜHRENORD-
NUNG DER STADT STEYR**

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom
.....

Die Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 26. November 1998, GemKAN-26/98 i.d.g.F., zuletzt geändert durch Beschluss des Gemeinderates vom 15.12.2016, wird wie folgt geändert:

Artikel I

§ 4 Abs. 2 hat zu lauten:

Die Höhe der Kanalbenutzungsgebühr beträgt für jeden Kubikmeter Wasser, der auf dem angeschlossenen Grundstück entweder aus der städtischen Wasserversorgung oder aus einer anderen Versorgungsanlage verbraucht wird,

- **ab 1. 1. 2018** **€ 3,75.**

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2018 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um Zustimmung für den Antrag Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr. Wer dafür

ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Und wer übt Stimmenthaltung? Danke, ebenso mit Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

StR. Mag. Reinhard Kaufmann

StR. Dr. Mario Ritter

GR Florian Schauer

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **18**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

GRÜNE 3 – (GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **5**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **9**

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

14) Ges-6/12

3. Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Punkt 3. Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag mit den Stadtbetrieben Steyr. Da geht es eigentlich nur um eine Nachschärfung eines Vertrages, wo Leistungen abgegolten werden in Bargeld. Und zwar geht es hier um die abfallwirtschaftliche Leistung der Kommunalbetriebe Steyr, für die nunmehr ein jährliches Pauschalentgelt in der Höhe von 1,440.000 Euro vereinbart wurde, weil die vorher bestehende Vereinbarung mit 1,370.000 Euro die Kosten nicht mehr gedeckt hat. Gleichzeitig wird die Position in der Personalverwaltung, dieses jährliche Pauschalentgelt in Höhe von 51.000 Euro, ersatzlos gestrichen, weil die Personaleinheit im Endeffekt auch zur Stadt zurückgekehrt ist. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 27.11.2017 wird dem Abschluss eines dritten Nachtrages zur Vereinbarung vom 22.03.2012

über die Erbringung von Dienstleistungen und deren Abgeltung zwischen der Stadt Steyr und der SBS GmbH (Dienstleistungsvertrag) entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zu den dort festgehaltenen Bedingungen zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um Abstimmung. Wer mit dem 3. Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der ist einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 5

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech
StR. Mag. Reinhard Kaufmann
StR. Dr. Mario Ritter
GR Florian Schauer
GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der letzte Tagesordnungspunkt, Voranschlag. Bitte sehr.

15) Fin-100/17

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2018.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Medienvertreter. Die heutige Beschlussfassung für den Voranschlag der Stadt Steyr stellt ja für uns ein Novum dar. Erstmals werden wir das Budget in Kapiteln zur Abstimmung bringen und damit befinden wir uns in guter Gesellschaft. Der Oö. Landtag macht das und auch die Landeshauptstadt Linz geht auf diese Weise vor. Den Wunsch nach Kapiteln abzustimmen gibt es ja schon länger und bei der Budget-Gemeinderatssitzung im Vorjahr habe ich ja auch betont, dass diese Vorgangsweise für die SPÖ-Fraktion und natürlich auch für mich als Finanzreferent durchaus ebenfalls denkbar ist. Weil unterm Strich bleibt ja ohnehin das Faktum, dass das Gesamtbudget eine Mehrheit finden muss und somit auch jedes einzelne Kapitel. Nachdem die Budgetgespräche ja wieder sehr konstruktiv verlaufen sind, gehe ich davon aus, dass wir heute auch mit dem neuem Modus das Budget für 2018 wieder mit einer breiten Mehrheit beschließen werden. Und zwar deshalb, weil es ein gutes und ein solides Budget ist. Weil es ein Budget mit Augenmaß und dem Blick für das Wesentliche und Machbare ist und weil es nicht zuletzt auch ein Budget ist mit Weitblick und gestalterischer Kraft für die Zukunft, wo wir sämtliche für uns gemeinsam, gemeinsam wichtigen Großprojekte die Finanzierung sicherstellen. Gleichzeitig aber die Finanzierung sicherstellen für die Vielzahl der übrigen Aufgaben und Leistungen, die die Basis bilden für das klaglose Funktionieren in unserer Stadt, für die soziale Sicherheit sowie die insgesamt überdurchschnittlich hohe Lebensqualität. Dass auch das Budget 2018 wieder nach den Prämissen Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit erstellt wurde, versteht sich von selbst. Denn auch wenn die Konjunkturentwicklung im heurigen Jahr schon sehr gut verlaufen ist und die Prognosen für 2018 und 2019 noch viel besser sind, wollen wir die 2009 gezielte Konsolidierung unserer Finanzen fortsetzen. Denn wie aktuelle Beispiele zeigen, gibt es ja ohne unser Zutun leider immer wieder aufs Neue unerfreuliche Überraschungen von übergeordneten Stellen, die unsere Sparbemühungen konterkarieren und sich somit unmittelbar finanziell negativ auf unseren Haushalt auswirken. Zwei Stichworte dazu ganz kurz, Streichung der Landesförderung für die Nachmittagsbetreuung habe ich schon gesagt, Übertragung der administrativen Aufgaben an die Stadt. Wir haben das hochrechnen lassen, alles was wir jetzt da tun müssen an

Zeit und Personalressourcen, wird im Jahr ungefähr 30.000 Euro ausmachen. Interessiert aber niemanden, das ist einfach so, es wurde so verordnet, wir haben das auch durchzuführen, wir haben natürlich auch die Fachleute dazu, aber das kostet. Zweites Stichwort Pflege-regressabschaffung. Grundsätzlich gibt es kaum jemanden, der das nicht begrüßt, ein positiver Gesetzesbeschluss aber bei weitem nicht zu Ende gedacht. Nur der mangelhafte Gesetzestext, wenn man sich das anschaut, das ist ein Gesetz, der alle die es umsetzen müssen wirklich eher rat- und hilflos zurück lässt. Und eine Annahme für die Mehrkosten bei diesem Gesetz, die verdienen nicht einmal den Titel Schätzkosten „Pi mal Daumen“ und aus diesem Grund auch Klagen oder schwebt auch über allen österreichischen Kommunen natürlich auch über der Stadt Steyr das Damokles-Schwert, dass der Bund die Gegenfinanzierung nicht zur Gänze übernimmt. Was dann alle Städte und Gemeinden in Österreich tun sollen, das weiß ich nicht, das weiß niemand. Aber trotz dieser Widrigkeiten, man kann nur sagen, das überrascht uns ja eigentlich hier nicht. Das ist ja immer wieder so, trotz dieser Widrigkeiten von „oben“, liebe Kolleginnen und Kollegen, schlagen wir uns in dieser wunderschönen Stadt Steyr finanziell durchaus beachtlich. Das heißt nicht, dass auf einmal der Reichtum ausgebrochen wäre, Beileibe nicht. Wir kämpfen noch immer mit einem Minus, das wir vorerst im Voranschlag 2018 mit 2,497 Millionen ausweisen. Wenn man aber in Betracht zieht, welche finanziellen Belastungen wir in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, aufgebürdet bekommen haben, speziell im Sozial- und Gesundheitsbereich, dann können wir glaube ich trotzdem mit dem bisher Erreichten durchaus zufrieden sein. Denn wir haben trotz dieser Widrigkeiten die letzten sechs Jahre, muss ich wirklich aufpassen, vor allem Kollege Freisais, ich habe es schon einmal gesagt, die letzten sechs Jahr hintereinander in unseren Budgets nicht nur keine Schulden gemacht, also sechs Mal hintereinander keine Netto-Neuverschuldung, sondern wir haben jedes Jahre die Schulden sogar reduziert. Und diese positive Serie setzen wir auch im Budget für 2018 fort. Gleichzeitig haben wir, und das ist ja auch eigentlich ganz was Wesentliches, haben wir trotz Sparkurs unser hohes städtisches Leistungsniveau in sämtlichen Dienstleistungsbereichen nicht nur gehalten sondern zum Teil sogar noch verbessert. Und wir haben gleichzeitig, das Wichtigste, auch noch massiv in Zukunftsprojekte investiert und diese auch finanziert. Und diesen Weg, bin überzeugt davon, werden wir konsequent weitergehen. Wir sorgen dafür, dass der Steyrer Magistrat mit seinem vielschichtigen Leistungsangebot sowie die städtischen Unternehmungen und Betriebe auch in Zukunft von den Bürgerinnen und Bürgern als schlanker, effektiver und leistungsorientierter Dienstleistungsapparat wahrgenommen werden und erlebt werden. Und wir sorgen gleichzeitig dafür, gezielt in die Zukunft, in wichtige Bereiche zu investieren, dass erneuert wird, dass modernisiert wird in unserer Stadt. Doch dazu im Detail etwas später. Ich darf zu den konkreten Zahlen für den Voranschlag 2018 kommen. Der ordentliche Haushalt inklusive des vorliegenden Abänderungsantrages weist Einnahmen in der Höhe von 132.226.400 Euro aus und Ausgaben in der Höhe von 134.724.100 Euro. Und der Abgang in der Höhe von 2.497.700 Euro ist durch Rücklagen gedeckt. Der außerordentliche Haushalt ist ein bisschen höher als im Vorjahr, beträgt 11.511.400 Euro. Das ergibt wirklich ein beachtliches Gesamtbudgetvolumen, so hoch war es noch nie, von 146.235.500 Euro. Wie finanzieren wir diese großen Summen? Größte Einnahmequelle, eh klar, die Ertragsanteile, das ist unser Anteil an den Bundessteuern, die wir dann mit einem ganz speziellen Schlüssel, die nur ganz wenige tatsächlich verstehen und nachvollziehen können, zur Verteilung gelangen. Und dafür haben wir, also bei den Ertragsanteilen für 2018 45,5 Millionen Euro angesetzt. Wir sind hier dem Landeserlass nicht ganz gefolgt, der wäre ein bisschen niedriger, aber wir sind überzeugt davon, dass eine leichte Steigerung der Ertragsanteile im Vergleich zum Vorjahr auf alle Fälle realistisch ist. Zweithöchste Einnahmequelle Kommunalsteuer, die direkt mit der Anzahl und den Gehältern der in Steyr Beschäftigten in Zusammenhang steht. Für die Kommunalsteuer haben wir 2018 Einnahmen in Höhe von 27 Millionen veranschlagt. Eine Million mehr als im Budget 2017, aber nur 0,7 Mio. mehr als wir für 2017 und da haben wir die Hochrechnung schon fast konkret, an Kommunalsteuer tatsächlich einnehmen werden. Wir werden laut den Berechnungen vom Mag. Lemmerer bei rund 26,3 Mio. Einnahmen bei der Kommunalsteuer 2017 landen. Haben wie gesagt für 2018 27 Mio. budgetiert. Wir haben aber nicht nur große Einnahmenpositionen, da kann man sich gar nicht beschweren. Ertragsanteile, Kommunalsteuer entwickelt sich gut. Diese Delle, die 2009 und 2008 durch die Finanzkri-

se entstanden ist, haben wir nicht aufgeholt, aber es entwickelt sich gut. Aber die Ausgabenpositionen sind dementsprechend auch gestiegen. Was ist der höchste Budgetposten in einem Dienstleistungsbetrieb wie der Magistrat oder wie unsere Betriebe sind, selbstverständlich die Personalkosten. Für diesen Posten haben wir 2018 mit 26,15 Millionen Euro wiederum sehr knapp budgetiert. Denn das sind lediglich 19,45 % des ordentlichen Haushalts. Ein wirklich sehr, sehr guter Wert. Und bei den Personalkosten möchte ich einmal mehr darauf hinweisen und betonen, dass es uns in diesem sehr sensiblen Bereich in den letzten Jahren wirklich gemeinsam gelungen ist, nachhaltig zu sparen und das bei gleichbleibend sehr hoher Qualität. Ein enorm hoher Budgetposten ist 2018 wieder der Krankenanstaltenbeitrag. Er ist zwar nicht wie im Vorjahr, das war das letzte Finanzjahr unter dem Altlandeshauptmann Pühringer, zum Glück nicht 12,6 %, da wären wir bei Steigerungsraten, das macht was aus und nicht 2 % bis 7 Cent und so. 12,6 % ist letztes Jahr der Krankenanstaltenbeitrag erhöht worden, heuer ist das nicht der Fall. Wir haben aber wieder einen Jahresbeitrag von 10,8 Mio. Euro. Trotzdem wieder eine Erhöhung vom Vorjahr von 12,6 % erhöht noch einmal drauf von 7,85 %. Und diese gigantische Summe, das sind fast 11 Millionen Euro, das muss man sich vorstellen, ist eine unglaubliche Belastung für unser Budget. Wir sind eine Stadt mit 39.000 Einwohnern, nur Krankenanstaltenbeitrag, das ist grenzwertig. Nur nebenbei noch erwähnt, wir haben als Kommune bei der Festsetzung dieses Beitrages überhaupt nichts mitzureden, wir bekommen auch keine Informationen, was da alles hineingerechnet wird, was für ein Prozentsatz und warum und wieso, Gehälter der Ärzte, Gehälter der Pfleger, Erhöhung, neue Kepleruniversität und, und, und. Das ist ein, ja es wird nicht kommuniziert. Wir bekommen die Rechnung, jedes Jahr höher und haben es zu bezahlen. Gut, nehmen wir zur Kenntnis, dass die Schmerzgrenze nicht nur in der Stadt Steyr sondern bei allen Kommunen, die ja genauso belastet sind, auch die kleinen, längst erreicht ist, kümmert nicht wirklich wen. Weil, verstehe ich auch ein bisschen wieder, muss selbst im eigenen Haus schauen, dass man auf null kommt und das Land Oberösterreich hat sich hier auch dieses Nulldefizit, was wir schon länger haben, auf die Fahnen geschrieben und das ist es dann, da muss man wahrscheinlich dann die Kommunen ein bisschen stärker belasten. Aber so ist es. Wir können ohnehin nicht aus. Aber vielleicht nur zur Information, wer es sich nicht gemerkt hat im Vorjahr, das Land Steiermark zum Beispiel, auch ein Bundesland, gar nicht so klein, die heben gar keinen Krankenanstaltenbeitrag ein. Das heißt, die belasten ihre Gemeinden zum Beispiel mit null Euro für die Krankenanstalten. Aber dafür gibt es halt andere Dinge. Aber das nur nebenbei. Nächster großer Budgetposten Jugendwohlfahrt. Ein sehr schwieriges Thema. Wir haben mittlerweile Kosten von 4,81 Million, da sind die Einnahmen und die Zuschüsse schon weg, ein Jahresbudget, wirklich ein extrem hoher Wert. Größter Kostenanteil dabei bleibt die Unterbringung von Kindern in Heimen, extrem teuer, sind ja dort wirklich Spezialisten, die sich um diese armen Wesen kümmern, gefolgt von der ambulanten Betreuung und den Betreuungskosten für Pflegekinder. Ja, Kinderbetreuung, Kindergarten, haben wir heute schon diskutiert. Sachlich, ideologisch oder emotional, egal, die Kinderbetreuung kostet der Stadt Steyr 4.926.500 Mio. Euro, also rund 5 Millionen Euro im Jahr, zahlt die Stadt Steyr 2018 für die Kinderbetreuung in den städtischen wie auch in den privaten Kindergärten, Horten und Krabbelstuben. Und 1,5 Millionen Euro davon betragen nur die Mehrkosten, die uns durch diesen Gratiskindergarten, der 2009 von allen im Landtag damals vertretenen Parteien, das sind dieselben, wie sie es jetzt auch sind, mitbeschlossen wurde. Noch nicht eingerechnet im Budget sind diese administrativen Mehrkosten für die Kostenpflicht am Nachmittag, die da auf die Stadt und die Kommunen jetzt umgewälzt werden. Ist nicht die Welt, habe ich gesagt 30.000 Euro im Jahr schätzen wir, vielleicht werden es weniger. Ein Punkt aber doch noch, wir wissen nicht, und ich hoffe es trifft nicht ein, die Landesrätin Haberlander ist ja guten Mutes, die Hoffnung stirbt zuletzt, die sagt, es wird sich nichts ändern. Wenn wirklich viele Mütter ihre Kinder von der Nachmittagsbetreuung abmelden, dann haben wir noch ein größeres Problem. Weil wir, das stimmt schon, was der Kollege Hauser gesagt hat, wir haben mit unseren Kindergärtnerinnen in der Nachmittagsbetreuung einen Vertrag. Die sind angestellt bei uns und wir haben uns darauf verlassen, dass das so bleiben wird. Wenn hier jetzt eine Änderung stattfindet, dass die Kinder abgezogen werden, weil die Eltern sagen, ich zahle die Nachmittagsbetreuung nicht, dann haben wir ein Problem, nicht die Haberlander, wir haben es wieder. Weil wir müssen uns dann überlegen,

die Kindergärtnerinnen am Nachmittag müssen wir nämlich bezahlen. Aber das sage ich nur nebenbei. Ich wünsche es mir nicht und ich wünsche und hoffe, dass die Frau Haberland Recht hat. Sicher bin ich mir nicht. Gut, das war die Kinderbetreuung. Weiterer hoher Budgetansatz betrifft den Bereich der Sozialhilfe ohne Altenheime. Dafür müssen wir für das kommende Jahr und haben wir für das kommende Jahr 4.669.400 Mio. Euro budgetiert, was zum Großteil auf die weiter steigende Anzahl der Anspruchsberechtigten aus der Mindestsicherung zurück zu führen ist. Und apropos Mindestsicherung, ein viel diskutiertes Thema aktuell, vielleicht interessiert das jemanden genauer, hat die Stadt Steyr 1.450 Mindestsicherungsbezieher, davon sind mehr als 900 österreichische Staatsbürger und rund 500 nichtösterreichische Staatsbürger. Und von diesen nichtösterreichischen Staatsbürgern sind wiederum 343 Personen anerkannte Flüchtlinge bzw. subsidiär Schutzberechtigte, also 313 Flüchtlinge anerkannte und 30 subsidiär Schutzberechtigte. Und weil das auch so in der Öffentlichkeit oft diskutiert und kontroversiell diskutiert wird, die Kosten aus der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten belaufen sich derzeit unter der Berücksichtigung der Refundierungen durch das Land Oberösterreich für die Stadt Steyr von 600.000 Euro. Und bei einem Gesamtaufwand für die Mindestsicherung für die Stadt von ca. 4,15 Millionen sind das 14,4 %. Also so viel zu den Relationen und zu dem, was man anderes vielleicht ab und zu liest. Unabhängig davon bleibt aber natürlich die Tatsache, dass im Gesamtbereich die Sozialhilfe, die Kosten von 2007 bis 2017, mit einem Plus von 64 % exorbitant gestiegen sind und im Endeffekt kaum mehr zu finanzieren sind. Ich komme zum letzten Beispiel für die großen Budgetposten, das ist der Bereich Altenheime, mit unseren Alten- und Pflegeheimen sowie die mobile Heim- und Hauskrankenpflege. Mit erstmals mehr als 9,3 Millionen Euro schlagen sich diese Altenheime und Pflegeheime sowie die mobile Betreuung zu Buche. Eine unglaubliche Summe für eine Stadt in unserer Größenordnung und ich stelle dazu noch einmal fest, ich weiß nicht zum wievielten Mal hier, dass dieses Abwälzen oder auch diese Belastungslawine sowie die Qualitätssteigerung durchaus noch nachvollziehbar und somit begründet ist, weil es ja auch notwendig ist, diese Qualität auch zu bezahlen. Aber das Abwälzen auf die Kommunen und auf die Städte muss ein Ende haben. Wer immer das verordnen kann. Das ist unfinanzierbar, nicht nur für die Stadt Steyr. 9,3 Millionen, das muss man sich einmal vorstellen. Das muss man sich...die Summe geben. Und es bedarf daher wirklich, es bedarf neuer Finanzierungsformen, neuer Budgettöpfe oder auch einer Versicherungsleistung, die hier wirksam werden. Denn das Fortschreiben des Pflegefonds durch den Bund ist absolut unzureichend, das kann sich nie ausgehen. Und angesichts des Pflegeregresses, der gerade abgeschafft wurde, ist es eigentlich, sind die realistisch zu erwartenden Mehrkosten für die Länder und Gemeinden nur zum Greifen und der Pflegefonds ist also beinahe ein Witz. Wir sind stolz, ist glaube ich wichtig auch, bin überzeugt dass wir uns da treffen und keiner eine andere Meinung hat, wir sind wirklich stolz auf die Qualität, die wir bieten für unsere älteren Mitbürger, überhaupt keine Frage. Wir wollen selbstverständlich die bestmögliche und qualitativ hochstehendste Pflege und Betreuung, aber wir können die Kosten mit diesem Verteilungs- bzw. Belastungsschlüssel auf Dauer unmöglich mehr tragen. Da ist die neue Bundesregierung wirklich gefordert. Da bedarf es einer schnellen und effektiven Lösung. Das ist ein Thema, das gesellschaftspolitisch wirklich unter den Nägeln brennt und im Sinne der Betroffenen und vor allem auch im Sinne der Länder und der Gemeinden in dem Fall endlich wirklich gelöst werden muss. Bin gespannt, was hier an Beschlüssen im Bund demnächst gefasst wird. Ich hoffe gute. Zum Abschluss komme ich zum eigentlich schmerzlichsten Finanzthema. Ich sage gleich dazu, es gibt dann einen positiven Teil auch noch. Schmerzliches Finanzthema aus meiner Sicht und aus der Finanzsicht der Stadt, das ist der Negativsaldo. Das ist die Differenz, die sich errechnet, wenn man sämtliche Zahlungen, die die Stadt an das Land Oö. leistet innerhalb eines Jahres mit jenen Beträgen gegenrechnet, die wir vom Land Oö. refundiert bekommen in Form von Fördermitteln oder Zahlungsbeteiligungen. Und ist wahrscheinlich für uns Mandatäre für gar niemanden mehr so überraschend, wenn ich feststellen muss, dass das Delta zu Lasten der Stadt auch 2018 oder für 2018 neuerlich noch größer geworden ist. Und wir reden hier von einer Summe in Höhe von mittlerweile 17,3 Millionen Euro. 17,3 Millionen Euro, meine Damen und Herren, zahlt die Stadt Steyr im kommenden Jahr mehr an das Land Oö. als es vom Land Oö. in Form von Zuschüssen und Subventionen zurückbekommt. Dieser Belas-

tungsdruck, diese Kostenabwältigungslawine durch das Land hat sich gegenüber dem Budgetjahr 2017 neuerlich erhöht, um 600.000 Euro. Und trotz anhaltender Kritik immer währendem Aufzeigen dieser Problematik geht das im Endeffekt da rein, da raus. Die Last bleibt bei uns. Und nur die Steigerung der Belastung dieses oder Steigerung dieses Deltas in den letzten Jahren, in den letzten zehn Jahren, betrug 5 Millionen Euro. 5 Millionen Euro, was könnten wir alles damit tun. Aber das ist so. Ich habe es ja schon angesprochen. Der Hintergrund ist derselbe wie vorher. Das Land OÖ muss auch schauen, dass es auf null kommt. Schuldenbremse alles recht und schön. Steht aber auch eines fest, dass die Belastung der Kommunen und der Städte eigentlich ja bei weitem nicht mehr gerecht ist und eigentlich aufhören müsste, aber das Gegenteil ist der Fall. Aber soweit so ungerecht, meine Damen und Herren, ein vor allem in der öffentlichen Diskussion sehr intensiv beleuchteter Budgetpunkt ist auch der Schuldenstand. Da möchte ich auch noch ein paar Worte dazu sagen. Ich habe bereits erläutert, dass wir seit 6 Jahren in Folge keine zusätzlichen Schulden mehr gemacht haben sondern sie vielmehr reduziert haben. Und wir weisen auch 2018, also zum 7. Mal hintereinander, keine Netto-Neuverschuldung auf. Konkret wird der aktuelle Schuldenstand der Stadt im Budget 2018 mit 65.834.600 Euro ausgewiesen. Dazu kommen noch die 600.000 Euro, die wir im Abänderungsantrag vorgesehen haben. Aber wir werden auch im kommenden Budget, ich habe es zuerst gesagt, wiederum Schulden abbauen, und zwar neuerlich fast 1 Million weniger Schulden, genau sind es 848.000 Euro. Das geht so, in dem wir 7.623.000 Euro tilgen und lediglich 6.775.000 Euro neu aufnehmen. Unabhängig davon betone ich noch einmal, dass diese Schulden, zumindest in der Stadt Steyr, alle Werte gegenüberstehen, die weit über dieses Ausmaß der Schulden darüberstehen, ich habe es glaube ich letztes Jahr auch so, so aufgezählt. Allein die drei neuen Altenheime, die wir gebaut haben, haben einen Wert von 40 Millionen Euro, die neue VS Resthof sind 5 Millionen Euro, das Betreute Wohnen auf der Ennsleite 3 Millionen, Amtsgebäude Reithoffer 11 Millionen und da reden wir noch gar nicht vom Kanal 5 Millionen noch dazu und, und, und. Und von den Straßen. Aber das ist schon zu viel des Guten. Wie jeder weiß, Schulden stehen Werte gegenüber, die Neubilanzierung, die neue Budgetierung, die vom Bund angeregt wurde oder eigentlich verordnet wurde, wo wir gemeint haben, dass wir schon 2019 als Stadt Steyr diese Bilanz legen müssen, nicht mehr über die Kameralistik darlegen. Das wird jetzt 2020 erst kommen. Aber da wird man dann erstmalig sehen, Schuldenstand, Werte die gegenüberstehen, und da liegen wir sehr, sehr gut. Das noch dazu. Ja, jetzt endlich zum wirklich wichtigsten und gleichzeitig auch erfreulichsten Teil unseres Budgets für 2018. Das sind die Investitionen. Denn wir stellen im Jahr 2018 wieder für eine Vielzahl von Leistungen und Vorhaben und Projekten die finanzielle Basis sicher und sichern somit auch die positive Weiterentwicklung in den wesentlichsten Bereichen unserer Stadt. Ich darf hier gleich an erster Stelle unser größtes und aktuellstes Projekt im kommenden Jahr nennen, das ist die Aufstiegshilfe Tabor. Das Siegerprojekt haben wir ja erst am Dienstag gekürt und jetzt geht es an die Umsetzung, geht es um die Planung und Detailplanung, Ausschreibungen und vieles mehr. Die Finanzierung, wurde schon gesagt, werden die Stadtbetriebe Steyr abwickeln, was steuertechnische Vorteile bringt, Ausführung selbstverständlich in der Bauabteilung, in bewährter Manier. Da haben wir schon sehr, sehr gute Leute. Aber ich sage nur, die reinen Errichtungskosten, weil es ist gefallen, dass es gar nicht so teuer ist, ich glaube die Michaela hat das gesagt, die Kosten sind gar nicht so hoch. Aber die Kosten sind schon sehr hoch. Aber ich bin sehr dafür. 1,7 Millionen sind nur die Errichtungskosten und ungefähr 1 Million rechnen wir noch dazu, was an Architekten, Statikerkosten und, und, und. Vorplatzgestaltung, wir sind in Summe dann bei fast...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Es ist machbar.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...3, weil wir so sparsam haushalten. Fast 3 Millionen, die wir dafür notwendig haben werden. Aber meine Damen und Herren, wir setzen mit dieser Aufstiegshilfe, bin nach wie vor ganz begeistert, wirklich ein Ausrufezeichen in dieser Stadt. Da schaffen wir wirklich etwas Großes und Sinnvolles für unsere Bürger, in dem wir einen ganzen Stadtteil bequem und

fußläufig an die Innenstadt anbinden. Ich denke, da kann man sich wirklich gemeinsam auch darüber freuen. Im Spätherbst 2018 werden wir wahrscheinlich mit der Errichtung beginnen, soll es Frühjahr 2019 werden ist es auch egal. Wir wollen das gut vorbereiten und spätestens im Herbst 2019 werden wir diese Aufstiegshilfe in unserer Ära tatsächlich eröffnen können und dann werden wir von A nach B fahren können und das wird auch ein richtiges „Landmark“ auch sein. Also das Projekt, was ausgewählt wurde, ist wirklich toll. Ich komme schon zu einem anderen Punkt, zu unseren Pflichtschulen. Auch ein wichtiger Bereich. Wir werden in den Pflichtschulen ab dem kommenden Jahr mit einer WLAN-Offensive hineingehen. Wir haben für 2018 500.000 Euro vorgesehen und 2019 nochmals 400.000 Euro zur Verfügung stellen. Damit stellen wir sicher, dass in allen unseren Neuen Mittelschulen und Volksschulen WLAN nicht nur in einem Raum oder in zwei Räumen zur Verfügung steht, sondern in allen Schulräumlichkeiten das Internet in entsprechender Bandbreite, Schnelligkeit und Qualität zur Verfügung stehen wird. Und parallel dazu läuft ja unsere Investitionsoffensive in den städtischen Schulgebäuden weiter, wo wir in Summe zusätzlich eine Million Euro für die Verbesserung bzw. Modernisierung der Schulgebäude bzw. der Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Verbesserungen reichen, wie sie wissen, vom komplett neuen Turnsaal über die Malerarbeiten, Elektrik, Sanitär bis hin zu Akustikdecken, neuem Mobiliar und vielem mehr. Und schließlich beginnen wir auf Anraten der Sachverständigen 2018 auch noch mit der Optimierung des Brandschutzes in den zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Schulgebäuden. Die Gesetzeslage hat sich ja in den letzten Jahren auch hier verändert in Sachen Brandschutz, die Vorschriften wurden verschärft. Und als Schulerhalter reagieren wir selbstverständlich darauf und setzen jetzt ein Brandschutzmaßnahmen-Gesamtkonzept in Etappen um und haben im Abänderungsantrag, wie sie sehen, 707.000 Euro dafür im Budget vorgesehen und das wird nicht reichen. Das ist die erste Etappe, wir werden dann 2019, 2020 mehr Gelder aufbringen müssen, um die nächsten Schulen dann 100%ig abzusichern. Und weil ich gerade bei den Schulen bin und somit auch bei der Bildung. Es ist glaube ich nicht allgemein so bekannt, was wir als Stadt auch als Fachhochschulstandort leisten, nämlich auch finanziell leisten. Wir leisten einen Pflichtbeitrag pro Student und pro Studentin hier in dieser Stadt, das ist so vereinbart mit dem Land Oberösterreich. Den Großteil der Kosten trägt der Bund und das Land gemeinsam. Aber die Standortgemeinden leisten ebenfalls einen Beitrag. Der ist mittlerweile bei 650 Euro im Jahr pro Kopf. Und in dem wir ja, was ja erfreulich ist, steigende Studentenzahlen haben und jetzt mit dem neuen Fachhochschulgebäude noch einmal zusätzlich Studenten hier nach Steyr bringen werden. Momentan sind wir bei einem Jahreskostenanteil für die Fachhochschule, oder diesen Pro-Kopf-Anteil, von knapp 900.000 Euro. Und mit dem neuen Zubau oder mit diesem neuen Fachhochschulgebäude werden wir sehr, sehr schnell bei der Million angelangt sein. Eine gute Investition in die Bildung und ein weiteres Zeichen für den Bildungsstandort in unserer altehrwürdigen Stadt. Und dann haben wir für die jungen Steyrerinnen und Steyrer, die in anderen österreichischen Universitätsstädten hier in Österreich studieren, ja auch vor einigen Jahren einen Zuschuss zur Finanzierung der Öffi-Tickets beschlossen am Studienort, wofür wir weitere 20.000 Euro im Budget vorsehen. Mittlerweile glaube ich ist es wirklich durch alle Studierenden, die in Steyr noch gemeldet sind, holen sich den Zuschuss. Und wie gesagt, ungefähr 20.000 Euro zahlen wir dafür mit und das ist auch gut so. Ja, alles zusammen, ich hab es eh schon gesagt, gewaltige Beträge, die wir für die Schulinfrastruktur und das hohe Bildungsangebot insgesamt in unserer Stadt bereitstellen. Ja, Jugend. Außerdem haben wir schon längere Zeit im Fokus und im Budget 2018 einen Betrag von 100.000 Euro vorgesehen, für ein neues, von der Stadt geführtes Jugendzentrum. Die Fachleute und speziell die Experten in der Jugendbetreuung und der Jugendwohlfahrt haben hier schon seit Jahren Bedarf geortet, nach einem zusätzlichen vor allem niederschweligen Jugendzentrum in unserer Stadt. Und 2018 wollen wir dieses Projekt tatsächlich angehen, in Angriff nehmen und haben dafür einmal diesen doch beachtlichen Budgetposten einmal vorgesehen. Es gibt auch schon konkrete Überlegungen was es sein könnte, wo wir hin, wo wir es machen könnten. Ich will noch nicht zu viel sagen, weil es noch keine Verträge gibt. Derzeit schaut es so aus, als ob man sich vom Standort und von der Lokalität im Bahnhofsbereich mit einem Eigentum einigen könnte. Aber wie gesagt, man muss einmal schauen, was tatsächlich das alles kosten würde und der Umbau. Aber die Lage drüben im Bahnhofsbereich dort wäre natürlich schon sehr

gut. Es gibt eine Alternative, ich habe es einmal irgendwie gesagt, im Schlossparkbereich. Aber die Fachleute sagen, wenn Jugendzentrum, dann wäre es dort in diesem Bereich gut angesiedelt. Aber wie gesagt wichtig ist, dass wir einmal beginnen. Unsere Fachabteilung arbeitet intensiv daran, führt auch die Gespräche mit eventuellen Vermietern. Und wir werden Anfang nächsten Jahres dann zu einem Ergebnis kommen und dann 100.000 Euro zur Verfügung haben um einmal zu starten. Zielsetzung ist, dass wir mit zwei Sozialpädagogen, die so ein Jugendzentrum betreiben können, das sagen die Fachleute. Wir werden dann irgendwann einmal, wenn wir uns dazu bekennen, einen einstellen und der kann auch dieses Projekt dann gleich mitbetreuen und aufbauen. Soviel zum Jugendzentrum. Ich komme zum Umweltschutz, wir haben ja zuerst gesagt Kanalgebühr, Umweltschutz in Form des Kanalbaues in unserer Stadt. Ich muss die Zahlen wiederholen. Ich habe es ganz kurz aus dem Kopf gesagt. Wir finalisieren 2018 nicht nur das Kanalgroßprojekt Tabor, in dem wir diesen großen, neuen Kanalstrang vom Kasernenareal noch bis zum Taborland weiterführen, da haben wir 650.000 Euro dafür vorgesehen, sondern wir haben ein Sonderbudget vorgesehen von weiteren 500.000 Euro zur dringend notwendigen Sanierung von Altkanälen, wobei diese zusätzlichen 500.000 Euro auch 2019 und 2020 fließen werden. Damit erfüllen wir zu 100 Prozent die Forderungen der Landesbehörde. Und der Baureferent Dr. Zöttl muss keine Angst haben, dass er irgendeine Anzeige bekommt. Wir kommen unseren Verpflichtungen nach mit diesem Sonderbudget. Vom Kanal zum Straßenbau, da haben wir ebenfalls den Budgetansatz noch einmal erhöht um 405.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Ein Teil dieser Zusatzmittel werden wir in der Staffelmaysiedlung zum Einsatz bringen, da werden wir fertig oder fast fertig asphaltieren. Damit kommen wir einer Verpflichtung nach oder einer Vereinbarung nach und das hat den Charme, dass der damals mit der Raika als Infrastrukturkostenbeitrag vereinbarte Betrag in Höhe von 200.000 Euro abgerufen werden kann oder an die Stadt fließt oder ist er vielleicht sogar schon geflossen, aber nächstes Jahr wird er auf alle Fälle fließen. Kennzahl, in Summe werden wir für den Straßenbau 2018 beachtliche 995.000 Euro zur Verfügung stellen, also fast genau 1 Million Euro. Ich denke, das kann sich sehen lassen. Heißt nicht, dass damit alle Schlaglöcher beseitigt werden. Aber ich denke, 1 Million nur für den Straßenbau, da lässt sich schon arbeiten und werden wir schauen, ob der Kollege Hingerl mit seinen Kollegen das auch alles tatsächlich asphaltieren kann und verarbeiten kann, was wir an Geld hier zur Verfügung stellen. Ja, auch für das Reithofferareal haben wir wieder 200.000 Euro vorgesehen. Diese Parkflächengestaltung, die wir dort machen, ich glaube mit der 2. Etappe haben wir diesen Bereich auch wirklich perfekt gestaltet und sehr, sehr sauber. Und nicht vergessen haben wir natürlich auch den Posthofübergang nicht, der noch immer zur Erneuerung ansteht. Wir haben die Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro einmal übertragen in das Budget 2018 und ich gehe davon aus, dass wir im nächsten Jahr auch konkrete Planungen für einen Neubau des Übergangs in Auftrag geben werden. Ich komme eh schön langsam zum Schluss. Aber es gibt so viele Dinge, die erwähnenswert sind. Unter anderem Tourismusverband. Ein wichtiger Punkt. Eine Einrichtung, die die Bewerbung der Stadt im In- und Ausland leistet. Wirklich exzellente Arbeit, aber die Stadt stellt dafür immerhin jährlich auch einen Betrag von 129.000 Euro zur Verfügung, normal sind es 139.000, dieses Mal haben wir die 10.000 Euro wegen dieser Eislaufplatzförderung abgezogen. Aber auch vielleicht eine wichtige Zahl, gemeinsam mit den Interessentenbeiträgen, die der Tourismusverband einnimmt, da reden wir von ungefähr 215.000 Euro und der Tourismusabgabe, das sind 125.000 Euro im Jahr, verfügt der Steyrer Tourismusverband über ein Jahresbudget von fast einer halben Million Euro. Also da lässt sich schon etwas tun. Das ist durchaus beachtlich. Werden wir schauen, momentan wird ja diskutiert, wie eine neue Struktur aussehen kann. Da gibt es auch eine Vorgabe des Landes. Ich sage nur, jetzt in der „Stand-Alone-Phase“ oder Organisation, wie wir jetzt haben, haben wir eine halbe Million Euro zur Verfügung und bestimmen alles alleine. Werden wir schauen, was da bei diesem Prozess herauskommt. Weil Tourismusverband ist ja nicht alleine, wir haben auch noch als Zusatzinstitution das Stadtmarketing. Und für Stadtmarketing in Steyr stellen wir jährlich einen Betrag von 248.600 Euro zur Verfügung. Auch nicht so schlecht. Das kommt ja alles noch dazu. Und in Blickrichtung Bewerbung der Stadt, Innenstadtbelebung. Und gleichzeitig wollen wir auch den Verein „Steyr lebt“, der ja eng mit dem Stadtmarketing zusammenarbeitet, aber auch selbst Initiativen setzt, sage nur Shoppingcard, mit 50.000 Euro im

nächsten Jahr weiter unterstützen. Denn gemeinsam mit der Wirtschaftskammer wird der Verein „Steyr lebt“ unter anderem Leerflächen-Management für die Innenstadt aufbauen, wobei auch finanzielle Fördermittel oder Förderanreize für Neumieter im Innenstadtbereich gesetzt werden sollen. Das alles natürlich auch im Kontext mit dem Projekt „Stadtplatz neu“. Wir haben heute lang darüber schon diskutiert. Aber Faktum ist, dass wir diesen „Stadtplatz neu“ deswegen auch so gut beginnen können, weil wir mit der neuen Innenstadtgarage und mit diesem toll angenommenen Steg wirklich auch die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass wir in der Innenstadt oder unsere Innenstadt auch einer Relaunch unterziehen können. Basis wurde schon gesagt, Konzept vom Dipl.-Ing. Gernot Hertl. Und wir werden im Endeffekt für die Umsetzungsmaßnahmen im Jahr 2018 einmal einen Budgetposten von 500.000 Euro vorsehen. Man wird ja sehen, was wir dann beschließen, welche Maßnahmen kommen. Falls es zu wenig sein sollte, weil wir uns gleich auf größere oder mehr einigen, dann können wir das alles noch im Nachtragsvoranschlag vorsehen. Aber die 500.000 Euro stehen einmal drinnen, da lässt sich schon einiges tun, das ist gar nicht so wenig. Bleiben wir noch gedanklich ganz kurz in der Innenstadt. Wenn sie mir noch ganz kurz folgen wollen. Wir gehen jetzt runter oder rauf zum Grünmarkt, wo wir bekanntlich bereits intensiv dabei sind uns auf die Landesausstellung 2021 vorzubereiten. Umbaumaßnahmen Innerberger Stadl, beginnen nächstes Jahr die Bauarbeiten. Die Planungen sind sehr weit fortgeschritten und wir haben jetzt im Voranschlag 2018 einmal eine Million Euro dafür budgetiert. Auch da gilt dasselbe, falls es nicht reichen sollte, falls da mehr schon abgearbeitet werden muss, dann werden wir auch das im Nachtragsvoranschlag berücksichtigen können. Vielleicht auch nur ein Zusatz noch, weil man so schnell vergisst, was man beschlossen hat und ausgegeben hat. Wir haben ja in Vorbereitung auf die Landesausstellung ja ein eigenes Depot geschaffen, wir haben die ganze Übersiedlung gemacht, wir haben die Einrichtung für das Depot geschaffen, was die Stadt nie hatte und haben dafür eigentlich in Summe schon eine halbe Million Euro ausgegeben. Also in Vorleistung auch das etwas, was wir dringend gebraucht haben, was lange gefordert wurde. Ja, und irgendwann ist es dann einmal da und jetzt haben wir es und das ist gut so. Und dass die Landesausstellung insgesamt mit ungefähr 6 Millionen Euro zu Buche schlägt, ist ja bekannt. 2 Millionen wird ungefähr der Anteil der Stadt sein, aber dann haben wir nicht nur einen Innerbergerstadl, der alle Stücke spielen wird, sondern wir haben dann auch eine Basisausstellung, die uns lange, lange bleiben wird. Und wir haben 2021 den kulturpolitischen Höhepunkt, wie sich nur die das vorstellen können, die hier eine Landesausstellung schon einmal gesehen haben in der Stadt, da werden hunderttausende Menschen herkommen und da werden wir uns von der besten Seite zeigen und wir werden gerüstet sein. So, schön langsam. Sanierung Schnallentor sage ich noch ganz kurz, 640.000 Euro. Auch das ein Projekt, wo wir in den Denkmalschutz, in unsere Gebäude investieren. Finanziell auswirken tut es sich derzeit einmal nur mit 41.000 Euro im Nachtragsvor...im Abänderungsantrag, weil wir den Großteil aus Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen von städtischen Gebäuden einmal vorerst vorfinanzieren können. Und dann noch der Bereich Sport. Mir als Sportreferent natürlich auch wichtig. Wir haben im Steyrer Sportbudget 2018 150.000 Euro für die Verbesserung der Sportinfrastruktur vorgesehen, und für den laufenden Sportbetrieb sowie die Spitzensportförderung stehen weitere 220.000 Euro zur Verfügung. Und zusätzlich müssen wir nächstes Jahr eine eigene Sportanlage wieder reparieren oder in eine Sportanlage investieren, und zwar in die Sportanlage Rennbahn. Dort ist die 400-Meter-Laufbahn stark renovierungsbedürftig und wir müssen sämtliche Laufbahnen generalsanieren, um uns dadurch den wesentlich teureren kompletten Neubau der Laufanlage zu ersparen. Kostenpunkt 150.000 Euro, zusätzlich 10.000 Euro geben wir aus oder haben wir budgetiert für die neue Ringleitung zur automatischen Bewässerung des Rasen-Spielfeldes. Feuerwehr, dürfen wir nicht vergessen. Feuerwehr, nicht nur, dass wir stolz sind auf unsere Feuerwehr und auf die Schlagkraft, wir investieren auch und wissen auch, dass wir in die Modernisierung weiter, dafür weiter Geld in die Hand nehmen müssen. Wir haben 490.000 Euro vorgesehen für die Anschaffung neuer Fahrzeuge und rund 300.000 Euro zusätzlich noch für die Neuanschaffung von Geräten und Ausrüstungen sowie die Verbesserung von Gebäuden. Und, weiß man auch vielleicht nicht so, darum erwähne ich es einmal, wir haben oder sind auch für die Steyrer Pfarren nach wie vor ein treuer und verlässlicher Finanzpartner. Aktuell im Budget 2018 unterstützen wir die katholischen Pfarren Resthof,

Christkindl, Mönichholz und Gleink sowie die Evangelische Pfarrgemeinde mit insgesamt 102.300 Euro. Meistens Investitionszuschüsse für Modernisierung, für Zubauten und Infrastruktur. Dass wir für das Musikheim, für den Musikverein Christkindl die zweite Rate mit 30.000 Euro noch bezahlen wollen, merke ich noch an. Und Flexi-Treff, wir haben ja heute beschlossen für das Budget 2017, noch wirksam für das Budget 2017 diese 31.000 oder 37.000, damit das Flexi-Treff das Jahr 2017 ausfinanzieren können. Und wir haben die Zusage gemacht, dass wir als Stadt den fehlenden Betrag, der auch 2018 in Wahrheit durch AMS-Förderung-Rückgänge oder Landesförderung-Rückgänge nicht mehr aufzutreiben ist, als Stadt bereitstellen, weil es uns wichtig ist, dass wir diese Einrichtung behalten. Dass junge Mütter, junge Familien die Möglichkeit haben, Beruf und Familie zu vereinbaren und diese flexiblen Betreuungszeiten weiterhin haben. Aber auch das etwas, was Geld kostet, 41.000 Euro sind im Budget dafür vorgesehen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit diesem breiten Bogen, den ich hier gespannt habe, habe ich hoffentlich ein bisschen gezeigt und an konkreten Beispielen sichtbar gemacht, wie viele und welche Vorhaben wir gemeinsam für 2018 geplant und welche Ziele wir uns gesteckt haben. Und es wird damit hoffentlich auch sichtbar und spürbar, dass hinter diesen vielen, vielen Budgetzahlen sehr viel Leben und Weiterentwicklung in und für unsere Stadt steckt. Wenn wir also heute ein Budget zur Beschlussfassung vorliegen haben, in dem so viele neue Investitionen, Projekte und Dienstleistungen verpackt sind und mit dem wir gleichzeitig, und das ist schon wichtig und keine Selbstverständlichkeit, auch sämtliche bestehenden Einrichtungen und Serviceleistungen auf diesem hohem Niveau aufrechterhalten können, dann kann man zweifellos von einem guten Budget sprechen. Und wenn wir dann aufgrund der sehr guten Konjunkturentwicklung auch noch damit rechnen können, dass sich im Verlauf des Jahres 2018 die Einnahmenseite besser entwickeln wird, als wir sie konservativ und so vorsichtig budgetiert haben, dann relativiert sich auch das rechnerische Minus von knapp 2,5 Millionen Euro. Weil die Wahrscheinlichkeit wirklich hoch ist, dass wir beim Rechnungsabschluss 2018, und das ist ja im Endeffekt das Entscheidende wie hat ein Jahr tatsächlich geendet, dann werden wir die angestrebte schwarze Null ausweisen können oder vielleicht sogar, hoffen darf man ja, nach langer Zeit wieder einen Budget-Überschuss erzielen. In dem Sinne möchte ich vorerst einmal schließen und bedanke mich beim Mag. Lemmerer, dem Finanzdirektor, und seinem Team für die wirklich sehr engagierte und professionelle Arbeit bei der Budgeterstellung, aber auch für die Begleitung das ganze Jahr über und für diese akribische Budgetverfolgung und ersuche nun das Budget 2018 zur Diskussion zu stellen.

Applaus

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2018 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen in der Höhe von	EURO	131.966.400,--
und Ausgaben in der Höhe von	EURO	134.432.400,--
und einem Abgang in der Höhe von	EURO	2.466.000,--

und

im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen	EURO	10.743.400,--
und Ausgaben in Höhe von		
ausgeglichen		

- im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind – festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

- a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".
- b) Die „Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2019 – 2022“.
- c) Der Wirtschaftsplan der Alten- und Pflegeheime Steyr, der Wirtschafts- und Investitionsplan der Kommunalbetriebe Steyr, die Voranschläge 2018 und die Mittelfristigen Planungen 2019 bis 2022 der Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG und der Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs KG, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	500 v. H.

Folgender gemeinsamer Abänderungsantrag wurde eingebracht:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2018 wird wie folgt festgestellt:

1. Der ordentliche Haushalt:

im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von	EURO	3.853.400,--
und		
Ausgaben von	EURO	21.139.500,--

im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von	EURO	90.400,--
und		
Ausgaben von	EURO	1.891.600,--

im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen von	EURO	4.777.800,--
und		
Ausgaben anstelle von	EURO	16.582.400,-- mit
	EURO	16.724.200,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen von	EURO	393.500,--
und		
Ausgaben von	EURO	2.844.200,--

im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	13.112.200,--	mit	EURO	13.121.400,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	40.395.500,--	mit	EURO	40.705.800,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	24.300,--	mit	EURO	64.900,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	11.883.700,--	mit	EURO	11.725.700,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 5 - Gesundheit

im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von			EURO	1.248.700,--	
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	3.634.700,--	mit	EURO	3.632.300,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von			EURO	0,--
und				
Ausgaben von			EURO	523.400,--

im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	22.904.000,--	mit	EURO	23.116.600,--
und					
Ausgaben von				EURO	28.606.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen.

im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	85.562.100,--	mit	EUR	85.559.700,--
und					
Ausgaben von				EURO	6.930.500,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft-

somit mit einem gesamten Ordentlichen Haushalt

mit Einnahmen anstelle von	EURO	131.966.400,--	mit	EURO	132.226.400,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	134.432.400,--	mit	EURO	134.724.100,--
und					

einem Abgang anstelle von EURO 2.466.000,-- mit EURO 2.497.700,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen.

1. Der außerordentlichen Haushalt:

im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von		EURO	481.600,--
und			
Ausgaben von		EURO	481.600,--

im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von		EURO	491.900,--
und			
Ausgaben von		EURO	491.900,--

im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	2.332.900,--	mit	EURO	3.039.900,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	2.332.900,--	mit	EURO	3.039.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	1.452.400,--	mit	EURO	1.472.400,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	1.452.400,--	mit	EURO	1.472.400,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus.

im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen von		EURO	60.000,--
und			
Ausgaben von		EURO	60.000,--

im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:

mit Einnahmen von		EURO	0,--
und			
Ausgaben von		EURO	0,--

im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von		EURO	2.228.000,--
und			
Ausgaben von		EURO	2.228.000,--

im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von	EURO	225.000,--
und		
Ausgaben von	EURO	225.000,--

im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	3.471.600,-- mit	EURO	3.512.600,--
und				
Ausgaben anstelle von	EURO	3.471.600,-- mit	EURO	3.512.600,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen.

im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:

mit Einnahmen von	EURO	0,--
und		
Ausgaben von	EURO	0,--

somit mit einem gesamten Außerordentlichen Haushalt

mit Einnahmen anstelle von	EURO	10.743.400,-- mit	EURO	11.511.400,--
und				
Ausgaben anstelle von	EURO	10.743.400,-- mit	EURO	11.511.400,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen **festgestellt**.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche anderen sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlags für das Rechnungsjahr 2018 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlags für das Rechnungsjahr 2018 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGEMEISTER WILHELM HAUSER:

Bedanke mich für die Präsentation. Zur Vorgangsweise jetzt. Wir haben den Tagesordnungspunkt Budget und es gibt insgesamt Aufteilungen in Gruppierungen. Es ist jetzt natürlich die Diskussion eröffnet. Jeder kann zum einen auf die Gruppen Bezug nehmen, um damit auch begründen zu können, wie er womöglich sein Stimmverhalten so zu sagen dann machen wird und dergleichen mehr. Trotzdem möchte ich darauf aufmerksam machen, es gibt zwei Wortmeldungen für jeden Gemeinderat, für jede Gemeinderätin. Dass wir am Schluss dann in Gruppen abstimmen werden, damit wir sozusagen die Möglichkeit haben, bei einzelnen Gruppierungen auch das diesbezügliche Stimmverhalten haben zu können. Das war ja bis jetzt so zu sagen im Gesamten so nicht möglich. Ich hoffe, dass das so zu sagen ihre Zustimmung finden wird und ich eröffne damit die Diskussion. Und es haben sich vorab schon drei Leute gemeldet. Der erste Redner ist der Herr Kollege Freisais, bitte ans Rednerpult, in Vorbereitung Kollege Mayrhofer und dann der Kollege Dr. Zöttl.

GEMEINDERAT PIT FREISAI:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Zuschauer vor und hinter dem Bildschirm. Ich habe mich in der letzten Zeit sehr intensiv mit dem Voranschlag beschäftigt. Ich habe mir mehrere Expertenmeinungen eingeholt, aus Steyr, extern von Steyr. Und habe mir einmal ein Bild gemacht, was eben diese Experten zu dem Ganzen sagen. Eine dieser Meinungen möchte ich ihnen auch konkret vorbringen und zwar ist die vom Herrn Holzer, der ganz intensiv mit der Finanzwirtschaft öffentlicher Haushalte beschäftigt ist. Und zwar schreibt der...

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Irgendein Herr Holzer?

GEMEINDERAT PIT FREISAI:
Raimund Holzer, aus Niederösterreich ist er.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Also nicht irgendwo Titel, oder Professor oder wie?

GEMEINDERAT PIT FREISAI:
Er ist für Finanzwirtschaft da eben beruflich tätig.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Okay, wollte es nur wissen.

GEMEINDERAT PIT FREISAI:
Begleitet Gemeinden und Städte da, wenn eben solche Konsultierungen und so weiter anstehen und der schreibt mir eben: „Sehr geehrter Herr Freisais, zur Frage, ob ich dem Budget zustimmen würde, gibt es eine klare Antwort, nein. Es entspricht nicht den geltenden Gesetzen, weil der ordentliche Haushalt bei weitem nicht ausgeglichen ist und es keine Anzeichen, ja nicht einmal Erklärungen gibt, was die Stadtführung zu tun gedenkt, um diesen unhaltbaren Zustand in naher Zukunft zu ändern. Ausreden, ganz gleich welcher Art, sind kein Argument und in keinster Weise zielführend. Wenn man es will, ist so ein Prozess eine durchaus spannende und letztlich auch zum Erfolg führende Herausforderung.“ Ja, wo ist der Hund begraben? Es gibt das Zentrum für Verwaltungsforschung in Österreich, das schaut sich eben Gemeinden an, errechnet Kennzahlen, vergleicht die Kennzahlen und zeigt eben auf, wie Budgets gestaltet sein müssen, damit sie zukunftsfit sind, damit man sagen kann, das ist nachhaltig. Und nur damit man einmal ein Gefühl bekommt, wo Steyr da aktuell steht. Wenn man da den Rechnungsabschluss 2016 hernimmt, das hat sich eben das Zentrum für Verwaltungsforschung angeschaut und bewertet. Von 100 möglichen Punkten, die da erreichbar sind, hat Steyr 34 Punkte erreicht. Also da reden wir jetzt nicht davon, dass wir auf einem guten Weg sind, im vorderen Mittelfeld irgendwo, sondern aus meiner Sicht ist das die rote Laterne, die wir da ausfassen. Steigen wir ein in die konkreten Zahlen. Also, eine besorgniserregende Kennzahl ist im Voranschlag die freie Finanzspitze 1, das ist die laufende Gebarung der Stadt. Wenn man da die Einnahmen abzüglich der Ausgaben rechnet, dann bleiben unter dem Strich circa 4 Millionen Euro übrig. Das hört sich auf den ersten Blick nicht so schlecht an. Das Zentrum für Verwaltungsforschung sagt allerdings, auf Steyr umgelegt sollten da eigentlich 13 bis 20 Millionen Euro stehen. Das sind 10 bis 15 % der Einnahmen. Und warum das so wichtig ist, das zeigt die freie Finanzspitze 2, weil da kommen jetzt von diesen 4 Millionen Euro circa 7,6 Millionen Euro weg, das sind die Rückzahlungen der Finanzschulden der Stadt. Und dann bleiben unter dem Strich circa Minus 3,5 Millionen Euro. Das sind jetzt nicht 3,5 Millionen Euro, die wir zum Beispiel im Stadtplatz investieren oder in irgendwelche außerordentliche Investitionen. Sondern das sind Schulden für laufende Gehälter, für Löhne, für Kindergärten, für Schulen. Also sprich, dass wir einfach den Dienst nach Vorschrift, die laufende Geschäftsführung da, finanzieren können, müssen laufend neue

Schulden aufgenommen werden. Und das ist momentan, das ist auch erwähnenswert, gut möglich, weil natürlich wir uns in einem Zinstief befinden. Allerdings sitzen wir auf dem Pulverfass, wenn das irgendwann wieder einmal nach oben geht, dann schaut die Welt natürlich anders aus. Problematisch schätze ich auch den mittelfristigen Finanzplan ein. Der zeigt nämlich keine Vorhaben, die im Wesentlichen über den normalen Sanierungsbetrieb von Straßen und Wohnungen und so Null-Acht-Fünfzehn Vorhaben praktisch hinausgehen. Das hat den angenehmen Effekt, dass das Ergebnis über die Jahre hinweg immer besser wird, bis wir in einigen Jahren dann einen Überschuss erwirtschaften, was allerdings in der Praxis nie eintreten wird, weil da natürlich noch weitere Investitionen daherkommen, die da noch gar nicht drinnen stehen. Und man kann heute eigentlich schon mit sehr großer Wahrscheinlichkeit sagen, dass wir in wenigen Jahren wieder da sitzen werden und darüber diskutieren werden, warum und wieso die schwarze Null vielleicht greifbar ist oder eben auch nicht. Je nachdem wie das Ganze dann ausschaut. Die Erwartung zum außerordentlichen Haushalt, bedenklich ist 8,5 % finanziert die Stadt aus Substanzverkäufen und aus den Rücklagen. Also das ist so das, was man mit letzter Kraft praktisch selber an Gelder aufbringen kann, der Rest wird fremdfinanziert oder eben bezuschusst. Und da wäre eigentlich eine größere Quote an Eigenmitteln sehr wünschenswert und für ein zukunftsfitte Budget auch notwendig. Ja, unter dem Strich mein Resümee bleibt zu sagen, dass das aktuelle Budget von keinen sonderlich großen Visionen getragen ist. Man macht Dienst nach Vorschrift, man schaut, dass man sich über die Runden „wurschtelt“ und das gelingt halt mehr oder weniger gut. Je nachdem was für Überraschungen das nächste Jahr noch für uns bereitstellt. Ich habe es auch in der Vergangenheit schon gesagt, ich wiederhole es auch jetzt, es wäre dringend angeraten, da darf man sich gerne Wels als Vorbild nehmen, dass man externe Beratung heranzieht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist ein interessanter Vergleich. Die machen gerade mehr Schulden. Aber ist wahrscheinlich gut so, oder?

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Externe Beratung heranzieht und sich da einmal wirklich eine andere Perspektive vor Augen führt, wie man sich neu und zukunftsfit aufstellen kann. Der aktuelle Vorschlag ist aus meiner Sicht noch „the same“ und das ist kein Kompliment.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Nächster zu Wort gemeldet der Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Meine geschätzten Damen und Herren. Sie haben es ja in der heutigen Gemeinderatssitzung schon gemerkt, ich bin nicht immer einer Meinung mit dem Herrn Bürgermeister. Aber seine Meinung über die Beurteilung des Budgets, die kann ich also mit Sicherheit mittragen und ich unterscheide mich da mit Sicherheit vom Pit Freisais. Vielleicht nur für die Kollegen, weil wir jetzt kurz recherchiert haben, der Herr Raimund Holzer ist ein politischer Mitbewerber aus Scheibbs, der selbst politisch aktiv ist. Das nur zur Kenntnisnahme.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Allerdings nicht für die Neos, das gehört auch gesagt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und ein guter Berater wahrscheinlich.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ja.

GEMEINDERAT RUDOLF BLASI:

Was macht der hauptberuflich?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Beraten.

GEMEINDERAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, wenn man ein Budget beurteilen will, dann darf man nicht nur ein Jahr anschauen, sondern muss einen längeren Zeitraum betrachten. Das ist im heurigen Jahr auch passiert. Wir haben die Zahlen und Fakten sehr gut aufgearbeitet über einen Zeitraum von 2007 bis 2018 präsentiert bekommen. Und ich glaube, dass das eine gute Grundlage ist, um ein Budget auch zu beurteilen. Die grundsätzliche Einschätzung, die der Herr Bürgermeister gegeben hat, vor allem im Bezug wer schafft an und wer zahlt, die möchte ich ausdrücklich teilen. Weil es ist natürlich schon eine wirklich eine gefährliche Entwicklung, wenn irgendjemand Entscheidungen trifft und jemand anderer zahlt die Zeche. Wir haben vor mittlerweile sieben Jahren begonnen, einen wirklich rigiden Sparkurs zu fahren. Wenn ich mir heute ansehe, das Land beginnt das jetzt gerade. Auch minus 10 %, vielleicht haben sie nach Steyr geschaut. Wir haben das vor sieben Jahren schon begonnen und es hat wehgetan. Einem jeden von uns herinnen, weil ein jeder hat natürlich Projekte, die er gerne umsetzen möchte. Gerade Interessensgruppen, die er vertritt, für die er etwas erreichen möchte. Und eines ist natürlich schon klar, bei diesen Budgetkennzahlen, die wir vorliegen haben, kann man nur das erfüllen, was wirklich notwendig ist. Und Wunschkonzerte können wir uns leider nicht mehr erfüllen. Das tut weh, das ist ein Prozess, den andere Städte noch vor sich haben oder gerade mitten drinnen sind, auch die von dir angesprochene Stadt Wels hat den Zug übersehen und muss jetzt schleunigst schauen, dass sie die Kurve kratzt. Und man darf nicht nur auf die Schulden schauen, weil Wels war in der glücklichen Lage, dass sie etwas zum Verkaufen gehabt hat, die hat Familiensilber verkauft. Und steht daher von den Schulden nicht so schlecht da. Aber das Problem, das andere Städte haben, ist in der normalen Gebarung. Und da bin ich schon der Meinung, dass wir unsere Hausaufgaben wirklich gemacht haben. Und wenn man sich das Budget anschaut, dann sieht man, dass die Einnahmen und Ausgaben von 2007 bis 2018 um ungefähr 43 % sich nach oben entwickelt haben. 42 die Einnahmen und ungefähr 44 % die Ausgaben. Die Steuereinnahmen hingegen haben nur eine Entwicklung gehabt von plus 37 %, die Ertragsanteile, und auch das ist schon angesprochen worden, haben fast 42 % Entwicklung gehabt. Und, auch das ist heute schon angesprochen worden, der Sozialbereich ist ein Bereich, der gewaltig gestiegen ist, um über 80 %. Hat mittlerweile einen Gesamtanteil vom Budget, 2007 waren es 29,2, mittlerweile schon von 37,2 % am Gesamthaushalt, ordentlicher Haushalt. Das ist natürlich schon eine Zahl, da sind sehr viele natürlich Pflichtausgaben dabei, oder fast der Großteil davon. Wenn man die Voraussagen sich anschaut, dann wird dieser Bereich auch weiterhin überproportional wachsen. Und da sehe ich schon wirklich ein großes Problem. Weil ob wir unseren Gestaltungsspielraum, den wir derzeit noch haben, bei Steigerungen in diesem Bereich in Zukunft auch noch weiter haben werden, das wird wirklich eine spannende Frage. Wir haben, und auch das ist heute angesprochen worden schon, bei den Kindergärten und Horten eine Steigerung von 73,76 %. Und natürlich ist es schön, wenn ich alles gratis mache. Aber ich muss mir schon überlegen, irgendwie muss es finanziert werden. Und es wird, und es ist glaube ich auch wirklich nicht sehr intelligent, wenn ich es für alle gratis mache. Ich glaube man muss nach der sozialen Gerechtigkeit unterscheiden. Der, der es sich nicht leisten kann, der soll es weiterhin gratis oder sehr, sehr günstig bekommen. Aber jener, der es sich leisten kann, soll auch einen vernünftigen Beitrag zahlen. Und da bin ich jetzt bei etwas, was erst vor kurzem beschlossen wurde, das ist der Pflegeregress. Da können wir noch nicht einmal abschätzen, wie sich der wirklich entwickelt. Das sind Parameter, da gehen die Meinungen komplett konträr auseinander und man hat noch überhaupt nicht berücksichtigt, was es für Familien interne Entscheidungen bedeutet, wenn auf einmal nicht mehr in Frage gestellt wird, dass das Haus womöglich verpfändet wird oder sichergestellt wird für die Versorgung der Eltern. Ob man dann die 24-Stunden-Pflege wirklich noch in diesem Ausmaß macht und die Pflege im Haus oder ob man nicht den einfacheren Weg wählt, dass man es in sehr gut ausgestattete, sehr gut geführte Pflegeheime der Stadt bringt. Wir wissen, dass wir dort keinen Platz im Prinzip mehr frei haben. Das heißt, wir bringen auch jetzt in benachbarten Pflegeheimen Bürger von Steyr unter. Und wenn diese Entwicklung so prognostiziert eintritt,

dann werden wir bald damit konfrontiert sein, dass wir womöglich noch ein viertes Alten- und Pflegeheim auch brauchen. Aber auch da glaube ich waren wir vorausschauend, dass wir die Mobile Pflege wirklich gut ausgebaut haben und hier zwei Trägervereine haben, die das wirklich unterstützen, dass Menschen so lange es irgendwie geht in den eigenen vier Wänden verbleiben können. Dass es trotz dieser Situation und dieser Anspannungen hier gelingt, dass wir wirklich zukunftsweisende Investitionen uns leisten können, das ist wirklich nur dem zu verdanken, dass man jeden Cent wirklich fünfmal umdreht und das ist etwas, was von allen Fraktionen mitgetragen wird. Und ich glaube auch nur dadurch war es möglich, dass wir dieses Budget in der Ausprägung, wie wir es in den letzten sieben Jahren gemacht haben, auch umsetzen konnten. Das nächste Jahr, und Herr Bürgermeister du hast das ausgeführt, sind einige weitere Großprojekte in Planung. Und das, was wir uns vor langen Jahren schon vorgestellt haben, wird jetzt Schritt für Schritt umgesetzt. Natürlich nicht in dem Ausmaß oder in dem Tempo, wie wir es uns alle eigentlich wünschen würden, auch nach Möglichkeit unserer Mittel. Wo ich nicht ganz deiner Meinung bin, Herr Bürgermeister, dass eine Million Euro für den Straßenbau ausreicht. Das mag in Summe ein hoher Betrag ausschauen, wenn man sich unser Straßennetz anschaut, ich kann damit im Prinzip eine einzige Straße neu bauen. Wir machen derzeit eines, dass wir Straßenstücke sanieren, nicht mehr eine ganze Straße, ich denke da zum Beispiel an die Steiner Straße, ist eine lange Straße, aber die haben wir in drei Teilabschnitte geteilt, damit es überhaupt möglich war, die Sanierung vorzunehmen. Und der Herr Hingerl, weil man ihn da hinten sitzen sieht, weiß was die wirklichen Laufmeterkosten einer Straßen sind. Also in dem Bereich hätten wir noch Luft nach oben und es wird vor allem mit Sicherheit auch nicht möglich sein, so einen geringen Betrag für dieses Straßennetz aufzuwenden. Das muss ich einfach dazu sagen. Einen Punkt, den ich wirklich dezidiert ansprechen möchte ist das Personal. Weil wenn man sich die Entwicklung der Kosten anschaut, dann sieht man, dass jener Bereich des Personals eigentlich faktisch gleichgeblieben ist von 2007 bis 2018. Das bedeutet bei einem permanenten Reallohnzuwachs, und auch wenn man nur von Indexgröße redet, aber trotzdem sind das gewaltige Zahlen, dass es natürlich zu einem absoluten Personalabbau gekommen ist. Und ich glaube man muss das einfach auch einmal sagen. Und gerade ich war, wie ich vor 20 Jahren angefangen habe, jener der immer gesagt hat, beim Personal einsparen. Ich orte allerdings jetzt mittlerweile eine Situation, wo hier kein Einsparungspotential mehr vorhanden ist und man in vielen Bereichen im Gegenteil eher überlegen muss, wie kann man langfristig die Personalentwicklung wirklich darstellen. Das heißt im Großen und Ganzen, ein Budget, dem man mit Sicherheit zustimmen kann. Ich möchte mich auch noch einmal bedanken für die Möglichkeit das kapitelweise abzustimmen. Das ist eine langjährige Forderung, die schon Kollege Eichhübl und ich vor auch fast 20 Jahren gestellt haben. Warum? Um wirklich klar aufzeigen zu können, wenn es Bereiche gibt, wo wir der Meinung sind, hier ist etwas zu verändern. Und ich glaube, dass man diese Möglichkeit greifen kann, das ist durchaus positiv. Auch wenn wir im Hinterkopf natürlich wissen, im Sinne und im Interesse einer Stadt kann es nur liegen, wenn man ein Budget auch beschließt. Ein nicht beschließen eines Budgets würde bedeuten, dass wir nur die Pflichtausgaben erledigen können. Das heißt, die Gehälter zahlen, die Stromrechnung zahlen, aber weder Subventionen noch Investitionen könnten dann gemacht werden. Und ich glaube auch das ist natürlich nicht im Interesse des Bürgers. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche noch eine angeregte Diskussion.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Als nächster zu Wort gemeldet der Dr. Zöttl. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Heuer erstmals möchte ich mich vorerst einmal, möchte ich nicht mit Kritik starten, sondern auch einen Dank an den Bürgermeister als Finanzreferenten richten, der unsere, so wie mein Vorredner schon gesagt hat, langjährige Forderung aufgegriffen hat, das Budget in Kapitel, so genanntes Budgetsplitting, abzuarbeiten. Ich

glaube, das muss man auch dazu sagen. Uns wäre natürlich nicht so wichtig gewesen, eine Trennung in ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Das sehen wir nicht so als besondere Notwendigkeit. Aber die Aufschlüsselung in die 10 Kapitel, also von der Gruppe 0 bis 9, das ist uns sehr wichtig gewesen. Warum? Weil das hat mehrere Vorteile. Zum einen weil für den Inhalt ist es wesentlich besser, weil man in die Tiefe gehen kann. Und ich sage, von einem 145 Millionen Euro Budget ist das sehr notwendig. Zum Zweiten die Transparenz, damit man viel besser sieht, wo denn das Geld hingehet. Es zeigt aber auch, wo die einzelnen Fraktionen ihre Schwerpunkte hinlegen. Aber was vor allem das aller Wichtigste ist, dass es für den Bürger leichter nachvollziehbar wird, wo eigentlich das Geld, und es ist ja Steuergeld eigentlich, hinfließt. Es ist ja nicht so, dass das Geld von den Politikern leichtfertig irgendwo hingegeben wird, sondern es wird ja in den unterschiedlichen Aufgaben irgendwo verwendet. In der Kommune, in der Gemeinde, in der Stadt müssen wir einfach gewisse Aufgaben gewährleisten. Die Frage in der Politik muss eigentlich die sein, wie viel, wohin, warum und was bringt das Ganze? Und da haben wir natürlich alle miteinander verschiedene Zugänge, das ist ganz klar. Ich würde aber trotzdem noch bitten für nächstes Jahr, wenn wir das weiter vollziehen diese kapitelweise Abstimmung, dass man das möglicherweise so macht, dass man jede Gruppe behandelt, diskutiert und dann zur Abstimmung bringt, weil es dann noch transparenter wird. Was ich allerdings schon sagen muss, es ist ja ein relativ langer Tag und ein 146 Millionen Euro Budget jetzt am Ende einer langen Sitzung, ist natürlich vielleicht nicht so optimal. Aber ich komme gleich jetzt zur Gruppe 9, das sind die Finanzen, die hat ja der Herr Bürgermeister sehr gut ausgearbeitet. Wir haben auch den Herrn Holzer bedient, das ist der Herr Holzer Josef von uns von der FPÖ, der hat uns auch die Zahlen aufgearbeitet. Wir sind auf das Delta von 47 Millionen Euro Abgang gekommen, so wie auch schon angekündigt. Es sind aber trotzdem einige positive Sachen zu bemerken. Vor allem die Nettoverschuldung ist wirklich geringer geworden. Ich habe heute noch mit dem Herrn Finanzdirektor Lemmerer telefoniert. Es gibt natürlich unterschiedliche Zugänge, was den Schuldenstand betrifft, aber von mindestens 250.000 Euro weniger Schulden, je nach Berechnungsmethode, kann da geredet werden. Das ist positiv. Und 7,62 Millionen Euro Tilgung im heurigen Jahr ist auch sehr gut. Was noch positiv ist, sind die Einnahmen. Also auch von den Transferzahlungen, die um eine halbe Million höher sind als im vergangenen Jahr, aber auch durch die gute Wirtschaftsentwicklung sind die Kommunalabgaben um 1 Million, sprich auf 27 Millionen Euro, gestiegen. Was mich auch positiv stimmt, wenn man die Unterlagen da durchsieht, dass die mittelfristige Finanzplanung im AOH und im OH recht positiv aussieht. Die positive Wirtschaftslage, habe ich schon angesprochen, kommt uns da zu Gute, aber auch die Zinslage, die derzeitige, haben wir Glück und spricht auch für uns. Leider, und das ist natürlich jetzt das Negative, sind wir von der schwarzen Null sprich oder sogar einem Überschuss, leider entfernt, und genau um diese 2,45 Millionen Euro. Da hätten wir natürlich lieber ein Plus, so wie jeder von uns natürlich, davor. Aber, und das muss man auch sagen, diese 17,3 Millionen Euro Delta, zu den Landeszahlungen, das ist wirklich schmerzhaft und ich habe auch bei meinen Recherchen gesehen, das geht allen Städten, Linz, Wels, überall gleich. Also da ist es wirklich erforderlich, dass auch von Landes- und Bundeseite irgendwelche Maßnahmen, welche auch immer, ergriffen werden. Und es ist auch schon angesprochen worden dieser Pflegeregress, der ja mit Sicherheit mehr als die 100 Millionen Euro, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt worden oder in Aussicht gestellt worden sind, nicht so zu sagen reichen werden. Das ist fix. Und wir haben zwar heute schon mit den Kindergärten, mit den Gratiskindergärten, diskutiert. Ich weiß da auch, wir in einigen Jahren über dieselbe Situation wieder sprechen, was den Regress betrifft. Ich möchte aber auch noch ein paar Worte verlieren zur Gruppe 6, also wo der Bau drinnen ist. Mir ist es bewusst, dass ein Großteil des Budgets auch in meinen Aufgabenbereich geht. Und es wurde auch schon angesprochen, aber ich glaube, dass diese Aufgaben wichtige Aufgaben sind für die Infrastruktur einer Stadt, und die muss eine Stadt erfüllen. Ich denke da nur an die Bereiche Kanal. Und ich sage immer, Kanal ist eine Investition in die Zukunft. Es ist sowohl für die Menschen, was die Gesundheit betrifft als auch für den Umweltschutz ganz, ganz wesentlich und wichtig. Der Herr Bürgermeister hat ja schon gesagt, diese Großprojekte, die von meinen Vorgängern und Vor-Vorgängern eigentlich schon am Tabor begonnen worden sind, die fast 5 Millionen Euro verschlungen haben, sind ganz wichtig und wir haben heuer 860.000

Euro in die vorläufig letzte Ausbaustufe so zu sagen geplant. Und auch das Sonderbudget von 1,5 Millionen Euro auf drei Jahre verteilt ist in diesem Bereich sehr, sehr wichtig. Ich kann auch noch sagen im Bereich Brücken. Wir haben in Steyr, und das hat der Spöck Markus ja auch in der Vergangenheit immer gesagt, haben wir hundert Brücken, die in Intervallen regelmäßig gewartet und geprüft werden. Das wird einem erst bewusst, wenn man wieder einmal über eine Brücke runterschaut, wie wichtig das ist, dass das Ganze gut funktioniert. Aber auch im Bereich Denkmalpflege, das ist Erhaltung der Kultur. Und das ist ganz wichtig für eine Stadt. Weil wir präsentieren uns über unsere Optik, über unseren Stadtplatz, über alle Denkmäler, dass auch hier Geld investiert wird. Auch sicherlich wichtig sind die Sicherungsmaßnahmen. Ich denke nur an die Vergangenheit, an die Roglwiese oder auch den Hochwasserschutz. Da ist auch sehr viel Geld investiert worden. Der Straßenbau, da kann ich nur dem Gunter Mayrhofer recht geben. Der Neubau aber auch die Sanierung sind wesentlich und ich glaube jeder Steyrer Bürger sieht das, wenn an der Oberfläche gearbeitet wird. Und oftmals ist es wirklich so, dass da zu wenig Geld da ist und wir eine irrsinnig lange Warteliste schon haben, die so zu sagen abgearbeitet gehört. Und da machen sich die Hausaufgaben, die wir in der Vergangenheit gemacht haben mit diesen zweimal aufeinanderfolgenden minus 10 % gerade im Straßenbau, sehr bemerkbar. Positiv natürlich die eine Million, aber wie gesagt mir wäre es auch recht, wenn hier mehr Geld investiert werden könnte. Aber im Großen und Ganzen ist das Budget durchaus respektabel. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet Kollegin Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Geschätzte Damen und Herren. Wir haben also schon gehört, wir haben einen prognostizierten Abgang von knapp 2,5 Millionen Euro für 2018. Für 2017 war prognostiziert 2,3 Millionen und im Nachtragsvoranschlag hatten wir jetzt 1,7 Millionen. Und die Tendenz ist eher dazu, dass es auch nicht besser wird. Insofern finde ich vor allem die Wirtschaftsdaten für nächstes Jahr deutlich besser. Also das WIFI prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von 2,8 %. Damit sollte auch die Kommunalsteuer steigen. Es ist zwar auch schon mehr budgetiert. Und ich denke, es sollten auch positive Entwicklungen auch bei KBS und SBS stattfinden. Soweit ich weiß veranschlagt das Land derzeit jetzt die Steigerung, also ein Plus bei den Ertragsanteilen, mit 4 %. Da liegen wir mit unseren 45,5 Millionen auch darunter. Das heißt auch da wäre zu erwarten, dass wir ein bisschen mehr einnehmen werden. Was auch nicht stattgefunden hat, ist immer die wieder heraufbeschworene Explosion der Mindestsicherung. Auch die findet in Steyr ja nicht statt. Wir haben 2017 4,4 Millionen budgetiert, mit 4,2 schließen wir jetzt ab. Und das ist auch im Vorschlag von, also im Vorschlag für 2018 drinnen. Also ich denke mir es ist eine positive Entwicklung, auch was die Schulden anbelangt. Wurde ja auch schon besprochen, dass wir, beginnen wir den Schuldenstand etwas zu verringern. Und ich denke auch, dass uns diese Entwicklung auch einen gewissen Spielraum gibt. Ich denke es ist wichtig, dass man wirklich schaut, wenn man sparen kann, dass man da durchaus Geld nicht mit beiden Händen ausgibt. Aber ein paar grundsätzliche Sachen zu einer Budgeterstellung möchte ich noch sagen. Ich denke wir leben in Österreich in einem Bereich von den sichersten Ländern der Erde. Und dass wir diesen sozialen Frieden haben, verdanken wir nicht unwesentlich der Tatsache, dass die Schere zwischen Arm und Reich bei uns einfach nicht so groß ist. Und dass es ein soziales Netz gibt, in dem Leute, die wirklich arm sind, auch überleben können. Und wenn man so hört, dass jetzt im Bund auch so immer das Wort Veränderung gefallen ist und so weiter, dann habe ich zum Teil schon das Gefühl, dass das in Richtung Sägen am sozialen Netz geht. Und zum Teil geht es einfach auch um eine Umverteilung von unten nach oben. Wenn ich mir den Kinderbonus anschau, dann ist das einfach für Menschen, die viel Lohnsteuer zahlen, die profitieren am meisten davon. Und zum Teil wird es dann gegenfinanziert mit einer Deckelung der Mindestsicherung für kinderreiche Familien. Und das finde ich ist einfach der falsche Ansatz, wohin, wie man gehen kann. Und gerade aufgrund dieses Hintergrundes bin ich sehr froh, dass ich denke, dass in

der Stadt Steyr diese sozialen Standards wirklich noch einen Wert haben. Und ich denke, das ist auch die Investition in die Zukunft unserer Kinder und auch in die Sicherheit unserer Gesellschaft. Das war jetzt ein bisschen was Allgemeines. Dann möchte ich einfach noch auf ein paar Projekte eingehen, wo ich denke, die wir sehr positiv, in dieser Richtung investiert wird. Das eine ist auf alle Fälle einmal dieses Jugendzentrum. Ich denke genau das ist eine Präventionsmaßnahme. Was ja auch vom Institut für Suchtprävention, von der Polizei und so gefordert wurde. Dass das eine Möglichkeit ist, dass Kinder, also so wirklich 11, 12, 13, 14-jährige andere Möglichkeiten haben, als in der Bahnhofsszene anzudocken. Und ich denke, das ist jetzt wirklich einmal ein guter erster Schritt, dass man einmal schaut, dass man die eben anders auffangen kann. Wichtig ist, dass es wirklich gutes geschultes Personal dafür gibt. Und dann muss man einmal schauen, ob das nicht trotzdem dann noch mehr braucht. Weil wir haben einige Stadtteile, wo es vielleicht so etwas auch brauchen würde. Dann die Aufstiegshilfe, ist natürlich jetzt schon einige Male erwähnt worden. Gut ist einfach auch, dass man da wirklich diese Stadtteile verbindet. Das mit dem Rad machen kann oder zu Fuß machen kann. Auch wichtig ist uns, dass es Geld gibt für die Neugestaltung des Stadtplatzes oder für die weitere Neugestaltung, auch wenn wir mit dem jetzigen oder das, was wir jetzt gerade ausprobieren, nicht glücklich sind. Aber dass man prinzipiell sich mit diesem Thema auseinandersetzt und dafür auch Geld bereit ist. Dann natürlich diese Investitionen in die Schulen, wie WLAN, oder Brandschutz oder überhaupt Sanierungsmaßnahmen. Und was wir auch sehr positiv finden ist, was in Steyr auch geschieht zum Integrationsprozess. Dieser Prozess, der jetzt gestartet wurde sowohl im Magistrat als auch mit vielen Beteiligten rundherum, wo es jetzt nicht nur darum geht, Asylwerber oder Asylberechtigte einzubinden, sondern überhaupt Leute einzubinden, die weniger am sozialen Leben teilhaben. Ich denke, das ist einmal ein guter Prozess. Und da gibt es ja einige Maßnahmen, die schon lange in Steyr rennen. So wie zum Beispiel diese Hilfe zur Arbeit oder auch diese Generationstätigkeiten, dass die Jungen Essen auf Rädern ausführen und solche Sachen. Oder eben auch, dass jetzt Posten bereitgestellt werden im Rahmen dieser Aktion 20.000, die hoffentlich bestehen bleibt. Ich denke das ist auch so eine Gruppe von Leuten, die also, von älteren Leuten, die dann einfach keinen Job mehr finden und denen eine Chance zu geben, wieder sinnvoll eine Aufgabe zu übernehmen, das halte ich für sehr gut. Im Bereich der Kultur finden wir auch diesen, natürlich die Renovierung des Innerbergerstadls sehr positiv. Wo ich denke, wie man schon bald darüber nachdenken sollte, ist auch über ein wirklich interessantes, innovatives Nutzungskonzept über die Landesausstellung hinaus. Was machen wir dann damit? Und wie weit binden wir auch diese Steyrer Kulturschaffenden in Prozesse dann ein. Und natürlich sind uns wie immer unsere kleinen Kultureinrichtungen ein Anliegen. Und wir hoffen, dass da zumindest vom Land dann keine größeren Kürzungen dann kommen. Von der Stadt Steyr kommen sie ja nicht. Also die Million Euro für die Straßen sind mir auch genug. Wir sind sowieso eher dafür, dass wir einfach mit dem Verkehr etwas anders umgehen sollen. Es gibt eigentlich nicht wirklich Ansätze, wie kann man Verkehr überhaupt beruhigen, wie kann man schauen, dass man überhaupt weniger Verkehr generiert. Also, die Westspange halten wir immer noch für den falschen Ansatz. Aber dafür in solche Dinge, dass man auch Arbeitsplätze wirklich gut erreichen kann, zum Beispiel mit einer Stadtbuslinie zum Stadtgut oder dort, wo halt einfach Arbeitsplätze sind. Aber grundsätzlich sehen wir in diesem Budgetvoranschlag sehr positive Tendenzen und wir werden dem zustimmen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Gemeinderat Zöttl.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BEd.

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich möchte zum Voranschlag der Stadt Steyr zum Rechnungsjahr 2018 zum ordentlichen Haushalt zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, eine Stellungnahme abgeben. Die veranschlagten Ausgaben für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft für das Jahr 2018 belaufen sich auf 17 Millionen und stehen den Einnahmen von 5 Millionen gegenüber. Da

sieht man schon, uns ist die Bildung sehr viel wert und kostet uns 12 Millionen Euro. Die FPÖ steht natürlich für eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung für unsere Jugendlichen sowie Garantie und Lernfähigkeit sowie Chancengleichheit. Ich selbst bin Lehrer der Sport- und Musikmittelschule und auch Mitglied im Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften. Ich begrüße die ganzen Investitionen, die wir da beschlossen haben, auch getätigt haben. Es ist immer einstimmig beschlossen worden, wenn es um Investitionen geht wie Akustikdecken, WLAN, behindertengerechte Zugänge, Gebäudesanierung. Ich glaube, da sind wir uns fraktionsübergreifend alle einig. Selbstverständlich befürworten wir auch die Brandschutzmaßnahmen, die gestückelt worden sind auf drei Jahre. Der Herr Vizebürgermeister Hauser hat das vorher schon gesagt, da kommen circa Kosten für die Brandschutzmaßnahmen in der Höhe von 2 Millionen auf uns zu. Für nächstes Jahr haben wir da 707.000 Euro geplant und sind natürlich glücklich, dass wir das jetzt splitten haben können und nicht auf einmal dann 2 Millionen dafür zahlen müssen. Das einzige, was aus unserer Sicht vielleicht noch verbesserungswürdig ist, ist zum Beispiel die Implementierung von White-Boards. Das heißt, dass man oft neue Wege ein bisschen eingeht. Ich habe in der Schule, Sport und Liegenschaft im Ausschuss auch schon erwähnt. Es ist mir gesagt worden, okay, das ist noch nicht am Stand, das kommt erst. Aber ich weiß selber in unserer Schule, wir verwenden es schon, und ich würde sagen, da sollte man auch noch ansetzen, damit man da den Zug nicht verpasst und am Ball bleiben. Natürlich wie auch immer die Freiheitlichen fordern, ist auch die Qualität im Unterricht für uns sehr wichtig. Und darum setzen wir uns wieder nach wie vor ein, dass Unterrichtssprache, dass die Kinder Deutsch beherrschen müssen, um auch in der Regelklasse folgen zu können und nicht den anderen Schülern hier den Nachteil erfahren, wenn viele Kinder drinnen sind, die nicht Deutsch sprechen. Als Anmerkung noch ein bisschen in die allgemeine Politik möchte ich sagen, nicht nur Lehrer, man hört es ja in den Medien, dass viele Lehrer gegen die neuen Notensysteme sind, mit dem grundlegend, vertieft. Ich selber und auch meine Lehrerkollegen teilweise, auch Direktoren, befürworten das neue Schulsystem oder die Benotung nach dem alten Schulsystem, wo es wieder Note 1 bis 5 gibt. Dann noch zu einem Punkt, Jugendzentrum, möchte ich noch etwas dazu sagen. Im Kostenvoranschlag wird das beziffert mit 100.000, sie Herr Vizebürgermeister haben gesagt, das ist einmal vorab 100.000. Wir sehen das ein bisschen kritisch und möchten ein bisschen hinterfragen. Wir haben ja bereits bestehende Jugendzentren, wie sieht es aus? Wie viele Jugendzentren gibt es bereits? Könnte man das nicht irgendwie integrieren und nicht noch ein zusätzliches Jugendzentrum erschaffen, wo die Kosten wahrscheinlich nicht bei 100.000 Euro bleiben, sondern sicherlich steigen werden. Das wollte ich noch dazu sagen zu der Gruppe 2. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Stadtrat Dr. Ritter. Bitte.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte gerne an meinen Vorredner anschließen und möchte den Punkt Soziales 4, Gruppe 4, streifen und ein bisschen nur darüber streifen, denn ich glaube in der gesamten Annahme des Budgets muss man eines sagen, die „KruX“ oder der Teufel liegt im Detail. Und ich habe da sehr oft die Gelegenheit gehabt, den Herrn Schoedermayr hier sprechen zu hören und ich sage, und das sage ich ganz offen, der Herr Schoedermayr ist, der hat nicht den alleinigen Anspruch von sozialem Gedankengut, sondern der liegt auch wo anders. Es kann auch von einer anderen Partei beleuchtet werden. Es ist eine andere Beleuchtung, es ist ein anderer Standpunkt und den bitte ich genauso zu akzeptieren. Bezüglich niederschwelliges Jugendzentrum. Was ist das? Das wird immer so gesagt, wir brauchen ein neues Jugendzentrum. Wir haben zwar die alten nicht evaluiert und wir wissen nicht, wie gut sie frequentiert werden, wir wissen nur, dass es etwas kostet. Ein niederschwelliges Jugendzentrum hat eines oder beinhaltet eines, es wird hier vielleicht mit der Konsum von Alkohol und Drogen irgendwie so subkutan gestattet. Es ist ein Zentrum...

Allgemeine Unruhe

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Ja, ja genau. Sie können ruhig, sie können lachen, sie können murren. Es ist die Definition niederschwelliges Jugendzentrum. Ich sage nur etwas, da konzentrieren wir sie und wenn sie dann rausgehen aus dem Jugendzentrum, dann sind sie auf einmal...

Unverständliche Zwischenmeldung

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Dann sind sie auf einmal auffällig und dann sind sie alkoholisiert oder unter Drogen. Ich glaube, das ist nicht gut. Ich glaube, dass es dieses niederschwellige Jugendzentrum sicher noch einiger Diskussionen bedarf, worum es da wirklich geht und ob man so viel Geld in die Hand nehmen muss. Zweitens möchte ich gerne das Soziale noch weiter. Wir haben in den Kindergärten, wir haben wirklich einen Anteil von, bei einem Anteil von 800 Kindern jedes Jahr, haben wir einen Anteil von circa 200, und das sind 25 %, 200 Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und die sprachpädagogische Hilfe brauchen. Für diese 200 Kinder haben wir extra Pädagogen abgestellt, das sind 15 Sprachpädagogen, die sich mit diesen Kindern beschäftigen oder die diese Kinder, die diesen Kindern Hilfe gewährleisten können. Die Tendenz ist steigend. Und es ist eines klar, dass wir in dem gesamten Budget, wenn man Soziales und alles zusammennimmt, muss man immer irgendeinen Kompromiss machen. Und ich sage ganz ehrlich, wenn man kritisch dem Budget gegenüber steht, dann muss man sagen, es ist wieder sehr viel zusammengefasst, das man einfach nicht kritisieren darf. Man kann Alten- und Pflegeeinheiten in Steyr einfach nicht kritisieren, die darf man nicht runtersparen. Aber im Prinzip gibt es Bereiche, die man kritisieren oder die man weiter noch transparent gestalten kann. Zum Beispiel im Sozialbereich noch die, das Sozialbudget, das für uns ein Sorgenkind ist. Allein die Sozialhilfen seit 2007 bis 2018 sind von 2,8 Millionen auf 4,7 Millionen gestiegen. Das sind 66 %. Und die Grenze nach oben ist nicht gegeben. Und wie kann man das irgendwie ein bisschen, ein bisschen kanalisieren? Man muss es ein bisschen mehr kontrollieren und man muss es auch, bevor wenn es, es sollte gedeckelt werden. Und die Deckelung ist etwas, die ist bei uns ja üblich. Wir haben die Deckelung im medizinischen Bereich, wir haben die Deckelung in der Leistungszuwendung, wir haben die Deckelung in der Leistungsabrechnung. Also mit der Deckelung leben wir bereits. Warum kann es in dieser Sparte des Sozialbereiches bezüglich der Mindestsicherung keine Deckelung geben? Seit 2015, und 2015 ist ein Jahr gewesen, da hat die Regierung die Kontrolle über den österreichischen Staat verloren. Da ist eine Einwanderungslawine über uns hereingebrochen. Und wir haben stets davor gewarnt, dass die Kosten der Mindestsicherung auf uns zukommen werden und unser Sozialsystem auch belasten werden. Der Herr Schodermayr hat das immer wieder bestritten und hat gesagt, nein es wird keine Mehrbelastung geben. Aber, wie wir gesehen haben und wie wir jetzt auch sehen, wir haben Recht behalten. Jeder zweite Mindestsicherungsempfänger ist im Asylantenbereich.

Allgemeine Unruhe

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Lüge!

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Nein, keine Lüge. Ist ja auch in Linz so kolportiert worden und auch in den Zeitungen.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Das ist eine Lüge.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Nein, das ist keine Lüge.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also in Steyr habe ich die Zahlen noch nicht gelesen. *Unverständlich...*

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Ja, das war Linz. Was mit den Leuten geschieht und wie man ihnen helfen kann und was man machen sollte, welche Programme es gibt, dass diese Leistungen nicht ausufern, das ist eigentlich nicht behandelt worden und wir versuchen in gewisser Art zu fordern, dass es weiter Vorschläge gibt, um diese Kostensteigerungen, die zu erwarten sind, um die einzudämmen. Wie gesagt, uns mit einer zweiten Keule immer wieder zu schlagen und zu sagen, wir sind eine sozial kühle Partei, das lasse ich und das lasse ich auch für die Partei und für mich, lasse ich nicht gelten. Wir sind nur eine Partei, die sozial kritisch ist. Und wir beleuchten das Ganze ein bisschen anders. Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke Herr Dr. Ritter. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Kattnigg. Bitte sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen?

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen im Gemeinderat und liebe Medienvertreter. Zuerst möchte ich einmal positiv beginnen und ein herzliches Dankeschön an den Herrn Bürgermeister sagen oder überhaupt auch an den Gemeinderat, dass ein Budgetsplitting zustande gekommen ist, das wir schon seit Jahren fordern. Ich bin jetzt ja mittlerweile zum dritten Mal beim Budget vertreten im Landtag und da sehe ich natürlich aufgrund von den Diskussionen, was das für einen Vorteil bringt, hat der Dr. Zöttl schon gesagt, die Transparenz. Eines möchte ich aber trotzdem noch anregen. Der Budgetlandtag dauert ja drei Tage und das ist auch aus gegebenem Grund, weil das Budget nicht nur umfangreicher ist im Land sondern auch es soll Zeit geboten werden, dass man wirklich über jede Gruppe ordentlich diskutiert. Und es ist natürlich auch der Vorteil, wenn... also es wäre auch die Anregung hier herinnen, wenn man mit dem Budget zuerst beginnt und vielleicht die anderen Themenschwerpunkte, die natürlich auf der Tagesordnung noch einmal sind, dass man die später bringt, am Ende der Budget... Es ist nur eine Anregung, aber es wäre sicherlich für den einen oder anderen angenehmer in der Diskussion. Ich möchte, nachdem ich nur zweimal reden darf, auf drei Themenfelder eingehen. Das ist einmal zuerst die Gruppe 3, Kultur. Kunst, Kultur und Kultus nennt sie sich. Wir haben da Einnahmen, der Herr Mayrhofer wünscht, der Gunter Mayrhofer schaut schon, von 393.500 Euro und Ausgaben von 2.844.200. Ich glaube wir sind uns alle einig, dass Kultur wichtig ist. Besonders für so eine schöne Kulturstadt wie Steyr und wo auch viel mit unseren Ausgaben für die Kultur in jeder Richtung weitergetragen werden kann, zum Beispiel mit Besucherzahlen für den Tourismus und so weiter. Aber mein Kritikpunkt liegt wie immer bei den Ausgaben, den will ich aber jetzt genau betonen, bei der Verhältnismäßigkeit der Ausgaben, der Zuordnung der Ausgaben. Wenn ich mir das jetzt anschau im Budget, wir geben wieder 44.000 Euro, wir geben für das Musikfestival 40.200 Euro aus, wir geben für das Schubertfestival 8.800, für „Theater am Fluss“, das sehr gut bei den Menschen ankommt, war ich selbst schon dabei, 6.000 Euro, für das Styraburg Festival 13.200 und so weiter und sofort. Und ich möchte betonen, mein Wunsch wäre, und wenn es die Möglichkeit gegeben hätte, hätte ich dann schon einen Änderungsantrag gebracht in dieser Gruppe, wo ich gesagt hätte, verwenden wir doch, und dann geht es noch weiter mit dem Museum Arbeitswelt, was ich dann auch noch erläutern werde, unser altes Thema. Warum können wir nicht für interessante Projekte, die auch für unsere Tourismusstadt Steyr und Kulturstadt Steyr für Wichtigkeit sind, ein bisschen wo anders aufsplitten und sagen, man gibt zum Beispiel einen Teil vom, man gibt dem Musikfestival von mir aus mehr, man gibt unter anderem, man sagt Röda, ist für uns vielleicht nicht so wichtig, das haben wir auch immer wieder gesagt, und geben der Stadtkapelle Steyr mehr Geld. Also es gäbe einige Diskussionspunkte, die man mit Änderungsanträgen auch in eine Richtung lenken könnte wo man sagt, vielleicht profitiert dann eine Stadt Steyr mehr davon. Zum Museum Arbeitswelt möchte ich schon noch einen Beitrag leisten. Das war ja auch voriges Jahr wieder Diskussion. Wir haben auch heuer wieder 179.000 von der Gemeinde Steyr für das Museum Arbeitswelt veranschlagt. Ein sehr hoher Betrag. Das Land Oberösterreich, ich bin gespannt, das wird wahrscheinlich wieder von der Landesrätin Gerstorfer kommen, hat dann noch 300.000 im Ausgleich zugeschossen. Was Bund, Ge-

werkschaft, Arbeiterkammer beitragen, das entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache ist aber auch, und da möchte ich wieder das Museum Arbeitswelt ansprechen mit den Projekten, überhaupt vom Programm das Museum Arbeitswelt. Es ist mir auch in das Auge gestoßen in meiner Funktion beim FAZAT, beim Verein FAZAT, dass zum Beispiel die Chefin, die Karin Auer, die Kathrin Auer, in ihrer Funktion im, also im Projekt Eisenstraße auch beim „Nature of Innovation“ wieder einen Punkt reinbringt, „Nature of Innovation“, da wird ja auch einiges Geld ausgegeben und wo sich die Frage stellt, wie kann Museum Arbeitswelt landschaftsbetrieblich am Leben gehalten werden. Und ich sage einmal, da wird eine Projektgruppe mit einem Thema beschäftigt, das kritisiere ich schon. Eigentlich wäre das eine Aufgabe aus meiner Sicht von einer Museumsleiterin mit ihrem Team diese Frage selbst zu überlegen und nicht in einem Projekt wie dem „Nature of Innovation“ auch wieder Leute zu beschäftigen, wo auch wieder Gelder fließen, immerhin in Summe für das Projekt 870.000 Euro. Und dass man dort auch noch die Projektmannschaft beschäftigt mit dem Punkt, wie können wir (*unverständlich*) gestalten. Ich kann ihr eine Antwort geben der Kathrin Auer, ich sage, macht einmal auch andere interessante Ausstellungen. Vielleicht die Entwicklung des Autos, wir haben BMW in Steyr, oder des Motors, wie hat sich der M1 entwickelt? Macht nicht immer so Ausstellungen wie zum Beispiel, was haben wir denn da gehabt, „Super sozial“, „Bedeutung soziales Netzwerk“, „Stollen der Erinnerung“. Diese Themen, ich sage einmal, ich weiß nicht, ob die Menschheit an diesen, das ist ein wichtiger Punkt, aber ob wir immer wieder dieses Thema Vergangenheit aufrollen wollen, das möchte ich einmal in dieser, immer wieder diese Vergangenheitsbewältigung in einem Museum aufrollen wollen. Das möchte ich schon einmal einfach ganz klar hier sagen in der Runde. Landesausstellung ist auch noch ein wichtiger Punkt, den ich erwähnen möchte. Die zwei Millionen sind sicherlich gut angelegt. Da würde ich mir halt wünschen, dass diese 2 Millionen auch nachhaltig für die Stadt Steyr wirken. Also mit den Projekten, mit dem Innerbergerstadl mit Sicherheit. Dass möglichst viele Besucher zu uns kommen. Das wäre einmal zum Kulturbudget. Zum Krankenanstaltenbeitrag, der in der Gruppe 5, bei der Gesundheit, auftaucht, kann ich vielleicht ein bisschen Aufklärung betreiben. Und zwar habe ich mir die Zeit genommen und einen Termin bei der obersten Finanzchefin vereinbart. Und zwar habe ich die Finanzchefin, die Frau Dr. Frau-scher, auch gefragt, warum...es wird der Krankenanstaltenbeitrag für Steyr oder für die Gemeinden generell zu Recht immer wieder kritisiert. Warum ist der so hoch? Sie hat mir als Antwort gegeben, erstmal man muss das einmal generell so betrachten, die Ausgaben für die Krankenhäuser werden immer höher. Es kommen mehr Menschen in die Krankenhäuser, es wird die medizinische Versorgung besser, das muss man auch so betrachten, ist auch die Wahrheit. Es gibt mehr Kranke, quer durch die Altersgruppen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es soll ja keiner wissen, wer es zahlt. Warum zahlen wir so viel?

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Darf ich einmal weiter ausführen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ich wollte nur fragen, wer es zahlt?

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Der Krankenanstaltenbeitrag wird ebenso, den hat ebenso auch das Land Oberösterreich zu tragen, also nicht nur die Stadt Steyr für das Krankenhaus, sondern auch die Länder haben diesen zu tragen. Der Krankenanstaltsbeitrag wird vom Bruttoinlandsprodukt, und zwar hat sie gesagt, da werden also die gesamten Gemeinden in Oberösterreich, 3,5 % in dem Fall das Bruttoinlandsproduktes berechnet. Und dann hat sie mich noch aufmerksam gemacht, sie hat mir da eine Grafik mitgegeben. Da sind einmal die Übersichten über die Beiträge in Oberösterreich, ich kann es jetzt nur vorlesen, von 2011 bis 2018. Und da sieht man auch, wenn ich jetzt vorlese, für ganz Oberösterreich ist das. 2011 haben wir in Oberösterreich 284.713.245 gehabt, im Jahr 2012 eine Erhöhung von 0,4 % auf 285 Millionen, also fast 286. Im Jahr 2013 ist es wieder runter gegangen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Da war die Krankenanstaltenreform. Das wissen wir.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Da war die Krankenanstaltenreform.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Eh, aber ich will nur sagen, es muss nicht immer rauf gehen. Es kann genauso auch runter gehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Er geht aber rauf.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Auf das hat sie auch hingewiesen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ja eh. Aber es geht bei uns in einem Ausmaß rauf und bei allen Gemeinden, das unregelmäßig ist zu dem, was vom Land raufgeht. Das ist der Kritikpunkt. Dass wir es brauchen, das ist ja okay.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Aber ich will es nur einmal erläutern, dass es auch dem Bürger bewusst ist, dass diese Beiträge...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Sie sollen uns einfach weniger Prozente raufrechnen. Das ist das Ziel.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Ja, da muss aber das gesamte System. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Medizin ja auch besser wird und dass das Personal ja auch das Einkommen hat und genauso einer Verteuerung damit uns so weiter. Und dass wir auch die Medizin genauso mittragen müssen. Ob das jetzt gerecht oder ungerecht ist für Steyr, darüber kann man stundenlang diskutieren und ob auch die Aufsplittung für die Stadt ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Für alle Kommunen ist es ungerecht, aber seit zehn Jahren schon und es tut sich gar nichts und es ist am Land jeden egal.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Das würde ich nicht so betrachten. Weil sie klarerweise auch sagt, wir zahlen an das Land genauso. Aber wir müssen halt auch die fortschreitende Medizin halt alle miteinander mittragen. Das ist so.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Völlig richtig.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:
Das muss man genauso betrachten. Das war das Thema zum Krankenanstaltenbeitrag. Ein anderes Anliegen habe ich noch, das ist der letzte Punkt. Zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Da habe ich natürlich das besondere Anliegen immer wieder, weil ich ja auch im TIC eine Funktion habe, dass der Wirtschaftsstandort Steyr entsprechend gestärkt wird. Mir ist

einfach wichtig, ich war schon glücklich wie ich mitbekommen habe die ganzen Ansiedlungen, zum Beispiel von Happy Fit, der Ausbau von Happy Fit, dass Steyr Motors erweitert hat und dann hat zum Beispiel die Firma Gasser eine Betriebsansiedlung gemacht. Warum bin ich glücklich darüber? Betriebe gehören zu uns, Steyr ist ein Wirtschaftsstandort, genauso wie Oberösterreich. Aber ich denke auch es wäre noch möglich, durch viele Maßnahmen den Wirtschaftsstandort Steyr noch attraktiver zu machen. Und durch Betriebsansiedlungen, das brauche ich ihnen glaube ich nicht erzählen, haben wir eine erhöhte Kommunalsteuer. Wie können wir das noch schaffen, den Standort Steyr noch attraktiver zu schaffen? Ich glaube, das ist einfach auch mit der Infrastruktur, mit der umstrittenen Westspange, die immer wieder diskutiert wird. Ich glaube als Standort ist das außer Diskussion, dass wir die Westspange in Steyr brauchen. Ich werde mich dafür mit Sicherheit auch noch einsetzen, weil es hat auch Budgetkürzungen bei der Infrastruktur gegeben. Und ich hoffe wirklich, dass wir diesbezüglich noch in dieser Legislaturperiode zu einem Spatenstich kommen. Dann erhoffe ich mir sehr von der neuen Bundesregierung, dass es zu Unternehmensentlastungen kommt bei den Steuern, bei den Unternehmenssteuern, bei den Lohnnebenkosten. Und dann möchte ich noch einen Punkt anschneiden, das ist die Fachhochschulgebühr, die auch eigentlich weniger diskutiert wurde im Landtag. Ich glaube, das ist einfach eine absolute Notwendigkeit im Zuge des Gleichbehandlungsbeitrages. Universitäten haben ja auch Gebühren gehabt. Dass auch die Fachhochschulen Gebühren einheben. Ich habe selber studiert, ich habe mich auch gefragt, warum zahle ich keine Studiengebühren? Und ich denke, dieser Beitrag, auch wenn man jetzt gerade nicht in der Steyr bleibt, sondern bei den Fachhochschulen in Oberösterreich. Dieser Beitrag kann wieder sehr gut in eine Lehre, in einen weiteren Fachhochschulstudiengang und in den Ausbau der Fachhochschule, der Fachhochschulen in Oberösterreich und natürlich auch in Steyr, umgesetzt werden. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet die Frau Kollegin Frech. In Vorbereitung Dr. Schodermayr.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörer. Aus den Worten der Kollegin Kartnigg habe ich jetzt nicht entnehmen können, welcher dieser Punkte oder welche dieser Kapitel, die hinter diesen Kritikpunkten stehen, seitens der FPÖ nicht beschlossen werden, welche dieser Kapitel nicht beschlossen werden, das haben sie ein bisschen offen gelassen, Kollegin Kartnigg.

Unverständliche Wortmeldung von Frau GR Kartnigg

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das heißt ich kann es nur vermuten. Gerüchtweise war es ein bisschen zu hören, es wird die Kultur sein. Stimmt es?

GESMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Stimmt.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Stimmt, gut.

Unverständliche Wortmeldung von Frau GR Kartnigg

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Schon. Aber die Frage ist ja...

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber es ist schon wichtig für das, was man hier heraußen sagt, zu wissen, was nachher möglicherweise passieren wird, wenn es dann keine Wortmeldung dazu mehr geben wird. Aus Zeitgründen, es ist schon ziemlich fortgeschritten, werde ich mich nur auf das Thema Kultur oder nur mit dem Thema Kultur beschäftigen, vor allem weil es ja anscheinend hier auch eine aus meiner Sicht sehr bedauerliche Gegenstimme geben wird seitens der FPÖ. Mich wundert schon ein bisschen, man darf kritisch sein, ich bin es auch, ich finde das auch gut. Es ist ja eigentlich schon sehr interessant wenn man sich genau heute, wo zum ersten Mal die kapitelweise Abstimmung möglich ist und man hier auch sehen kann, wie die einzelnen Verhältniszahlen sich so bewegen, ist das schon spannend. Wir reden bei der Kultur von einem Budget von 2,8 Millionen im Bereich der Ausgaben. Das ist die Budgetgruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, das ist da auch noch drinnen in den 2,8 Millionen, während in anderen Gruppen 40 Millionen, 21 Millionen stecken. Und da reden wir bei der Kultur von 2,8 Millionen Euro. Das ist ungefähr oder das entspricht ungefähr einem Prozentsatz von 2 % unseres Gesamtbudgets, das wir im ordentlichen Haushalt für die Kultur ausgeben. Wir reden also wirklich von 2 %. Hier dann zu sagen, schichten wir innerhalb der Kultur um, finde ich höchst spannend, in diesen 2 % da umzuschichten. In anderen Städten vergleichbarer Größenordnung, nein Entschuldigung, kleinerer Größenordnung reden wir von einem Anteil am Gesamtbudget für die Kultur bei ungefähr 4 %. Und das ist eine Forderung, die zum Beispiel der Kollege Mayrhofer und ich auch schon seit mindestens zwei Jahrzehnten erheben, zumindest diese 4 % zu erreichen. Da reden wir noch gar nicht von Aufstockung, sondern das, was in anderen Städten, die sich zu Kunst und Kultur bekennen, üblich ist. Und jetzt will man da umschichten. Wir haben alle Jahre wieder die Diskussion hier im Gemeinderat zu gewissen Einrichtungen, die sind zwar auch gefallen, Museum Arbeitswelt, Röda etc. Dass man dann im laufenden Jahr aus welchen Gründen auch immer, gegen eine Förderung einzelner Einrichtungen stimmt, gut ist legitim, andere Auffassung. Aber ist ihnen bewusst, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, dass wenn sie hier heute gegen dieses Kapitel Kunst, Kultur und Kultus stimmen, dass sehr viele Punkte drinnen sind, die nicht mehr einzeln dann abgestimmt werden im Gemeinderat aufgrund der Wertgrenzen, und sie sich deshalb auch, wenn sie hier dagegen stimmen, gegen Kulturvereine aussprechen wie zum Beispiel den Zitherverein, den Mandolinerverein, den Männergesangsverein Sängerkunst, die Volksbühne, die Kunstgruppe, den Verein Zwischenbrücken, die Gleinker Volksmusikanten, der Clubchor, die Goldhaubengruppe und so weiter. Und da rede ich von zehn Vereinen, die, wissen sie, welchen Betrag bekommen? Ich sage es nicht im Einzelnen, das möchte ich in der öffentlichen Diskussion nicht. Aber keiner von denen bekommt mehr als 500 Euro. Und die würden dann nicht einmal diese 500 Euro bekommen, wenn wir das hier und heute nicht beschließen. Das kann doch nicht in ihrem Sinn sein! Dass ein Zitherverein, eine Goldhaubengruppe, der Verein Kunst, die Kunstgruppe, der Verein Zwischenbrücken oder die Sängerkunst oder die Stadtkapelle kein Geld mehr bekommt. Auch die wären da betroffen. Das kann es doch nicht sein. Und ich denke mir, es gibt viele Punkte in einem Budget, auch ich bin nicht mit allem einverstanden, aber was schon klar sein muss ist, wo die Richtung hingeht. Und sich gegen Kunst und Kultur in einer Stadt in einem Budget, wo kapitelweise abgestimmt wird, auszusprechen, halte ich nicht für etwas, was wir in diesem Gemeinderat machen sollten. Weil Kunst und Kultur, das ist Lebensenergie, das ist Energie für eine Stadt. Das ist etwas, was für den Tourismus unendlich wichtig ist. Und ich will jetzt gar nicht Partei ergreifen für irgendeine dieser Einrichtungen, die immer kritisiert werden. Ich gebe nur eines zu bedenken, gäbe es keine Förderung für das Museum Arbeitswelt, dann gäbe es das Museum Arbeitswelt irgendwann nicht. Und wir haben 2021 eine Landesausstellung, die an drei Orten stattfinden wird. Und dann hätten wir nicht eine Landesausstellung mit drei Orten, sondern nur zwei Orten und de facto nicht die Landesausstellung, die wir uns wünschen und damit auch nicht den Effekt für den Tourismus. Das kann doch in niemandes Sinn sein. Über Programmgestaltung etc. kann man lange diskutieren. Aber eine Einrichtung, eine Institution, die Räumlichkeiten bietet, nicht nur für eine Landesausstellung, sondern für Seminare, für Kongresse etc., das kann ich doch nicht tun, dass ich dann da dagegen bin. Also ich würde die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion schon sehr bitten im Sinne der kleinen Kunstvereine, der wichtigen Kultureinrichtungen, hier auch die-

sem Kapitel Kunst, Kultur und Kultus die Zustimmung zu geben. Es ist ihnen ja ohnedies ungenommen, bei einzelnen Einrichtungen im Laufe des Jahres, die wir wieder hier herinnen behandeln werden aufgrund der Wertgrenzen, sich dagegen kritisch auszusprechen. Aber nicht in der Gesamtzahl dieser ganzen Vereine, in der Gesamtzahl all dessen, was wir für wichtig erachten im Zusammenhang mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, mit den Touristen, die wir in dieser Stadt haben. Da kann das nicht das Signal sein, das wir setzen, dass wir nicht einhellig in diesem Gemeinderat quer über alle Fraktionen uns für die Kultur und für die Kunst und auch den Kultus aussprechen. Also ich würde mir wünschen, dass sie da auch mitziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich erlaube mir jetzt einen kurzen Zwischenruf. Also, das ist ein sehr ehrliches Ziel, was du ansprichst, aber grundsätzlich war ja das immer genügend für uns, so zu sagen gesamtheitlich abzustimmen insgesamt gesehen über das Budget. Und die Möglichkeit bei einzelnen Anträgen, die da während des Jahres kommen, dann dagegen zu stimmen, war ja immer gegeben.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Eben. Und das kann man auch nutzen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Da gebe ich dir schon Recht. Nur das kapitelweise Abstimmen hat ja den Sinn gehabt, doch gegen ein Kapitel sein zu dürfen. Und das ist ja die Situation. Und deshalb denke ich mir, es ist auf der einen Seite glaube dein Ansinnen sehr wichtig und auch ein faires Ziel, auf der anderen Seite muss man auch akzeptieren, dass gerade zwei Fraktionen ein großes Interesse gehabt haben, das kapitelweise abzustimmen. Und das schon seit Jahren, sage ich jetzt einmal, uns relativ schwer tun und sagen, aber du darfst jetzt nicht so stimmen, wie ihr wollt. Also, ich möchte es nur sagen, damit wir nicht so zu sagen einen falschen Eindruck bekommen. Weil dann hätte ja das gesamte Kapitelsystem gar keinen Sinn. Gut, also jetzt hat sich gemeldet dann der Dr. Schodermayr und dann der Uwe Pichler in Vorbereitung.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geschätzte Anwesende. Ich darf ein bisschen eingehen auf das, was Kollege Ritter, ich darf Mario weitersagen, weil du mich beim Nachnamen angeredet hast. Jetzt weiß ich nicht, sind wir noch per du? Ich denke wir sind noch per du.

Unverständliche Zwischenmeldung von Stadtrat Dr. Mario Ritter.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja, na dann. Du könntest es mir entziehen. Warum du auf die persönliche Ebene gegangen bist, weiß ich nicht. Wie du auf die Idee kommst, dass ich glaube, dass ich im Sozialbereich der einzig Gescheite bin, weiß ich nicht. Ganz im Gegenteil mag ich hier die Lanze brechen für unseren Sozialausschuss. In dem wir, so ist mein Eindruck, ein ausgezeichnetes Verhältnis haben. Und zwar eine ausgezeichnete Diskussionskultur und wo wir schon des Öfteren bewiesen haben, dass wir durch das gegenseitige Ausdiskutieren unserer Meinungen zu einem besseren Ergebnis gekommen sind, als wie mit der Meinung, wie wir hineingegangen sind in den Ausschuss. Was ich nicht teile mit dir ist, dass Demokratie heißt, den Standpunkt des anderen zu akzeptieren. Das halte ich für nicht durchführbar. Ich kann deinen Standpunkt nicht akzeptieren. Ich kann akzeptieren, dass du dich frei äußern darfst, dass du diskutieren kannst, dass wir über alles reden können, aber ich muss deinen Standpunkt nicht akzeptieren. Das möchte ich einfach hier sagen. Da haben wir offensichtlich ein unterschiedliches Verständnis. Wo es dann wirklich, ich wollte, jetzt habe ich wirklich ganz lange überlegt, ob ich den Punkt jetzt anspreche. Ich spreche ihn trotzdem an, weil es schon egal ist heute. Es ist wirklich ein völlig abstruser Zugang dass du sagst, subkutan würde, subkutan für alle anderen ist „unter die Haut stechen und was hineinspritzen“, würde man im Jugend-

zentrum den Konsum von Alkohol und Drogen begünstigen. Also ich mag das wirklich zurückweisen und wirklich ganz ernsthaft und da „blödle“ ich jetzt gar nicht mehr, zurückweisen. Erstens im Sinne unserer Jugendlichen, die denke ich mir, zu einem sehr, sehr hohen Anteil in den verschiedenen Jugendzentren profitieren davon, dass es sie gibt. Und ich mag es auch im Namen derer auch sagen, die die Arbeit dort machen. Dort sind Sozialarbeiter, Sozialpädagogen am Werk, die sich wirklich hineinschmeißen und die für die Jugendlichen was herausholen wollen und die die Schicksale der Jugendlichen wirklich in positiver Art und Weise beeinflussen wollen und das in hohem Maß auch tun. Das Jugendzentrum in dem Bereich wo es jetzt passieren sollte ist ein Ergebnis dessen, was ich, wie haben wir es genannt, Runder Tisch, was wir Runder Tisch genannt haben, wie wir eingeladen haben in dem Augenblick, wo wir gesehen haben, da ist eine problematische Entwicklung in einem Stadtteil. Wir haben uns alle zusammengesetzt, jetzt wiederhole ich mich, das werdet ihr eh schon alle gehört haben, mit allen, die in irgendeiner Form zu tun gehabt haben damit. Und wir haben als einen der Lösungsansätze ein Jugendzentrum, ein niederschwelliges Jugendzentrum, befürwortet und dankenswerter Weise ist es auch in der Stadt, also im Stadtsenat gut angekommen beziehungsweise in den Fraktionen gut angekommen. Es ist ein Lösungsansatz, der Versuch eines Lösungsansatzes. Aber dass wir dort vielleicht als Stadt so halb in den Dealerbereich hineingerückt werden, möchte ich wirklich heftigst zurückweisen. Es ist abstrus. Wenn mir die Ingrid erlaubt, sage ich nur einen Satz zu der Sprachförderung. Bitte, wir haben, du hast die Zahl richtig gesagt, um die 200 Kinder denke ich mir, die Sprachförderung brauchen. Das ist aber nicht so, wie du es herüber gebracht hast, dass das lauter, sage ich jetzt in deinem Jargon „Ausländerkinder“ sind, sondern das sind...die haben Sprachentwicklungsstörungen, auch bei unseren Kindern. Und ich finde das ein extremes Qualitätszeichen, dass wir das in unseren Kindergärten, auch in der Quantität und in der Qualität anbieten. Und ich mag auch dafür eine Lanze brechen und ich freue mich, dass wir dafür Geld investieren. Dann hast du Sozialhilfen angesprochen, dass die so exorbitant ansteigen. Das ist eine hohe Summe, da sind wir uns auch einig, 4,7 – 4,6 Millionen. Hauptsächlich eben Mindestsicherung. Es ist schon so, und du hast dann auch noch gesagt, es ist keine Grenze nach oben gegeben. Jetzt ist es mir fast schon peinlich, ich bin schon wieder deiner Meinung. Die Grenze nach oben ist dort gegeben, wo kein Bedarf mehr da ist. Und wie der Bedarf sich entwickelt und wo er hingehet, können wir alle zusammen wie wir da sitzen, vortrefflich diskutieren, wir können es annehmen, wir können Berechnungsmodelle entwickeln, wir können extrapolieren. Wissen tun wir es nicht, dass es eine hohe Summe ist, ist klar. Aber im Sinne, und da sind wir uns hoffentlich auch einig, einer Solidargemeinschaft ist es unsere verdammte Pflicht, diese Summe auch aufzubringen und das zu tun, was vor allem gesetzlich vorgeschrieben ist. Es ist ja nicht so, dass wir im Sozialbereich, die Martina wird mir jetzt hoffentlich Recht geben, dort sitzen und alle da uns überlegen, wie schmeißen wir jetzt dort das Geld hinaus und da das Geld hinaus. Sondern das sind klare Vorgaben aus dem Sozialhilfegesetz, also Chancengleichheitsgesetz und, und, und. Also da haben wir in Wahrheit Spielraum „Nüsse“. Wir können nur uns für die Menschen entscheiden oder eben nicht. Dann hast du die Deckelung angesprochen. Da hast du einen Vergleich gebracht, jetzt sind wir beide Mediziner, der passt für mich nicht. Weil die Deckelung in unserem Bereich ist, dass wir ab einer gewissen Anzahl von Patienten, ab einer gewissen Anzahl von Leistungen, weniger bezahlt bekommen für die Leistung. Finde ich auch nicht okay, würde ich auch gerne alles haben, sind wir uns einig. Aber das zu vergleichen mit der Deckelung der Mindestsicherung, wo man kinderreichen Familien eine Grenze einzieht bei 1.512 Euro, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, das ist auch schon fast unanständig. Also das ist etwas ganz anderes, da sind wir am untersten Ende der Sozialskala und ich behaupte einmal, wir zwei haben das Privileg, dass wir deutlich weiter oben sind im Einkommensranking. Also das möchte ich wirklich nicht verglichen haben. Und wenn sie bei uns was einsparen, mag ich das auch nicht, aber mir ist es lieber, als sie nehmen es den Mindestsicherungsempfängern weg. Dann ein Ausdruck, der mir jedes Mal wirklich bis auf den Knochen hinein unangenehm ist, ist wenn man einen Menschen vergleicht mit Naturkatastrophen. Du hast von einer Einwanderungslawine geredet 2015. Lawine ist eine Naturkatastrophe, ist was, was viel kaputt macht, was viel zerstört. Ich mag so einen Vergleich einfach auf den Tisch legen, ich finde ihn unpassend, ich finde ihn nicht in Ordnung. Es sind viele Menschen zu uns gekommen

aus verschiedensten Gründen. Jetzt kann man sagen, das ist gut oder nicht gut, aber sie sind keine Naturkatastrophe und kein Heuschreckenschwarm, und was der Teufel was alles. Dass dadurch die Mindestsicherung bei uns in Steyr so in die Höhe gegangen wäre, du verzeihst mir den starken Ausdruck Lüge, den ich da zweimal gebraucht habe, es ist schlichtweg, es hat nicht gestimmt was du gesagt hast und es hat wissentlich, offensichtlich nicht gestimmt. Der Herr Bürgermeister hat die Zahlen denke ich mir sehr klar aufgezählt und da ist der Anteil der Leute, der Asylberechtigten, ein sehr geringer. Das, was uns vielmehr, das was uns vielmehr und das ärgert mich ja daran, dass wir uns wieder auf das stürzen, anstatt dass wir über die Gruppe reden, die wirklich ein Stück weit brennt. Wir haben den dramatischen Anstieg bei den Jugendlichen, die bildungsfern oder wie immer man das nimmt sind, eine schlechte oder gar keine Ausbildung haben und die nie wirklich in ein gescheitertes Arbeitsleben hineinkommen. Das ist die am stärksten, eine der stärksten steigenden Gruppen. Und was noch stark ansteigt, jetzt hätte ich es fast vergessen im Reden, sind die sogenannten, und da mag ich die Vertreter der Wirtschaft einladen umzudenken, das sind die „Working Poor“, das heißt das sind Menschen, die einen Job haben und die von ihrem Job nicht leben können. Das sind die zwei Gruppen, die am stärksten ansteigen im Bereich der Mindestsicherung. Nicht die Leute, die zu uns gekommen sind, weil sie vor Krieg, Hunger und was auch immer davon gelaufen sind. Dann hast du gesagt, das habe ich fast ein bisschen selbstmitleidig gefunden, dass man dir oder euch, oder wem auch immer, sozial kühle Partei umhängt, habe ich mir da aufgeschrieben. Sozial kühle Partei, (*unverständlich*) eben jetzt wirklich fast schizoid für mich. Im Sozialausschuss sind wir in weiten Strecken super miteinander und gut unterwegs und haben eigentlich dieselben Ziele und wollen auch, sind sehr ergebnisorientiert. Aber wo das herkommen könnte, denke ich mir, wenn ich nur überlege, was jetzt auch vom Land hergekommen ist, sozial kühle Partei im Bereich der Deckelung der Mindestsicherung. Und vor allem, der Bereich ist überhaupt noch nicht angesprochen worden, der Bereich des Chancengleichheitsgesetzes. Hier gibt es ja wirklich eine heftige Diskussion. Und das Chancengleichheitsgesetz ist, glaube ich, da kann man sich auch ziemlich einig sein, ein wirklich sehr, sehr gutes Gesetz. Es hat nur im Gegensatz zur Kinder- und Jugendhilfe, wo das anders ist, einen Passus drinnen, der mir überhaupt nicht gefällt und den ich schleunigst hinaushaben möchte, kann es allerdings nicht beeinflussen. Und das ist: „Die Menschen, die diese Hilfe brauchen, haben ein Recht auf diese Hilfe nach Maßgabe der vorhandenen Mitteln“. Und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel kann man schön steuern, ob sie es bekommen oder nicht. Und das ist jetzt gerade in der politischen Diskussion passiert, ich mag das auch noch ansprechen. Es wurden in den letzten Wochen wirklich tonnenweise Diskussionen geführt, ob das Budget jetzt 3 % aufgestockt wird pro Jahr, 5 % aufgestockt wird, 6 oder 2, alle Zahlen sind belegbar gewesen und jeder hat es anders gerechnet. Es ist völlig egal. Im Bereich des Chancengleichheitsgesetzes brauchen wir nicht 2 % oder 4 % mehr, da brauchen wir 30, 40 % mehr. Alleine im Bereich der Wohnungsbeschaffung für Menschen mit Beeinträchtigung sind wir in Steyr auf knapp 50 % Bedarfsdeckungsgrad. Ich möchte nur sagen, ob das irgendwem bewusst ist. Und können wir nicht ausbauen, weil das Geld nicht kommt. Jetzt kann ich sagen, steigt eh um 2 %. Nur mit den 2 % kann ich den laufenden Betrieb vielleicht erhalten, auch vielleicht noch in der Qualität, aber ich kann nichts dazu machen. Und ich bin sehr gespannt, ob die versprochenen 400 oder 600, auch da gibt es unterschiedliche Zugänge, in Österreich jetzt geschaffen werden oder nicht.

Unverständliche Zwischenmeldung von Frau Gemeinderätin BA (FH) Evelyn Kattnigg.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Und da fällt mir, schauen wir es uns an. Ich hoffe sie haben Recht Frau Kattnigg. Ich hoffe es. Und sonst in diesen Bereichen habe ich das Gefühl ist sozial kühle Partei fast ein Lob, so ist es schon fast ein sozialer Eiskasten. Zur Frau Kattnigg wollte ich noch was sagen, nur noch ganz kurz jetzt. Zu den Studiengebühren. Während wir das diskutiert haben heute mit den Kindergartengebühren in Steyr oder wie man es nennen möchte, egal, es kostet auf einmal was, habe ich dann einen Zwischenruf gehört: „Naja, dann wird ja das Schulgeld womöglich auch noch eingeführt“. Ich glaube das ist von dir gekommen Reinhard. Und ich

habe es extra nicht verwendet weil ich mir gedacht habe, ich will da nicht schwarz malen. Inzwischen habe ich jetzt ein bisschen, weil es nicht immer so interessant war zum Zuhören gelesen im Standard, schon die Meldung, die neue Bundesregierung plant Einführung der Studiengebühren ab dem 3. Semester, 500 Euro ungefähr in der Gegend wird es sich abspielen. Das heißt, wir haben im primären Bildungsbereich dann Gebühren und wir haben sie im tertiären Bereich. Die Frage ist, wann kommen sie im sekundären Bereich. Das noch als kleiner Nachtrag. Und etwas, was mir auch, da habe ich einfach eine persönliche Empfindlichkeit, das ist wenn sie sprechen vom Museum Arbeitswelt, von der, ob man dieses Thema Vergangenheit, Nazizeit, Nationalsozialismus, was auch immer, ob man das immer wieder aufwärmen sollte und immer wieder darüber reden sollte. Gott sei Dank haben hinter mir gleich ein paar ja gerufen. Ich bin dieser Meinung auch. Und ich weiß nicht ob sie es wissen, wenn nicht, vielleicht haben sie einmal Zeit in Mauthausen in die Gedenkstätte zu gehen. Da gibt es, ich hoffe ich irre mich nicht, von der griechischen Lagergemeinschaft eine Gedenktafel und die beantwortet in Wahrheit, ob man es tun sollte oder nicht. Und da steht drauf „Das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seinem Wiedergeschehen“. Und damit beende ich mein Referat und danke für das Zuhören.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte Kollege Pichler, im Anschluss dann der Kollege Dr. Zöttl.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gemeinderäte. Erstens auch von meiner Seite einen herzlichen Dank für die Möglichkeit hier, wie man sieht sehr intensiv, gewisse Kapitel besprechen zu können. Nicht das Ganze in einem Bausch und Bogen abhandeln zu müssen, sondern auch wirklich in das Detail zu gehen. Und dir auch lieber Willi, danke für die Unterstützung, die du uns zuerst gerade im Punkt Kultur gebracht hast. Weil, liebe Michaela, ich muss mich da auch zu Wort melden. Es war ein guter Versuch uns jetzt hier darzustellen, wie wenn wir gegen die Kultur wären oder pauschal gegen die Kultur zu sein. Nur alleine es wird beim Versuch bleiben. Wir sind nicht gegen die Kultur und ich glaube das hat die Frau Kollegin Kattnigg ganz klar und deutlich herausgebracht. Wir sind gegen die Verhältnismäßigkeit in diesem Bereich. Und es muss, und ich zitiere dich, es muss legitim sein und man darf kritisch sein. Und wir sind in diesem Bereich einfach kritisch und wir sind nicht erst seit gestern kritisch und wir sind nicht erst seit heute kritisch, sondern wir sind glaube ich seit Zeiten von Roman Eichhübl, also sprich seit Beginn auch wie es Museum Arbeitswelt Diskussionsbedarf gegeben hat im Gemeinderat, sind wir hier kritisch aufgetreten und wir werden uns das auch nicht nehmen lassen, auch weiterhin hier kritisch aufzutreten. Wenn ich aus einem Grund, noch einmal die Verhältnismäßigkeit ist hier der Punkt. Wir sprechen uns nicht gegen die Kultur aus, wir sprechen uns auch nicht gegen alle Kultureinrichtungen in Steyr aus. Und ich glaube Michaela, so gut kennen wir uns bereits und auch der andere Kollege, der bei uns im Gemeinderat im Kulturausschuss ist, wir sind keine unkulturellen Menschen. Das wage ich jetzt einmal zu behaupten. Aber es kann einfach nicht sein, dass gewisse Bereiche, man hat es eben zuerst angesprochen. Weil du eben den Zitherverein und den Mandolinerverein in den Mund genommen hast, die bekommen 500 Euro soweit ich weiß. Die Stadtkapelle bekommt 5.000 Euro, glaube ich, ich müsste nachschauen.

Unbekannter Zwischenruf „6“

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

6, 7 zeigt mir der Herr Mayrhofer. Naja, das Museum Arbeitswelt bekommt 180.000 Euro oder 179.000 Euro. Es ist und bleibt einfach die Verhältnismäßigkeit für uns nicht richtig und daher nehmen wir uns das Recht auch heraus, hier kritisch zu sein. Und noch einmal, man darf kritisch sein hast du gesagt. Wir sind kritisch und wir sind nicht gegen Kultur, weil das wäre jetzt sehr einfach uns das zu unterstellen, nur weil wir jetzt gewisse Bereiche einfach umgeschichtet haben wollen, zu sagen ja, wir sind gegen die gesamte Kultur. Nein, wir sind

nicht gegen die gesamte Kultur. Aber wir setzen hier auch ein Zeichen und werden hier auch in diesem Bereich eben im Sinne dieser getrennten oder Splittingabstimmung ein Zeichen setzen. Und nur weil man gegen etwas kritisch ist, ist man nicht gleich generell gegen etwas oder man ist auch nicht gleich unkulturell. Und zum Abschluss, weil schon sehr viel zitiert worden ist und sehr viel gesagt worden ist. Es ist schon auch, zum Beispiel auch der Herr Kulturreferent Mayrhofer hat gesagt, Wunschkonzerte können nicht mehr erfüllt werden. Das wird uns wahrscheinlich eben in diesem Bereich auch treffen. Es hat jeder seine Berechtigung auch eine Förderung zu bekommen, aber wir werden uns genau überlegen müssen, wie wir diese Förderungen, auch in welcher Verhältnismäßigkeit, ansetzen wollen. Wir sind nicht gegen Kultur, aber wir sind gegen die Verhältnismäßigkeit in der Kultur und da bitte ich auch unser Stimmverhalten dann dementsprechend auch auf diesen Hinblick und auf diesen Fokus zu legen. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Nächster Redner der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. Ich kann mich meinem Vorredner Uwe Pichler nur anschließen, was den Bereich Kultur betrifft. Also das kann ich unterschreiben. Und egal, ob das jetzt 2,8 Millionen Euro sind oder 40 Millionen, es muss immer die Verhältnismäßigkeit gesehen werden. Wenn wir schon bei den 40 Millionen sind, sind wir eh schon ungefähr beim Sozialbereich. Ich glaube, dass es schon sein kann, dass wir da Kritik äußern und nicht jedes Mal dann mit erhobenem Zeigefinger da irgendwo dann so zu sagen verteufelt werden. Weil wenn es jemandem egal ist, wie die Kosten da sich entwickeln und wenn die nach oben zeigen, mir ist es nicht egal. Und ich glaube, das muss man sich schon erlauben auch hier, dass man das anspricht und gerade Herr Dr. Schodermayr, lieber Michael, dass du nicht dann sagst, ich bin jetzt nicht mehr per du, die Mehrkosten in der Mindestsicherung haben wir nicht das erste Mal geredet. Und so wie der Herr Dr. Ritter gesagt hat, 2015 da hast du gesagt, es wird die Stadt in gar keiner Weise diese Mindestsicherung betreffen, weil, das zahlt alles das Land. Wir haben uns dann erkundigt. Da gibt es diese 3-Jahres-Übergangsregel, die geht dann quasi stufenweise zurück. Da möchte ich schon auch gerne haben, dass das akzeptiert wird, wenn wir das kritisch sehen. Und du sagst, es wird der Bedarf, egal wie weit oder wie hoch der Bedarf ist, da darf es keine Deckelung mehr geben. Dann würde ich sagen, machen wir die Türe auf, lassen wir die Welt zu uns herein, dann kann sich an diesem Bedarf alles orientieren. Ist überhaupt kein Problem dann mehr. Nur die Frage ist, ob das für unsere eigenen Leute noch sozial ist. Also ich muss sagen, wenn der Kuchen kleiner wird, muss es auch anders aussehen. Und ich frage mich auch noch, wenn wir wirklich dieser soziale Eiskasten sind, den du da gerade angesprochen hast...

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

In diesen Fragen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

In diesen Fragen, das finde ich erstens einmal eine absolute Frechheit, das muss ich ganz ehrlich sagen. Und dann das Zweite, warum wird dann der SPÖ Bürgermeister Luger in Linz diese Frage aufwerfen und dort diese Situation andiskutieren, und auch mit Sachleistungen möglicherweise argumentieren. Also dann ist der Herr Luger von der SPÖ so zu sagen auch ein möglicher Eiskasten. Und was ich auch noch dazu sagen möchte, laut Medien ist auch unser Bürgermeister Hackl der Meinung, dass man diese Sachen andenken kann. Also befinden wir uns von der FPÖ so zu sagen in guter Gesellschaft mit unserer Überlegung. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster zu Wort gemeldet der Kollege Kaufmann. Gibt es eine weitere Wortmeldung?

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren. Es ist vieles gesagt worden. Ich möchte nur auf zwei Dinge hinweisen, die mir aufgefallen sind in der Diskussion. Das eine ist, gerade im Sozialbereich ist offenbar einer der großen Unterschiede der, wie weit konzentriert man sich auf Zahlen und Kosten und wie weit denkt man daran, ohne Kosten zu vergessen, worum geht es eigentlich? Und wodurch entstehen diese Kosten dann schließlich? Das sind soziale Fehlentwicklungen, die man noch beeinflussen kann. Und ich kann nicht zugleich dagegen sein, dass Leute, die eben in der Schulkarriere übrig bleiben, aus welchen Gründen immer, dass die uns dann bei der Mindestsicherung zum Beispiel Kosten verursachen. Aber ich bin auch dagegen, dass Maßnahmen ergriffen werden. zum Beispiel ein Jugendzentrum, dass man mit denen frühzeitig so arbeiten könnte, dass sie vielleicht bessere Chancen haben in der Schule, da auch dagegen zu sein. Beides ist sinnlos beziehungsweise es fehlt dann dem wirtschaftlichen Denken, das ja sehr viel für sich hat, die Grundlage im sozialen und gesellschaftlichen Substrat. An beides muss man denken und nur der Zusammenhang macht schließlich Sinn. Und da sehe ich das in unserem Budget und auch in den Vorschlägen, die jetzt zusätzlich kommen, wie zum Beispiel Jugendzentrum, dass daran gedacht wird. Und gerade dort wird besonders Kritik geübt unter dem Gesichtspunkt, dass hier Zahlen sich nach oben verändern, was eine sinnlose Aussage ist, wenn man den Zusammenhang nicht betrachtet. Und das Zweite, der Michael Schodermayr hat zwar eh schon was sehr Wichtiges und Eindrückliches dazu gesagt, aber ich möchte trotzdem meine Betroffenheit da zum Ausdruck bringen. Wenn gesagt wird, machen wir lieber Ausstellungen über Autos als über Zeitgeschichte. Wir haben in Europa, und die Probleme steigen mit dem Anteil ihres Einflusses, ich weise hin auf Ungarn und Polen, eine Wiederkehr eines extremen Nationalismus und auch in Österreich mehren sich die Stimmen aus dieser Richtung. Ist zum Glück noch nicht so viel wie anderswo, aber diese, nein Hunde darf man nicht sagen, aber mit dem Bild „schlafen nicht“ stimme es vielleicht. Und Jugend, ich merke das bei meiner Tochter und ihren Freundinnen und Freunden, ist es sehr, greift viele Dinge, von den sie nicht so genau wissen, wie das im Zusammenhang aussieht, auf. Gerade was da auch an Verschwörungstheorien und so unterwegs ist in den verschiedensten Medien. Und hier muss mit sachlicher aber unvoreingenommener Information und pädagogisch abgesicherter Information dagegen gehalten werden. Und das macht das Museum Arbeitswelt gerade für Schulen. Das ist extrem wichtig, wenn wir Entwicklungen vermeiden wollen, die, ich kann es mir ja auch nicht vorstellen, dass bei den Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ das lustig wäre, wenn wieder Situationen wie in den 30'er Jahren entstehen würden. Das will ich ihnen nicht unterstellen.

Allgemeine Unruhe

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das will ich ihnen nicht unterstellen. Aber sie greifen offen alle pädagogischen Bemühungen an...

GEMEINDERAT BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Überhaupt nicht.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dem entgegenzuwirken.

GEMEINDERÄTIN BA (FH) EVELYN KATTNIGG:

Wir sind nicht dagegen, lieber Herr Kaufmann. Gegen solche Aussagen verwehre ich mich.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Warum sind sie dann gegen den Stollen der Erinnerung?

Unverständliche Zwischenmeldungen von Gemeinderätin BA (FH) Evelyn Kattnigg.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Warum sind sie dann gegen den Stollen der Erinnerung?

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Ja eben. Sie wollen diese Vergangenheit vergessen machen. Nur das ist ja nicht vergessen. Das kommt ja wieder und wir müssen unsere Jugend davor bewahren, dass sie in diese Schienen hineinfällt. Und das macht das Museum Arbeitswelt in hoher Qualität. Ich habe sehr gut zugehört.

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Ich hätte mich ja nicht gemeldet, wenn das nicht ein wichtiges Thema wäre. Aber es ist dazu genug gesagt. Es war mir nur mehr wichtig, das auch noch einmal zu betonen. Und Ausstellungen über Autos, die Autos gefallen mir auch ganz gut, vor allem wenn sie vor Baujahr 1960 sind, gibt es noch und noch. Das brauchen wir nicht in Steyr auch noch einmal aufzuwärmen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Frau Kollegin Kloiber, bitte.

GEMEINDERÄTIN HEIDEMARIE KLOIBER:
Wertes Präsidium, geschätzte Gäste, werte Kolleginnen und Kollegen. Zu dem Thema Museum Arbeitswelt, das liegt mir auch im Magen, wenn ich solche Sachen höre. Wenn ich mir denke, es steckt eine wahnsinnige Arbeit dahinter, was die Kathrin Auer da leistet. Und wir können in Steyr wirklich stolz sein auf eine solche Einrichtung. Und liebe Kollegin Evelyn Kattnigg, mir fehlt ein bisschen das Verständnis, warum euch das Museum Arbeitswelt so ein Dorn im Auge ist und ich weiß nicht, vielleicht fehlt dir da der Zugang oder das Interesse zu unserer Vergangenheit in Österreich. Aber ich hoffe von ganzem Herzen, dass die Leiterin Kathrin Auer weiterhin auf der Schiene der Ausstellungen bleibt. Wie wichtig die Ausstellungen sind, wie „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“, „Super Sozial“, was bewusst macht, wie hoch die Bedeutung unseres sozialen Netzes ist. „Stollen der Erinnerung“ erzählt die Geschichte der Krise in den 30'er Jahren. Wie wichtig solche Ausstellungen sind, zeigen alleine die Besucherzahlen. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass die Themen immer wieder erzählt werden und immer wieder aufgegriffen werden für die nächsten Generationen. Die Geschichte in Erinnerung bleibt und auch immer in Erinnerung geholt werden, wie schlimm es war und wie schlecht es werden kann. Es ist unsere Geschichte und die sollten wir nicht vergessen. Und ich hoffe, unsere Geschichte wird in den Schulen intensiver unterrichtet. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
In Vorbereitung der Kollege Dr. Ritter.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:
Nur ganz kurz zum Museum Arbeitswelt. Steyr zahlt für das Museum Arbeitswelt knapp 180.000 Euro. Allein der Betrieb vom Heimatmuseum sind ungefähr, ist eine knappe Million Euro, die Steyr da immer zahlt. Ich denke mir, um diese 180.000 Euro bekommen wir...

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Ja, war es aber voriges Jahr.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Müsste ich nachschauen, aber ich glaube schon. Ich denke um diese 180.000 Euro haben wir ein Museum, das wirklich über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist, wo ganz interessante Sachen gemacht werden. Und dass jetzt mit „Nature of Innovation“ versucht wird, einfach auch noch andere Ideen zu haben, was man dort noch alles machen kann und so, also ich halte das im Positiven. Ich weiß nicht, ich halte das nicht zu kritisieren sondern ich denke, das ist eine gute Möglichkeit sich auch weiterzuentwickeln und auch neue Felder auch aufzutun. Und dann zum Röda möchte ich noch was sagen. Wir haben ein paar kleine Initiativen, die auch wirklich in Häusern sind, wie zum Beispiel das Akku oder eben auch das Röda. Und ich denke, da tut man sich auch schwer irgendwie dann zu sagen, wie verschiebt man das jetzt. Weil diese Initiativen brauchen einfach schon ein gewisses Grundbudget, damit sie überhaupt überleben können.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Kollege Dr. Ritter, bitte. Nächste Wortmeldung.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Meine Damen und Herren. Ich nehme jetzt Stellung ganz kurz noch auf die Vorredner. Der „Stollen der Erinnerung“ und sämtliche Aktionen, die vielleicht vom Museum Arbeitswelt da gemacht werden, ist nicht meine Geschichte. Ich sag es ganz ehrlich und das ist nicht die Geschichte von vielen Österreichern. Das ist nicht meine Geschichte.

Allgemeine Unruhe

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Ich identifiziere mich nicht. Da müssten sie meine Familienchronik kennen. Dann würden sie vielleicht jetzt nicht oh, oh, sagen. Das ist es nicht. Die Mindestsicherung, da geht es im Prinzip Herr Schodermayr, da geht es, ich differenziere, es gibt Leute, die schon lange eingezahlt haben und es gibt Leute, die noch nie eingezahlt haben. Und es gibt wirklich, und da gebe ich ihnen Recht, es gibt Familien und es gibt Situationen, da ist das sogar zu wenig. Gebe ich ihnen vollkommen Recht. Und wenn sie jetzt sagen, unsere Jugend braucht Jugendzentren, weil wir müssen etwas für unsere Jugend machen. Ich sage ihnen etwas, Steyr ist ein Drogenzentrum. Denn wenn, ja, da können sie bei der Polizei nachfragen, nicht belächeln Herr Schodermayr, Tendenz steigend gewesen und ist noch immer steigend. Und wenn ich den Bedarf an Jugendzentren dadurch definiere, dass es einfach mehr Jugendliche gibt, die Jugendzentren brauchen, Entschuldigung, dann ist es eigentlich nur die plakative Darstellung, dass die Sozialpolitik und die Jugendpolitik versagt hat. Denn das ist nicht unsere Jugend. Das ist ein ganz kleiner Anteil unserer Jugend. Unsere Jugend braucht viel mehr. Unsere Jugend braucht nicht Jugendzentren, weil der Großteil der Jugend ist sozial nicht so bedürftig. Und Herr Schodermayr, sie sind für mich, entschuldige wenn ich Herr Schodermayr sage, aber das ist für mich nur eine Ehrerbietung, das ist nicht, weil ich nicht per du sein will, aber wenn sie sagen, ich will ihre andere Meinung nicht akzeptieren, dann ist das demokratiepolitisch und da frage ich mich dann, was so ein Mensch da zu tun hat. Dann ist das demokratiepolitisch höchst suspekt. Denn wenn ich eine andere Meinung nicht akzeptiere, dann brauche ich sie auch nicht anhören, ja dann brauche ich sie nicht einmal ignorieren. Und das finde ich arg. Und das von jemandem, der selbst einen Ausschuss für Soziales leitet.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke. Zur Sache? Bitte, dann zuerst die Frau Kollegin Schörkhuber.

GEMEINDERÄTIN BIRGIT SCHÖRKHUBER:

Liebe Kollegen, liebe Zuhörer, liebes Präsidium. Ich bin irgendwie sprachlos. Ich möchte eigentlich gar nicht zu viel dazu sagen, außer dass ich das wirklich für einen groben Unfug halte, was sie gerade von sich gegeben haben. Wir sind es zwar eh irgendwie gewohnt von den letzten zwei Jahren, aber was sie jetzt gerade da von sich gegeben haben, erschüttert mich irgendwie gravierend. Ich möchte eigentlich nur kurz was noch zum Röda sagen. Ich finde es spricht auch für das Kulturverständnis der FPÖ, wenn sie zum Beispiel, wenn sie schon behauptet oder meint, das Röda sei für die Stadt Steyr nicht von Wert. Sich nicht die Mühe zu machen, wir haben heuer ein, hat das Röda ein Jubiläumsjahr, 20 Jahre Röda, sich nicht die Mühe macht, dann vielleicht sich mit dem zu beschäftigen, in dem ich dorthin gehe und mir anschau, warum dieses Kulturhaus irgendwie entstanden ist, was für einen Wert das hat, mit welcher Leidenschaft und wirklichem Herzblut daran gearbeitet worden ist. Und wenn die FPÖ dann daherkommt und sagt, wir bestimmen jetzt in Zukunft oder wir würden gerne bestimmen, wo das Geld, das eigentlich zum Röde fließt, viel besser aufgehoben ist, nämlich bei der Stadtkapelle oder was auch immer, dann lehnen sie sich heraus zu definieren, was es wert ist als Kultur definiert zu werden und was nicht. Und das möchte ich einfach nicht. Also weder in Steyr noch in Oberösterreich noch in Österreich oder Europa oder sonst irgendwo. Das regt mich einfach auf. Zum Museum Arbeitswelt auch nur ganz kurz. Ich glaube, das Museum Arbeitswelt leistet eine wertvolle Arbeit über die Grenzen von Steyr hinaus. Sich einfach da herzustellen und das zu vergleichen mit dem Zitherverein halte ich schon einmal für einen Unfug. Das nächste ist, wenn wir das Veranstaltungszentrum als Stadt nicht hätten, weiß ich nicht, wo die ganzen Bälle hinfahren würden. Nämlich nach Enns oder weiß ich nicht wo, weil es halt einfach keinen Platz gibt, wo man große Veranstaltungen abhalten kann. Wir haben mit dem Museum Arbeitswelt ein Museum in Steyr, das unser Alleinstellungsmerkmal eigentlich ausmacht. Es gibt in Europa, ich glaube in Deutschland gibt es jetzt irgendwo ein zweites Museum, das so zu sagen auch diesen Fokus auf die Arbeitswelt legt. Aber in Zeiten wie diesen, wo der Arbeitsbegriff so im Wandel ist, ein Museum zu haben, das sich mit dem intensiv auseinandersetzt, inhaltlich auseinandersetzt, auch Geschichtsarbeit, Gedächtnisarbeit leistet, wie mit dem „Stollen der Erinnerung“, das einfach so in Frage zu stellen und pauschal zu verurteilen, halte ich für wirklich kulturpolitischen Unfug. Und das Wertvolle was vielleicht noch dazu kommt beim Museum, es gibt auch immer einen Fokus auf Steyr. Also wer sich eine Ausstellung anschaut, vielleicht finden sie einmal demnächst die Zeit, dass sie sich in das Museum begeben und dort ein bisschen die Ausstellung sich zu Gemüte führen, über etwas zu urteilen, von dem er keine Ahnung hat, halte ich einfach für unqualifiziert. Und die Kathrin Auer, vielleicht auch noch kurz zur Kathrin, die leistet da hervorragende Arbeit. Nicht nur das Museum Arbeitswelt sondern auch das Röda werden immer wieder auf Ö1, weiß ich nicht Ö3, irgendwelche Veranstaltungen etc. angekündigt. Das ist auch für die Stadt Steyr kein unwesentlicher Beitrag, den diese zwei Einrichtungen leisten. Und wenn man dann 44.000 für das Röda ausgibt und 178.000 oder 179.800 für das Museum, dann sich da herzustellen und zu sagen, das ist es irgendwie nicht wert, ja, soll sich jeder selber eine Meinung bilden.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Als nächster Dr. Schodermayr, in Vorbereitung Uwe Pichler.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geschätzte Anwesende. Geht es schon?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER

Ja.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geschätzte Anwesende. Noch ein bisschen kurz muss ich schon noch was darauf sagen. Helmut, jetzt möchte ich nicht Oberlehrer spielen, so habe ich es nicht gesagt. Mir sind die Kosten bei Gott nicht egal, wie du mir unterstellst, sondern da haben wir echt eine gemeinsame Sichtweise. Die haben wir. Die Kosten sind mir nicht egal. Die Kosten steigen in Bereichen mehr, in manchen gar nicht so sehr, im Bereich der Mindestsicherung in Steyr gar nicht so sehr. Da hat sie sich völlig abgeflacht die Kurve. Nur was wir machen ist, denke ich mir, das Falsche. Das heißt, wir diskutieren jetzt, lege ich das auf eine kleine Maxirechnung um, sollen wir lieber eine Straße asphaltieren oder mehr in das Soziale investieren. Ich denke mir, der Sozialbereich, so wie er aufgestellt ist und über den bin ich froh, dass er so aufgestellt ist, und ich möchte ihn auch noch dort, wo es notwendig ist, auch noch ausbauen. Diesen Sozialbereich werden wir uns nur leisten können, wenn wir andere Finanzierungsquellen, andere Finanzierungsmöglichkeiten uns erschließen und ich möchte jetzt nur ein Beispiel, dann höre ich mit dem Thema auch wieder schon auf, den Bereich der Pflege hernehmen. Der Herr Bürgermeister hat heute schon gesagt, der Pflegefonds ist eine, sage ich einmal Notlösung, in dem Fall wie es gewesen ist eine gute Notlösung für ein paar Jahre gewesen, wird dem steigenden Bedarf und dem wachsenden und sich differenzierendem Bedarf nicht gerecht werden in den letzten Jahren. Und ich frage mich, warum jedes Risiko von Pension angefangen über Arbeitslosigkeit und Unfall in Form einer Versicherung abgedeckt ist und die Pflege nicht. Also ich denke mir, man sollte sich darüber unterhalten und nicht, ob man es jetzt dem Straßenbau wegnimmt und dem Sozialen dazu gibt. Das ist in Wahrheit eine Sinnlosdiskussion, weil es ja zu nichts führt. Also das bedarf einer politischen Diskussion. Dass ich gesagt habe, die Bedarfe sind nach oben offen heißt bei Gott nicht, das habe ich geglaubt dass ich so gehört habe, heißt bei Gott nicht, dass wir unendlich „Marie“ haben, um das alles zu finanzieren um es leisten zu können. Die Momentansituation ist so, dass wir ein Sozialhilfegesetz und ein Chancengleichheitsgesetz und, und, und, die mir das vorschreibt. Das ist noch einmal nicht in meinem Ermessen, sondern es wird mir vorgeschrieben, das zu tun. Genauso wie es der Kollegin Weixlberger vorgeschrieben wird im Kinder- und Jugendbereich. Da eigentlich am exaktesten, weil da muss man, ob man ein Geld hat oder nicht, einschreiten. Und dann zu versuchen, das finde ich lieb, zwischen Luger und mir oder zwischen dem Bürgermeister Hackl und mir irgendwie so ein bisschen was hineinzudrücken, dass wir unterschiedlicher Meinung sind. Wir sind gar nicht unterschiedlicher, ganz und gar nicht unterschiedlicher Meinung. Und ich habe, ich bin jetzt gerade in einem sehr intensiven Diskussionsprozess auch mit dem Bürgermeister Luger...

Zwischenruf „Eiskasten“

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Was? Eiskasten?

Zwischenruf: „Ich habe gesagt Eiskasten“

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Eiskasten habe ich gesagt in zwei Bereichen. Ich habe zwar ein Bonmot auf das vom Mario Gesagte, dass er es, jetzt habe ich den Zettel nicht mit, wie hast du es genannt, Partei der sozialen Kälte. Stimmt das? Und ich habe in zwei Bereichen, das ist CHD-Bereich und Deckelung der Mindestsicherung für große Familien, habe ich gesagt, da ist es eigentlich ein sozialer Eiskasten. Für alles andere, also das habe ich gesagt, was anderes habe ich nicht gesagt. Also wir sind da einer Meinung und auch ich kann mir vorstellen, nicht nur Geldleistungen herzugeben, sondern auch in Sachen. Wir machen das auch in Steyr, wir haben auch Familien, wo wir das machen. Das ist ja nichts neues, das brauche ich nicht erfinden. Das heißt wir haben Familien, wo wir die Wohnungskosten direkt überweisen, wo die Leute das Geld nicht in die Hände bekommen und, und, und. Das heißt wir machen es ja schon. Man kann das noch ausbauen. Da bin ich durchaus diskussionsbereit. Und jetzt nur kurz zum Mario. Das Letzte, was du gesagt hast, da sind wir so auf der persönlichen Ebene, das will ich nicht kommentieren. Mir hat echt noch niemand ein mangelndes Demokratieverständnis

unterstellt. Ich nehme zur Kenntnis, dass es auch das gibt. Es ist skurril, aber egal. Es soll sich jeder denken was er will. Dass Steyr eine Drogenmetropole oder wie hast du gesagt, ein Drogenbrennpunkt ist, ist mir entgangen. Dass wir natürlich die Problematik auch haben, so wie alle anderen Städte. Aber dass wir plötzlich ein Drogenzentrum, ein Umschlagsplatz und weiß nicht, was wir alles wären, es ist mir entgangen. Aber ich lerne gerne dazu. Die Leute, die an diesem „Runden Tisch“ gesessen sind, inklusive der sogenannten Repression, nämlich unserer Polizei, mit der wir extrem gut zusammenarbeiten, ich möchte das immer wieder betonen, extrem konstruktiv zusammenarbeiten, die haben davon auch nicht gewusst, dass wir da etwas Besonderes wären. Dass wir die „normale“ Problematik haben, da bin ich dabei. Aber wenn es nicht so ist, möchte ich von der aufgeklärt werden, aber bitte bald, weil ich wäre ein bisschen dafür verantwortlich.

Unverständliche Zwischenmeldungen

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Was ist?

Unverständliche Zwischenmeldungen

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Naja, dann sollten wir es vorher diskutieren. Okay. Und dann noch, Mario, ich weiß nicht, da haben wir einen unterschiedlichen Zugang zum Verständnis eines Sozialsystems. Das Sozialsystem, so wie es in Österreich aufgebaut ist und in vielen, vielen anderen Ländern auch, ist ein sogenanntes Solidarsystem. Und diese wirklich, jetzt meine ich nicht dich bitte, jetzt meine ich nur eine Aussage, die in den letzten Jahren ganz viel gekommen ist, dieser stumpfsinnige Sager, der auch im Wahlkampf nicht mehr zum aushalten war „Die haben ja nichts eingezahlt, die da was bekommen. Die brauchen auch nichts heraus bekommen.“ Für das Solidarsystem ad absurdum. Weil ein Solidarsystem ist dazu da, dass die, die es haben einzahlen, und der, der es braucht bekommt. Und wenn das ordentlich verwaltet wird und ordentlich gemacht wird. Die, die zahlen sollen, sprich große Unternehmen und, und, und, jetzt könnte ich mich wieder auslassen, zahlen ordentlich ein, was sie einzahlen sollen, dann bekommen die, die nichts haben oder es brauchen, die Unterstützung brauchen, so funktioniert auch in Wahrheit die Medizin. Wir zwei sind im System, genauso funktioniert es. Zu sagen, weil...es muss einer, es ist so grotesk, es muss einer fünf Jahre in das System eingezahlt haben, der jetzt was braucht, damit er dann nach fünf Jahren was herausbekommt, es ist so abstrus. Da hat man, eh okay, ein unterschiedliches Verständnis des Sozialsystems. Das ist ein reines Versicherungssystem, so wie du es siehst. Ich zahle was ein und bekomme bei Bedarf eine Leistung heraus. Da könnte sich jeder privat bei irgendeiner Versicherung versichern. Das Sozialsystem in Österreich ist aufgebaut auf ein Solidarsystem. Und das funktioniert nur, wenn man es so spielt, wie ich gemeint habe. Nicht weil ich so gescheit bin, sondern weil es so ist. Danke für das Zuhören und heute sage ich ganz sicher nichts mehr.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Frau Kollegin Frech, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Nachdem, ich fasse mich eh kurz, aber es ist mir schon wichtig festzuhalten, und ich danke dir Uwe für deine Wortmeldung, weil ich hoffe dann auf deine Unterstützung und auf die Unterstützung deiner Fraktion, wenn es um das Thema Verhältnismäßigkeit geht. Dass eben das Verhältnis, das wir derzeit haben, von 2 % des Gesamtbudgets für Kunst, Kultur und Kultus, dass wir zu diesen 4 % kommen an Verhältnismäßigkeit.

Unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Freue mich über diese Unterstützung, die ich aus deiner Wortmeldung entnehme. Und dass wir gemeinsam mit allen Kräften das schaffen. Mir ist bewusst, dass das im Zusammenhang mit dem ganzen Sparen..., dass das heute so oft gefallen ist, schwer ist. Aber was hindert uns denn, gemeinsam darüber nachzudenken, wo man außerhalb der Politik auch noch gemeinsam Geld aufreiben kann für Kunst und Kultur. Jeder hat seine persönlichen Kanäle, seine Zugänge. Und da wären wir dann denke ich mir dort, wo man nicht mehr Vereine gegeneinander ausspielen muss, Institutionen gegeneinander ausspielen muss, sondern weil man mehr finanzielle Mittel hat, dass jene, die ihre Gebäude erhalten können, und um das geht es, das ist das Akku, das ist das Röda, das ist das Museum Arbeitswelt und natürlich vom Programm, dass ich Gebäude erhalte und die Infrastruktur. Und das leisten ohnedies nicht, nicht dass dieser Eindruck da entsteht, wir als Stadt zur Gänze. Bei Weitem nicht, die haben sehr hohe Eigenleistungen, die sie erbringen müssen. Von dem, was sie bei uns an Förderung bekommen, könnten sie gar nicht überleben. Gott sei Dank haben sie genug an Eintrittsmöglichkeit, an weiteren Fördergebern, dass das möglich ist. Und dass wir diese Einrichtungen haben, diese Institutionen, darüber sollten wir alle miteinander froh sein. Bei aller Kritik. Und das andere sind die kleinen Vereine, wo du zu Recht bemängelst oder die FPÖ zu Recht bemängelt, das sind ja nur wenige hundert Euro. Und deshalb wie gesagt genau diese Forderung einer Erhöhung des Gesamtbudgets. In welcher, also des Kulturbudgets auf 4 % vom Gesamtbudget. Dann brauchen wir niemanden gegeneinander ausspielen und können es schaffen, da zusammenzuhalten. Das freut mich das ja zu hören, dass sich die FPÖ nicht generell gegen Kunst und Kultur ausspricht, sondern ganz im Gegenteil froh ist, wenn wir sie aufstocken können. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. So, das war jetzt die letzte Wortmeldung, wenn das so wirklich ist. In diesem Sinne, bitte Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe gerade zur Frau Vizebürgermeisterin gesagt, wäre interessant, wie viele Follower wir noch haben im Internet. 9? Das hat wahrscheinlich seinen Grund. Es dürften einmal 30 oder 60 gewesen sein. Die Debatte war lange, es wurde viel an Meinung ausgetauscht. Am Schluss ist es sehr persönlich geworden. Ja, man kann es sich nicht aussuchen. Ich möchte versuchen ein bisschen auch auf die Zahlen zurückzukommen. Erstens einmal danke für das doch breite Lob für das Grundbudget, das wir gemeinsam erstellt haben, das wir offensichtlich auch gemeinsam breit mittragen und wo wir in den wesentlichsten Dingen dasselbe wollen. Wo wir wirklich auch Visionen haben und die Visionen nämlich schon umsetzen. Kleiner Hinweis an sie Herr Freisais, wenn sie in diesem Budget keine konkreten Visionen festmachen können, dann weiß ich nicht, wie sie den außerordentlichen Haushalt und alle diese Projekte, die wir machen, bewerten und nach welchen Kriterien sie das richten. Aber vielleicht haben sie auch andere Visionen. Zu dem von ihnen zitierten Berater, ich glaube Holzer heißt der, die Berater haben ja die Eigenheit, dass sie gerne beraten, weil sie dafür auch Beratungshonorar nehmen. Die Geschichte mit der freien Finanzspitze die geistert in Österreich schon seit 15 Jahren herum. Man kann es schon gar nicht mehr hören. Weil das kann jeder ausrechnen. Wenn man auf der schwarzen Null ist, kann man keine freie Finanzspitze haben. Interessant ist nur, dass ganz Österreich und vor allem auch die Stadt Steyr ohne freier Finanzspitze unglaublich viel investiert hat, unglaublich viel auf den Weg gebracht hat, nachweislich schon umgesetzt und noch weiter tut. Und wie funktioniert das? Das habe ich versucht mit Zahlen darzulegen und das funktioniert in ganz Österreich so. Nur zum Unterschied davon machen wir in Steyr keine neuen Schulden, sondern bedienen das mit Rücklagen. Die haben wir nämlich auch noch, wie ihnen vielleicht entgangen ist. Wir haben nicht nur den Schuldendienst, den wir beginnen können. Kommt uns ein bisschen zu Gute, da haben sie schon Recht, das Zinsniveau. Da glaube ich nicht, das wird sich im nächsten Jahr ändern oder in den nächsten zwei Jahren, aber könnte ich

mich auch täuschen. Aber wir haben auch noch immer 7 Millionen Euro Rücklagen. Und der Altvizebürgermeister Bremm hätte gesagt, im alten Geld 100 Millionen Schilling. Das ist ja nicht Irgendwas. Also es ist ja nicht so, dass wir, wir haben keine freie Finanzspitze, zahlen aber alles, investieren und können das alles finanzieren und haben sogar noch Rücklagen. Wir werden die auch im nächsten Jahr sogar noch ein bisschen aufstocken mit einer anderen Geschichte. Aber das nur zu den Zahlen und dass wir in Summe gut unterwegs sind und im Endeffekt da ruhig einmal stolz sein können auf das, was wir hier gemeinsam erreicht haben. Bedanke mich auch dafür, dass gesehen wird, unabhängig von den Fraktionen, dass wir auch seit 2009 wirklich einen intensiven Sparkurs gefahren sind. Und das war nicht einfach und das ist nur deswegen so friktionsfrei gegangen, weil wir einfach gemeinsam das getragen haben, weil die Kritik im Endeffekt innerhalb oder zwischen den Fraktionen nicht da war, weil wir gewusst haben, dass es eine Notwendigkeit ist. Es ehrt mir ein bisschen, die Früchte davon, weil trotz der schwierigen Jahre, die hinter uns liegen. Ich würde mir wünschen, dass das wirklich die sieben mageren waren und jetzt wirklich die sieben fetten dazu kommen. Wünschen darf man sich ja was, aber im Endeffekt sind wir auf einem guten Weg und ich bin wirklich überzeugt davon, 2017 da wissen wir es mit der Hochrechnung schon, wir werden 2017 die schwarze Null wieder haben. Und, ich habe es eh zuerst schon gesagt in meiner Budgetrede, 2018 noch einmal. Und vielleicht bleibt tatsächlich ein kleines Plus über. Und das ist keine Selbstverständlichkeit. Alle anderen oder ein Großteil beginnen jetzt eisern zu sparen, jetzt im Endeffekt die Nulldefizite hineinzuschreiben, mit all den Schmerzen, die damit verbunden sind. Das brauchen wir in Steyr nicht. Jetzt hoffen wir, dass die Konjunktur uns ein bisschen noch hilft und dann können wir mit diesem intensiven und in die Zukunft gerichteten Programm auch weiterfahren und die letzten großen Projekte nicht nur auf den Weg bringen, sondern umsetzen, in die Realität bringen und auch finanzieren. Ja, ansonsten ist es viel auch um politische Statements gegangen. Wir sind in der Bundespolitik gelandet. Wir haben über Dinge geredet, die uns verordnet werden. Über die Landesgesetze. Wir haben über die Mindestsicherung gesprochen. Da muss ich schon sagen, bin überrascht lieber, und obwohl ich ganz bewusst diese Zahlen gebracht habe, wie man dann trotzdem sagen kann, dass das laufend steigt und dass im Endeffekt die Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten den großen Brocken ausmachen in der Mindestsicherung. Also es ist ja nachweislich überhaupt nicht der Fall. 14,4 % habe ich ihnen das letzte Mal gesagt, macht das in Steyr aus. Das ist nicht der große Brocken. Und gleich weil dieses Thema angesprochen wurde Luger, Hackl, Schodermayr. Selbstverständlich rede ich den Sachleistungen das Wort und selbstverständlich bin ich der Meinung, dass die, die hier Schutz und Unterstützung brauchen, die notwendige Unterstützung auch bekommen sollen, aber es muss nicht unbedingt Geld sein. Sie müssen nur hier überleben können, menschenwürdig überleben können. Dazu sind wir verpflichtet und das können wir uns auch leisten. Das ist überhaupt keine Frage und da gibt es auch keine Diskussion innerhalb der SPÖ und schon gar nicht zwischen Schodermayr, Hackl und Luger. Das was ich auch zusätzlich sagen möchte ist, dass ich es schlecht finde, und da weiß man ja, wer im Endeffekt die Verantwortung dafür trägt, dass man die Mindestsicherung, die ja für ganz was anderes gedacht war und auch politisch viel andere Hintergründe hat, im Endeffekt mit dieser Asylgeschichte verquickt. Darum meine ich, das sollte man wirklich splitten. Die Schutzbedürftigen, die hier bei uns sind, die Finanzierung gehört aus einem anderen Topf gestaltet. Natürlich mit viel mehr Sachleistungen, weil die Mindestsicherung ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument. Dazu wurde sie geschaffen, dazu wurde das Gesetz gemacht. Der Konnex zum AMS, das ist notwendig. Und wir haben eh gesehen, da sind 900 Österreicher drinnen, die die Mindestsicherung bekommen. Und der Großteil davon sind die Aufstocker, die „Working Poor“, wie der Michael gesagt hat. Die so wenig verdienen, dass sie noch ein bisschen was dazu bekommen müssen, weil sie sonst nicht überleben können. Und gleichzeitig sagen wir, die Asylwerber sollen noch weniger bekommen. Das können wir uns schon leisten, aber wie gesagt, es muss nicht Bargeld sein, es heißt Dach über den Kopf, sozial aufgefangen und zu wissen, dass ich hier im Endeffekt auch nicht frieren muss. Das wäre notwendig und das können wir uns auch leisten, auch in der Stadt Steyr selbstverständlich auch in Zukunft. Nur bei der Kollegin Kattnigg wenn sie sagt, es ist unglaublich wichtig, dass wir die Industrie, die Unternehmen in dieser Stadt unterstützen. Ich kann nur sagen, das tun wir, seit dem wir als SPÖ

in dieser Stadt mitregieren oder auch alleine regiert haben. Das ist etwas, was wir bis heute durchziehen. Die Ansiedlungen werden unterstützt von uns in jeder Hinsicht. Wir bekommen auch sehr, sehr viel Lob von Firmen, die sich hier ansiedeln über die schnelle Abwicklung. Wir haben im Apparat Magistrat eine Dienstleistungsgesinnung geschaffen und auf den Weg gebracht, die beispielhaft ist. Ich sage nur ein großes aktuelles Beispiel Interspar. Kein leichtes Behördenverfahren, 21 Millionen Invest, die bauen in zwei Etappen um. Großes Lob vom Generalmanager für Österreich, was hier im Endeffekt unsere Beamten leisten. BMW, Gasser, Happy Fit, wir haben mit dem Mag. Lemmerer und mit dem Mag. Ortner im Stadtgut Menschen, die mit den ansiedlungswürdigen Betrieben auf Augenhöhe reden können. Wir kommen ihnen im Preis entgegen. Sie bekommen hier im Stadtgut aufgeschlossene Industrieegründe zu einem leistbaren Preis, das ist mit ein Erfolgsfaktor. Auch das etwas, wo die Stadt wesentlich dazu beiträgt, dass die Leute hier wirklich oder dass wir konkurrenzfähig sind im Endeffekt auch bei der Betriebsansiedlung. Kulturdiskussion Museum Arbeitswelt, jedes Jahr dasselbe. Herr Dr. Ritter, ich konzentriere mich auf ihre Funktion als Tourismusobmann. Museum Arbeitswelt oder Tourismus in Steyr ohne Museum Arbeitswelt undenkbar. Wer da gegen das Museum Arbeitswelt auftritt, schneidet sich in das eigene Fleisch. Wir könnten ohne das Veranstaltungszentrum, und das ist das Museum Arbeitswelt natürlich auch, nicht...wären wir nicht konkurrenzfähig. Da könnten wir uns vielleicht mit Afisl vergleichen aber nicht mit anderen Städten, die hier konkurrieren. Also Museum Arbeitswelt mit einem unglaublichen Ambiente, wo jeder der herkommt, bis zu den Altlegenden die sagen, wow, so was habe ich noch nie gesehen. Das ist auch etwas wert. Und die andere Geschichte ist ideologisch verdrängt. Das sind so Dinge wo ich sage, da könnten sie oder da könntet ihr schon ein bisschen auch darüberstehen. Weil alle, die halbwegs wertneutral die Arbeit der Kathrin Auer, der Museumsdirektorin, dort betrachten, sind voll des Lobes. Sie ist eine tolle Kulturmanagerin. Dass es da politische Differenzen gegeben hat und Aussagen, das verstehe ich alles, aber ich denke, man sollte die Sache sehen und einmal sagen die Frau ist toll, die kann etwas, die hat einen Background. Hätten wir mehr solche in Österreich, wäre in der Kulturlandschaft vieles anders. Aber wie gesagt, das können auch nur Leute beurteilen, die sich in der Kultur ein bisschen auskennen oder auch für die Kultur interessieren. Wie gesagt, hört euch um, was die Fachleute über die Museumsdirektorin Kathrin Auer sagen. Gut, Röda, denke ich, brauchen wir nichts sagen. 20 Jahre Röda eine Erfolgsgeschichte in der Jugendkultur. Der Film, der gerade fertig geworden ist, ein Lehrbeispiel, wie Jugendkultur sich entwickeln kann. 20 Jahre zurück, ein sehenswertes Dokument. Vielleicht können sie sich das einmal zu Gemüte führen. Wird demnächst glaube ich auch zu kaufen sein, zu leistbaren Preisen. Steyr ohne Röda wäre gar nicht möglich. Aber auch aus kleinen Anfängen, wer da damals dabei war. Das war gar nicht so einfach. Jugendzentren, ja Jugendzentren, ich weiß nicht, wer gefragt hat wie viel Jugendzentren wir haben. Also wir haben das ÖGJ-Jugendzentrum, Gewerkschaftsjugend, dann das Clevernet und das Gewölbe. Das sind aber alles Jugendzentren, die zwar eine Halbtagskraft oder Ganztagskraft haben und die das auch betreut aber alles eher auf Schüler ausgerichtet, auf Mittelschüler und nicht auf jene, und darum aber unterschwellig was die Stadt machen soll, die wirklich eher in der unteren Ebene sich bewegen. Problembehaftete Jugendliche so zwischen 12 und 15. Das ist die Zielgruppe, wo die Experten sagen, die brauchen in Steyr eine Anlaufstelle und das soll am besten die Stadt selber machen. Darum auch keine Jugendbetreuer dort, sondern nur Sozialpädagogen. Das soll dort entstehen und wenn jemand meint, wir brauchen keine Jugendzentren. Das weiß ich jetzt gar nicht, wie man zu so einer Auffassung kommen kann. Weil man kann ja nicht die problembehafteten Jugendlichen oder die Probleme wegzaubern. Die sind ja trotzdem da. Und ich sage nur, die Stadt Wels hat keinen roten Bürgermeister mehr, die haben glaube ich schon fünf Jugendzentren und jetzt bauen sie ein sechstes.

Unverständliche Zwischenmeldung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dafür, dass man keines braucht. Ich sage ja nur, die Fachmeinung geht quer durch Österreich. Man braucht schon Jugendzentren. Ob man es gerne sieht, dass wir es überhaupt brauchen, ist ein gesellschaftliches Problem. Aber dass man den Menschen und den jungen

Menschen helfen muss in der Entwicklung und dort Anlaufstellen bieten muss, das sieht jeder, außer man negiert es einfach, aber dann ist man eben ein Ignorant, aber das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Ist okay so, ist ja auch eine Meinung. Krankenanstaltenbeitrag, liebe Evelyn Kattnigg, ich habe das überhaupt nicht in Zweifel gezogen, dass die Frau Landesfinanzdirektor das erklären kann, warum sie so viel Geld braucht. Aber sie hat nicht erklärt und auch dir nicht, warum sie den Städten und Gemeinden so viele Prozente von der Gesamtsumme umhängen. Sie könnten ja auch, oder ihr könntet im Landtag ja beschließen, dass man den Prozentsatz senkt. Und ihr seid ja so für das Deckeln. Also jetzt 7,85 % waren es heuer oder sind es für 2018, 2017 waren es 12,6 %. Das muss man sich einmal vorstellen. Wenn man eine Gebühr oder wenn wir eine Gebühr um 12,6 % erhöhen würden, dann wäre „Gezeter und Mordio“ am Stadtplatz. Aber noch einmal, deckeln ein Vorschlag. Vielleicht gemeinsam mit den Finanzobrigkeiten. Vielleicht kann man im Land Oberösterreich die Steigerungsrate für den Krankenanstaltenbeitrag bei 5 % deckeln, dann wäre uns schon geholfen. Dann deckeln wir den Krankenanstaltenbeitrag. Das wäre doch ein politisches Ziel. Aber wie gesagt, das steigt ja immer noch und noch. Und ist keine Frage, ich habe es ja versucht auch klar zu machen, wir wollen ja die höchste Qualität, wir wollen ja die beste Pflege und selbstverständlich schreitet die Medizin voran. Das Geld wird gebraucht. Aber es geht darum, wie viel hänge ich den anderen um, die sich nicht wehren können. Und sie hängen uns im Endeffekt viel um, weil sie sich leicht tun, Ober sticht Unter und sagen Kritik, wer soll uns was tun können, wir müssen auf unser eigenes Budget schauen. Ist okay. Also Wunsch an das Land Oberösterreich vorgebracht vielleicht von dir beim nächsten Mal und an die Landesfinanzdirektorin, die kenne ich auch, vielleicht sage ich es selber eh einmal, 5 % Deckelung für die nächsten Jahre zugesichert schriftlich, das wäre schön. Was habe ich mir noch aufgeschrieben? Ja, das Plus im Budget, dass das kommt, da bin ich ganz davon überzeugt. 2017 werden wir die schwarze Null haben, vielleicht sogar schon ein kleines Plus und 2018 bin ich auch sehr zuversichtlich. Dann gäbe es noch einiges zu sagen, ich will es aber nicht länger hinausziehen sondern möchte ich eigentlich enden mit dem, was die Kollegin Lindinger ganz am Anfang gesagt hat, soziale Standards haben in der Stadt Steyr einen Wert. Das wird auch in Zukunft so bleiben und in diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung des Budgets.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Abstimmung. Ich werde die Dinge so vorlesen und dann fragen, wer ist dafür und wer ist dagegen, wer übt Stimmenthaltung. Ich fange jetzt beim Ordentlichen Haushalt, Gruppe 0, Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung mit einer Einnahmehöhe von 3.853.400 Euro und einer Ausgabenhöhe von 21.139.500 Euro. Wer stimmt dafür? Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Eine Gegenstimme. Somit mit Mehrheit angenommen.

1. Der ordentliche Haushalt:

im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von	EURO	3.853.400,--
und		
Ausgaben von	EURO	21.139.500,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit mit Einnahmen von 90.400 Euro und Ausgaben von 1.891.600 Euro. Wer stimmt dafür? Stimmt jemand dagegen? Eine Gegenstimme. Gibt es eine Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Ebenso mit Mehrheit angenommen.

im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von	EURO	90.400,--
und		
Ausgaben von	EURO	1.891.600,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit Einnahmen von 4.777.800 Euro und Ausgaben von 16.724.200 Euro. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? Eins. Stimmenthaltungen? Keine. Mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen von		EURO	4.777.800,--	
und				
Ausgaben anstelle von	EURO	16.582.400,-- mit	EURO	16.724.200,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidmarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die nächste Gruppe ist die Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus mit Einnahmen von 393.500 Euro und Ausgaben von 2.844.200 Euro. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? Eine Gegenstimme. Wer übt Stimmenthaltung? Frau Kollegin Greinöcker, das geht nicht.

GEMEINDEÄTIN MICHAELA GREINÖCKER:
Nein, ich hab eh.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das hast du nicht. Also wer übt Stimmenthaltung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL
Zeig auf!

GEMEINDEÄTIN MICHAELA GREINÖCKER:
Ja.

Allgemeine Unruhe

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Zwei, vier, sechs, acht, zehn Stimmhaltungen. Das heißt somit mit einer Gegenstimme und zehn Stimmhaltungen angenommen.

im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen von	EURO	393.500,--
und		
Ausgaben von	EURO	2.844.200,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.
Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **25**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmhaltungen: **10**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Die Gruppe 4 – Soziales und Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Da haben wir Einnahmen mit 13.121.400 Euro und Ausgaben von 40.705.800 Euro. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? Eine Gegenstimme. Wer übt Stimmhaltung? Zwei, vier, sechs, sieben. Sieben Stimmhaltungen. Mit Mehrheit angenommen. Eine Gegenstimme und sieben Stimmhaltungen.

im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen anstelle von und Ausgaben anstelle von	EURO 13.112.200,-- mit	EURO 13.121.400,--
	EURO 40.395.500,-- mit	EURO 40.705.800,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **28**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 3 – (GR Josef Holzer, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **7**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 5 – Gesundheit. Einnahmen von 64.900 Euro und Ausgaben von 11.725.700 Euro. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:

mit Einnahmen anstelle von und Ausgaben anstelle von	EURO 24.300,-- mit	EURO 64.900,--
	EURO 11.883.700,-- mit	EURO 11.725.700,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau und Verkehr. Wir haben dort Einnahmen von 1.248.700 Euro und Ausgaben von 3.632.300 Euro. Wer stimmt dafür? Wer ist dagegen? Keine Stimmenthaltung. Mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von	EURO	1.248.700,--		
und				
Ausgaben anstelle von	EURO	3.634.700,-- mit	EURO	3.632.300,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Wir haben Einnahmen 0 Euro, Ausgaben 523.400 Euro. Wer ist dagegen? Eine. Stimmenthaltungen? Keine. Somit mit einer Gegenstimme angenommen und beschlossen.

im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von	EURO	0,--
und		
Ausgaben von	EURO	523.400,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dann haben wir die Gruppe 8 – Dienstleistungen. Einnahmen von 23.116.600 Euro und Ausgaben von 25.606.900 Euro. Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? Eine Gegenstimme. Wer übt Stimmenthaltung? Mit einer Gegenstimme angenommen und beschlossen.

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das heißt, somit ist der gesamte ordentliche Haushalt mit Einnahmen von 132.226.400 Euro und Ausgaben von 134.724.100 Euro und einem Abgang in der Höhe von 2.497.700 Euro und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführte Änderungen beschlossen. Außerordentlicher Haushalt. Die Gruppe 0, Einnahmen von 481.600 Euro und Ausgaben von 481.600 Euro. Wer ist dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

1. Der außerordentlichen Haushalt:

im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von	EURO	481.600,--
und		
Ausgaben von	EURO	481.600,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Einnahmen von 491.900 Euro und Ausgaben von 491.900 Euro. Wer ist dagegen? Eins? Stimmenthaltungen? Keine. Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von	EURO	491.900,--
und		
Ausgaben von	EURO	491.900,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaften. Haben wir Einnahmen von 3.039.900 Euro und Ausgaben ebenso 3.039.900 Euro. Wer ist dagegen? Eine. Stimmenthaltung? Keine. Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	2.332.900,--	mit	EURO	3.039.900,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	2.332.900,--	mit	EURO	3.039.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus. Hier geht es um Einnahmen von 1.472.400 Euro und ebensolchen Ausgaben von 1.472.400 Euro. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme? Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung. Der Kollege König hat sich enthalten. Und somit mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung beschlossen.

im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	1.452.400,--	mit	EURO	1.472.400,--
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	1.452.400,--	mit	EURO	1.472.400,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **34**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

FPÖ 1 – (GR David König)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Einnahmen von 60.000 Euro, Ausgaben von 60.000 Euro. Wer ist dafür? Gibt es eine Gegenstimme? Eine. Gibt es Stimmenthaltungen? Keine. Somit mit einer Gegenstimme beschlossen.

im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen von	EURO	60.000,--
und		
Ausgaben von	EURO	60.000,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ

Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 5 – Gesundheit. Einnahmen 0 Euro, Ausgaben 0 Euro. Brauchen wir nicht beschließen.

Allgemeine Unruhe

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Zur Kenntnis genommen. Null muss man abstimmen?

Allgemeine Unruhe diverse unverständliche Zwischenmeldungen

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Einnahmen von 2.228.000 Euro, ebensolche Ausgaben 2.228.000 Euro. Wer ist dagegen? Eine? Stimmenthaltung? Keine. Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von	EURO	2.228.000,--
und		
Ausgaben von	EURO	2.228.000,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß,

GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Einnahmen von 225.000 Euro, Ausgaben von 225.000 Euro. Gibt es eine Gegenstimme? Eine. Stimmenthaltung? Keine. Somit mit einer Gegenstimme angenommen.

im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von	EURO	225.000,--
und		
Ausgaben von	EURO	225.000,--

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 8 – Dienstleistungen. Einnahmen von 3.512.600 Euro und Ausgaben in der gleichen Höhe von 3.512.600 Euro. Wer ist dafür? Gegenstimmen? Eine. Stimmenthaltung? Mit einer Gegenstimme beschlossen.

im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	3.471.600,-- mit	EURO 3.512.600,--
und			
Ausgaben anstelle von	EURO	3.471.600,-- mit	EURO 3.512.600,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 9 – Finanzwirtschaft. Einnahmen 0 Euro, Ausgaben 0 Euro. Wer übt Stimmenthaltung? Wer ist dagegen? Niemand. Somit einstimmig angenommen die Gruppe 9. Äußerst schwierig bei Null.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Somit ist der gesamte außerordentliche Haushalt mit Einnahmen von 11.511.400 Euro und Ausgaben von 11.511.400 Euro und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt. Jetzt kommen wir noch zum Rest. Bezüglich der in der Beilage

angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind. Weiters werden sämtliche anderen sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2018 genehmigt. Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2018 bleiben unverändert. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Eine. Stimmenthaltung? Keine. Somit ist auch dieser Rest beschlossen und damit das Gesamtbudget mehrheitlich beschlossen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde im Sinne des Abänderungsantrages wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **35**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke für die Abstimmung. Damit ist der Tagesordnungspunkt abgeschlossen und ich gebe dir den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Wir sind am Ende der Sitzung. Ein bisschen länger hat es gedauert als üblich, aber mit einer spannenden Diskussion. Ich schließe die Gemeinderatssitzung mit den besten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest, wünsche ihnen, wünsche euch noch ein paar besinnliche Stunden. Ab nächster Woche glaube ich könnte es sein. Und ein paar ruhige Tage auch nach Weihnachten. Alles Gute, frohe Weihnachten und ich hoffe wir sehen uns alle dann noch in der Schwächter. Reiterweckerl, wir haben schon gewusst, warum wir nichts Warmes bestellen, die sind auf alle Fälle frisch, wenn wir kommen. Aber jetzt gibt es, wenn die Kamera aus ist, dann noch das Heißgetränk, das heißt wärmende Getränk, hier traditionell für den Budgetbeschluss heiliges Wasser vom Pater aus Gleink.

Applaus

ENDE DER SITZUNG UM 20:03 UHR.

DER VORSITZENDE:

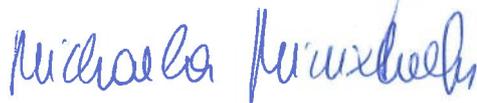


Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmid



Michaela Minixhofer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GRⁱⁿ Helga Feller-Höller



GRⁱⁿ Natascha Payrleithner